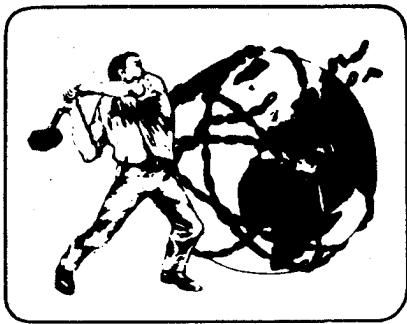


PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

NR. 38

August 1986

4 DM

**Ob Ausländerfeindlichkeit oder Judenhetze —
Deutscher Chauvinismus und Rassismus leben ungebrochen**

**DEN
ERSTARKENDEN
ANTISEMITISMUS
BEKÄMPFEN !**

WEITERE ARTIKEL:

- DAS REVOLUTIONÄRE ERBE ERNST THÄLMANNS VERTEIDIGEN ! Der Mörder Ernst Thälmanns läuft trotz Prozess weiterhin frei herum.
- AM BEISPIEL WACKERSDORF: Polizeistaat, Kriegsvorbereitung und reaktionäre Hetze gegen den militanten Kampf.
- DIE FASCHISTISCHEN TATEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN PERU: Über 400 revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer brutal in Gefängnissen niedergemetzelt.

GEWACHSEN AUF DEM BODEN DER STAATLICHEN AUSLÄNDERHETZE:
KOLLEGE RAMAZAN AVCI VON NEOFASCHISTISCHER GRUPPE ERSCHLAGEN!

VORBEMERKUNG

In der letzten Zeit waren Presse, Fernsehen und Radio in Westdeutschland voll von Berichten über zweitrangige Politiker, die sich offen antisemitisch geäußert haben. Das, was bisher mehr oder minder die Domäne neofaschistischer Gruppen und ihrer Hetzblätter war, greift anscheinend auf den "normalen" Politiker über:

So schlug der Bürgermeister von Korschenbroich ganz in der Tradition des SS-Stürmers vor, angesichts von Geldmangel, "ein paar reiche Juden zu erschlagen". "Gängige Redewendung", so lautete seine "Entschuldigung", die er erst dann abgab, als er massiv unter Druck gesetzt wurde. Ähnlich der Bundestagsabgeordnete Fellner, der sich für die "Wirkung" seiner Worte, nicht für die Worte selbst "entschuldigte", daß nämlich "Juden immer zur Stelle" seien, wenn in deutschen Kassen Geld klimpere.

Es wurde sich entschuldigt, allgemein festgestellt, daß so etwas natürlich "untragbar" sei und versucht, zur Tagesordnung überzugehen, all diese Dinge sozusagen als "Ausrutscher" zu behandeln.

In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um "Ausrutscher". Es geht vielmehr darum, daß solche Ereignisse Ausdruck dessen sind, daß in Westdeutschland seit ungefähr einem Jahr der Antisemitismus sich wieder offen zu Wort meldet und beginnt, wieder salonfähig zu werden. Solche Ereignisse sind Ausdruck dessen, daß diejenigen, die sich bisher noch scheuten, ihren Antisemitismus zu verbreiten, die sich - aus Furcht

vor der antifaschistischen Öffentlichkeit vor allem auch im Ausland - angesichts der barbarischen Tradition von 6 Millionen ermordeter Juden in Westdeutschland lieber dezent zurückhielten, seit einiger Zeit immer ungenierter an die Öffentlichkeit treten.

Hierbei meinen wir nicht neofaschistische Gruppen, die schon immer ihre offen antisemitische Hetze, ihre Schändung jüdischer Friedhöfe mehr oder minder ungestört betreiben können. Wir meinen auch nicht die Tatsache, daß ein Massenblatt wie die "Deutsche National-Zeitung", geduldet von den staatlichen Behörden, Woche für Woche 100 000-fach Verleumdung, Judenhölzer und Verharmlosung der Verbrechen des Hitlerfaschismus hinausposaunen kann. Wir meinen auch nicht die "Kameradschaftstreffen" der Verbrecher der Waffen-SS und anderer Verbände der faschistischen Wehrmacht. Das alles ist nicht neu, sondern seit Jahrzehnten gang und gäbe. Neu ist aber, daß es anscheinend wieder "normal" ist, Antisemitismus zu äußern. Die nach den barbarischen Verbrechen der Hitlerfaschisten an den Juden aufgerichteten Dämme werden niederrissen, der Antisemitismus beginnt, so diskussionswürdig und salonfähig zu werden wie es die Ausländerfeindlichkeit schon seit geraumer Zeit ist.

Wie ist diese Entwicklung, die jedem antifaschistisch Denkenden die Scham- und Zornesröte ins Gesicht treiben muß, zu erklären? Was steckt dahinter, was bahnt sich hier an und womit müssen wir auf diesem Gebiet noch rechnen?

I. ANTISEMITISMUS DIENT DEM

WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus wurde in Westdeutschland keineswegs mit der barbarischen, reaktionären Ideologie des Antisemitismus gebrochen, ihr wirk-

lich der Garaus gemacht. Die Tatsache von 6 Millionen ermordeter Juden führte lediglich dazu, daß der Antisemitismus sich zurückhielt und - abgesehen von den

ALLTÄGLICHE JUDENHETZE SEIT BITBURG 1985

* E I N E A U S W A H L *

Bundestagsabgeordneter Fellner:

- Anspruch der Juden auf Entschädigung als „weder rechtlich noch moralisch begründet“.
- „daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert . . . Die Juden sollten uns nicht mit solchen Forderungen in Verlegenheit bringen.“
- „Irgendwann müssen wir Ruhe haben“, sagte Fellner und verlangte von den Juden „mehr Sensibilität für die Deutschen“. (FR, 8.1.86)
- „Ich habe wirklich den Eindruck, daß die Juden dadurch, daß sie uns ständig und immer wieder, ich frage, wie lange noch, uns unter Druck setzen, daß sie dadurch eine Gegenreaktion erzeugen.“ (FR, 28.1.86)

Bundeskanzler Kohl:

Für Kohl sind die Bundesbürger „immun gegen Antisemitismus“

(FR, 28.2.86)

„Schonzeit für Juden“ zu Ende — oder doch nicht?

Theaterintendant Rühle:

„... daß auch der Jude an greifbar, kritisierbar sein müsse, und daß er nicht ewig in einem Schonbezug zu gehalten werden dürfe.“ –

Denn: „Nach vierzig Jahren Wiedergutmachung, nach einer Politik der Versöhnung, einer Politik, die ich voll unterstütze, ist die Schonzeit vorbei“ (taz, 7.6.86).

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

Die FAZ warnte vor denjenigen, die „die Verfolgung bis ins siebte Glied“ pflegen würden und die für jeden Anlaß dankbar seien, „das Zerrbild des häßlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden wieder aufzureißen.“ (FAZ, 29.4.). Die FAZ drohte: „Gewisse jüdische Kreise müßten von einsichtigen Leuten davor gewarnt werden, gewisse Gedanken überzustrapazieren“. (15.4.)

"Vorwärts" - Organ der SPD :
Sind Juden niemals böse?
 ("Vorwärts", 28.9.85)

Quick:



("Quick", Nr. 18, 24.4.85)

Hannoversche Allgemeine Zeitung:

„Die 'New York Times' und die drei großen nationalen Fernsehgesellschaften sitzen in New York. Amerikas größte Stadt aber befindet sich fest in jüdischer Hand.“

(Zitiert nach TAZ, 2.5.85)

Bürgermeister von Korschenbroich, Graf von Spee:

CDU-Mann: „Reiche Juden erschlagen“

Um den Ausgleich des Haushalts '86 zu schaffen, müßte man schon einige reiche Juden erschlagen.“

In früheren Jahren sei diese Formulierung, z.B. im Finanzgewerbe, „einedurchaus gängige Redewendung gewesen“, um die Realitätsferne von Forderungen deutlich zu machen. (taz, 28.1.86)



Wie eine Juden-Karikatur aus der Nazi-Zeit: Mit diesem Plakat wollte die Alternative Liste in Westberlin den Bau-Filz anprangern. Als man ihr Antisemitismus vorwarf, zog sie das Poster zurück.

Juden waren „in der Tat reich“

CDU-Vorsitzender von Werl „relativiert“ antisemitische Äußerungen des Grafen von Spee
 (taz, 25.2.86)

schon immer offen auftretenden neofaschistischen Gruppen - nicht so offen geäußert wurde, mußte man doch mit einem Sturm der Entrüstung vor allem im Ausland rechnen.

Daß nicht wirklich mit dem Antisemitismus gebrochen wurde, liegt vor allem daran, daß nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland ein Gesellschaftssystem fortgesetzt wurde, das ohne die Verbreitung und Schürung von Rassismus und Chauvinismus nicht existieren kann, ebensowenig wie ein Fisch ohne Wasser: (*)

Die Geschichte Westdeutschlands seit 1945 ist eine ununterbrochene Fortsetzung der Geschichte des deutschen Imperialismus. Das Monopolkapital, das Hitler an die Macht gebracht hatte, konnte sehr bald sein verbrecherisches Treiben, die Ausbeutung der Arbeiterklasse hier und die Ausbeutung fremder Völker fortsetzen. Der westdeutsche Imperialismus erholte sich von seiner Niederlage im 2. Weltkrieg, erstarkte allmählich und breitete sich sicheren Schritts auf der ganzen Welt aus. Eine eigene funktionstüchtige Kriegsindustrie und ein eigenständiger gut funktionierender Kriegsapparat namens

Bundeswehr wurde mit Hilfe der alten faschistischen Generalität wieder aufgebaut.

Heute ist der westdeutsche Imperialismus eine der stärksten Großmächte der Welt. Er verfolgt einen selbständigen und unabhängigen imperialistischen Entwicklungsweg gegen alle imperialistischen Konkurrenten auf dem Rücken der eigenen Arbeiterklasse und der anderen Völker, strebt wieder nach Weltherrschaft und ist ein eigener Kriegsherd.

Antisemitismus, Rassismus und Chauvinismus - all diese volksverdummenden und volksverhetzenden, reaktionären Ideologien sind Wegbegleiter eines Gesellschaftssystems, das auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung durch eine Minderheit von Kapitalisten beruht, das die Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker im Interesse des Profits betreibt, das imperialistische Kriege im Kampf gegen die Konkurrenz der imperialistischen Mächte produziert.

Ohne Rassismus und Chauvinismus gegenüber anderen Völkern in die Köpfe der werktätigen Massen der imperialistischen Länder zu pflanzen, kann kein imperialisti-

(*) Zudem hat der Antisemitismus in Deutschland eine lange, jahrhundertealte, üble Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und keinesfalls von den Hitlerfaschisten erfunden und mit ihnen zu Grabe getragen worden. Im Gegenteil:

Mit ausdrücklicher Berufung auf "deutsche Kirchenväter" wie Martin Luther und unter Rückgriff auf Lösungen des Antisemitismus zu Bismarcks Zeiten wie "Kauft nicht bei Juden" konnten die deutschen Faschisten konzentriert zusammenfassen, was weit über ihre Reihen hinaus in die Köpfe großer Teile der deutschen Bevölkerung eingepflanzt worden war. Päpste ebenso wie Martin Luther, "deutsche Denker" wie Fichte und "Landesväter" wie Bismarck, sie alle betrieben die Hetze gegen die Juden, riefen selbst zu Pogromen auf oder bereiteten sie vor.

Dieser mit Antisemitismus gut gedüngte Boden war das von den deutschen Faschisten leicht zu beackernde Feld für die systematische Verfolgung und Vernichtung von 6 Millionen Juden.

Dieser tiefssitzenden Tradition, dieser schlechten Überlieferung muß man sich unbedingt bewußt sein, ist sie doch ein Gesichtspunkt (wenn auch nicht der wichtigste oder der einzige), der auch erklärt, warum Antisemitismus - trotz Auschwitz - heute so schnell wieder auf "Verständnis" stößt und angenommen wird. Man denke nur daran, daß "Du Jude" als Schimpfwort weit verbreitet ist.

scher Krieg geführt werden. Und ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der Bevölkerung zu pflanzen, kann auch nicht die Herrschaft des Imperialismus im Innern aufrechterhalten werden.

Denn um diese Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, um von den wahren Schuldigen der sichtbaren und spürbaren Pest- und Eiterbeulen dieses kapitalistischen Systems abzulenken, werden Ideologien gebraucht wie Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus: "Die Juden sind schuld", "die Ausländer sind schuld" usw. usf. - das sind die "Lösungen", das sind die "Antworten" auf die Frage, wer für die Arbeitslosigkeit, Elend, Hunger und Verzweiflung die Verantwortung trägt.

In einer seiner zahlreichen Reden, die die antijüdische Hetze im zaristischen Rußland anprangerten, stellte Lenin heraus,

- "daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen - vom Kapital - abzulenken."
- (Lenin, "Über die Pogromhetze gegen die Juden", Auf Schallplatten aufgenommene Reden, 1919, LW 29, S. 239)

Eine Anfrage der "Jüdischen Telegrafagentur aus Amerika" beantwortete Stalin damit, daß er "den Antisemitismus als extreme Form des Rassenchauvinismus" charakterisierte und erklärte:

- "Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Wege abbringt und sie in den Dschungel führt."
- (Stalin, "Über den Antisemitismus", 1931, SW 13, S. 26)

Auch wenn heute in Westdeutsch-

land vor allem die Schürung von Ausländerfeindlichkeit diese Funktion erfüllt, paßt der Vormarsch des Antisemitismus dennoch genau in dieses Konzept. Daß es heute in Westdeutschland infolge der systematischen Judenvernichtung nur noch 30 - 40 000 Juden gibt, ändert auch nichts daran, war der Antisemitismus doch nie von der zahlenmäßigen Größe des jüdischen Teils der Bevölkerung abhängig.

Diese Funktion hat der Antisemitismus heute nach wie vor, wenn auch mit anderem Gewicht als vor der unvorstellbaren Ausrottung der Juden in Deutschland.

Für eine Antwort auf die Frage, warum gerade in den letzten Monaten der Antisemitismus der westdeutschen Imperialisten wieder so in den Vordergrund getreten ist, müssen jedoch noch andere ausschlaggebende Gründe angeführt werden. Die Ereignisse um den 8. Mai 1985, 40 Jahre nach der vernichtenden Niederlage des Hitlerfaschismus, die Ereignisse in Bitburg sind hierfür zentral.

Seit BITBURG wurde den Juden unverhüllt gedroht: "Hört endlich auf, uns ständig an die Verbrechen des Hitlerfaschismus zu erinnern!"

Daß der westdeutsche Staat von oben bis unten von alten Nazis durchsetzt war, ja bis in allerletzte Zeit, 40 Jahre nach der Kapitulation, Führungspositionen von NSDAP-Mitgliedern, SA- und SS-Leuten und Offizieren der faschistischen Wehrmacht eingenommen werden, zeigt anschaulich, was eigentlich nach 1945 in Westdeutschland geschah: Fortsetzung der Politik des deutschen Imperialismus, der Hitler an die Macht brachte.

Die Propagandaschau um Bitburg, der Kniefall von Reagan und Kohl vor den Gräbern der Soldaten der faschistischen Wehrmacht und Waf-

(Fortsetzung S. 8)

DER ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND HAT EINE LANGE TRADITION – EINIGE BEISPIELE

Der Antisemitismus in Westdeutschland hat seine tiefen Wurzeln, wird aus vielen Quellen gespeist, die zusammengenommen der Boden waren, auf dem die Faschisten ihr mörderisches Werk ausführen konnten.

Einige Beispiele:

P R E U S S E N / B I S M A R C K

Der regierungsamtlich betriebene Antisemitismus zeigt sich in der Richtlinie, die der preußische König Friedrich Wilhelm I. an seinen Sohn schrieb:

"Was die Juden betrifft,...die müßt ihr aus dem Lande jagen, denn die Juden Heuschrecken eines Landes sind." (Zitiert nach: Léon Poliakov, "Geschichte des Antisemitismus", Worms 1983, Band V, S. 27)

Der Feind der deutschen Arbeiterbewegung, der Vater der Sozialistengesetze und "eiserne Kanzler" Bismarck versuchte, durch seine Ausfälle gegen die Forderung nach Gleichberechtigung der Juden im Deutschen Reich an niedrigste Instinkte der Volksmassen zu appellieren und sich anzubiedern. Er erklärte:

"...wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde... Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht." (Bismarck, Gesammelte Werke, Band 10, Reden, S. 9)

F I C H T E

Der deutsche idealistische Hegelianer und Verherrlicher des preußischen Staates Fichte spiegelte die damalige antisemiti sche Stimmung der preußischen "Denker" wider:

"Aber ihnen (den Juden, A.d.V.) Bürgerrecht zu geben, dazu sehe ich wenigstens keine Mittel als das: in einer

Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee steckt." (Fichte, Sämtliche Werke, Band 6, 1845, S. 149f.)

H E G E L



Hegel selbst schrieb:

"Am Haufen der Juden mußte sein (Jesus', A.d.V.) Versuch scheitern, ihnen das Bewußtsein von etwas Göttlichem zu geben; denn der Glaube an etwas Göttliches, an etwas Großes kann nicht im Kote wohnen. Der Löwe hat nicht Raum in einer Nuß; der unendliche Geist nicht Raum in dem Kerker einer Judenseele." (Hegels theologische Jugendschriften, Tübingen 1907, S. 312; zitiert nach: Léon Poliakov, a.a.O., S. 208)

D I E G E B R Ü D E R G R I M M



Die Gebrüder Grimm als Standardautoren von Märchen haben nicht nur dort Antisemitismus verbreitet (siehe z.B. "Der Jude im Dorn"), sondern auch in ihrem Wörterbuch. Unter dem Stichwort "Jude" findet man folgendes zu lesen:

"...von ihren schlimmen Eigenschaften werden namentlich ihre Unreinlichkeit, sowie ihre Gewinnsucht und ihr Wucher sinn in mannigfachen Wendungen betont, schmierig wie ein alter Jude; er stinkt wie ein Jude; daran angelehnt, schmekken wie ein Jude, widerlich und verstärkt schmecken; wie ein todter Jude: man musz euch vor (zuvor) die Gurgel schmieren, es schmackt sonst ohn Salz wie ein todter Judt ...ein Kraut, so nicht gesalzen, schmeckt wie ein todter Judt ..." (Zitiert nach Léon Poliakov, a.a.O., Band II, S. 136)

C H R I S T L I C H E R

A N T I S E M I T I S M U S



Als entscheidende Quelle ist hier zunächst

das Neue Testament zu nennen. Johannes lässt dort Jesus den Juden gegenüber, die ihn versuchten zu steinigen, sagen:

"Ihr habt den Teufel zum Vater, und nach Eures Vater Gelüste wollt ihr tun. Der ist ein Mörder von Anfang an und steht nicht in der Wahrheit; denn die Wahrheit ist nicht in ihm."

(Johannes 8/44)

Die "Vertreter Gottes auf Erden" bauten diesen grundlegenden Gedankengang der Bibel - die Juden als Lügner und Mörder - aus. "Im Namen Gottes" erließen 114 Päpste auf 96 Kirchenkonzilien Gesetze gegen die Juden, die den Judenhaß schürten. Die Katholische Kirche praktizierte in ihrer mehr als tausendjährigen Geschichte neben dieser ideologischen Verhetzung des Volkes selbst unzählige Male die Verfolgung und Vertreibung von Juden, brannte Synagogen nieder usw. Die protestantische Kirche stand ihren katholischen Glaubensbrüdern in nichts nach. Martin Luthers Forderungen von 1543 konnten 400 Jahre später von den Faschisten aufgegriffen und in die Tat umgesetzt werden. Er forderte:

"1. Man soll ihre Synagogen mit Feuer anstecken, Schwefel und Pech dazu werfen, und was nicht brennen will, mit Erde überschütten, damit kein Stein mehr zu sehen sei ewiglich.

"2. Man soll ihre Häuser zerstören, sie in einem Stall wie Zigeuner zusammenstreiben, damit sie einsähen, sie seien nicht die Herren im Lande, sondern Gefangene im Exil.

"3. Man soll ihnen das Geleit und das Recht, die Straßen des Reiches zu befahren, aufkündigen..."

(Luther, "Von den Juden und ihren Lügen", zitiert nach Herbert A. Strauss, "Antisemitismus", FFM 1985, S. 59f)

EUGEN DÜHRING - ein FEUDALER SOZIALIST

Die Ablenkung aller Übel dieser Gesellschaft auf "die Juden" wurde schon frühzeitig von der deutschen Arbeiterbewegung, soweit sie sich am wissenschaftlichen Sozialismus orientierte, scharf bekämpft. Um so mehr, als sich auch in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie Figuren wie Eugen Dühring breit machten, die unverhohlen "die Juden" als "das Böse" zum Angriffsziel ihrer reformistischen Politik von Bismarcks Gnaden machten. So konnte man in einer Schrift des Professors Eugen Dühring nachlesen:

"Die Juden, die nach der Verdrängung und Zinsbarmachung der Angehörigen aller Länder streben, sind billigerweise mit ihrem eigenen Maß zu messen. Es würde also alle Humanität mißverstehen heißen, wenn man hier auch nur einen Augenblick Anstand nehmen und sich scheuen wollte, den Kampf gegen die Juden nicht ernsthaft auf eine dauernde Unschädlichmachung einzurichten."

(E. Dühring, "Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage", 1881, S. 118)

Friedrich Engels deckte die Keime dieses Antisemitismus in seinem Werk "Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" aus dem Jahr 1877/78 auf. Engels bezeichnete Dührings Vorstellungen vom Sozialismus als "Abart des feudalen Sozialismus" und geißelte den "Judenhaß, den Herr Dühring bei jeder Gelegenheit zur Schau trägt". Er brandmarkte das aus dem "Mittelalter überkommne Volksvorurteil gegen die Juden" und die antisemitischen Phrasen von Dühring, daß der Sozialismus als "einzige Macht... Bevölkerungszuständen mit stärker jüdischer Untermischung... die Spitze bieten" könne. (Siehe hierzu Engels, MEW 20, S. 104)

Diese Beispiele, die wirklich nur eine kleine Auswahl sind, machen deutlich, wie verbreitet der Antisemitismus in der Geschichte Deutschlands ist, wie tief er verankert ist und wie er gerade auch von jenen verbreitet wurde, die nach wie vor zum "Kulturgut des deutschen Volkes" gerechnet und hochgelobt werden. Der Antisemitismus der deutschen Faschisten konnte gezielt an dieser Tradition anknüpfen und sich auf sie stützen. ■

fen-SS, waren für den westdeutschen Imperialismus ein Markstein, um den Geruch als Nachfolger des Hitlerfaschismus endgültig zu vertreiben, um endlich - unbehelligt von der Vergangenheit - als "demokratisches", "potentes Land" den Platz einnehmen zu können, der ihm aufgrund seiner mittlerweile erreichten ökonomischen, politischen und militärischen Stärke "gebührt". Die leidige Vergangenheit hat da immer nur gestört, und wenn man sie schon einige Zeit mit sich herumschleppen mußte, so muß doch jetzt nach 40 Jahren, "endlich einmal Schluß damit sein". Von dieser geschichtlichen Hypothek wollte man sich endlich befreien, um ideologisch "unbefleckt" die Politik des Neokolonialismus und Revanchismus weltweit als "Modell Deutschland" besser verkaufen zu können. Die ganze Propaganda um den 8. Mai 1985, die Ehrung von Soldaten der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS in Bitburg, was dazu noch gleichberechtigt mit einem - nachträglich eingeschobenen - Besuch im ehemaligen KZ Bergen-Belsen behandelt wurde, dienten diesem Zweck.

Und alle traditionellen Bonner Parteien, einschließlich der SPD, die so gerne die Tradition des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus für sich beansprucht, unterstützten dieses Spektakel (das bei einem keinesfalls geringen Teil der westdeutschen Bevölkerung Rückhalt fand, kam es doch deren Wunsch nach Abschüttlung und Verdrängung der Vergangenheit nach), und trugen es mit. (*)

(*) Bezeichnend ist, daß gerade der Parteivorsitzende der SPD, Willy Brandt, der als "Antifaschist" oft gerühmt wird, mit der CDU/CSU in den Chor zur Rehabilitierung der faschistischen Wehrmacht und SS einstimmmt. In einem Gespräch mit Vertretern des "amerikanisch-jüdischen Komitees" in New York sagte er,

"daß er Reagan dessen Bereitschaft, einen deutschen Soldatenfriedhof zu besuchen, 'im Grunde hoch anrechnet'... Auf die Frage, ob er denn, falls er eine Einladung zu der Zeremonie auf dem Friedhof Bitburg erhielte, dieser folgen würde, sagte Brandt: 'Für mich persönlich wäre das moralisch kein Problem'." ("Frankfurter Rundschau", 25.04.1985)

PROLETARIER ALLES LÄNDER VERBANNT DABEI!
PROLETARIER ALLES LÄNDER UND OBERPROLETARIER WELTWEIT VERBANNT DABEI!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-idealistischen Partei Westdeutschlands
Nr. 25 September 1985 4 DM

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Stellungnahmen und Standpunkte u.a. zu:

- DIE REHABILITIERUNG DER WAFFEN-SS UND DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT
- MITSCHULD DAMALS UND HEUTE
- DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS
- MILITARISMUS UND REVANCHISMUS BEKÄMPFEN
- ZUR DEMAGOGIE DER WEIZSÄCKER-REDE AM 8. MAI 1985
- DIE HALTUNG ZU POLEN - EIN PRÜFSTEIN
- DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN
- ZIELE DER REVOLUTION

Neben dem Versuch, endlich die Vergangenheit abschütteln zu können, hatte der Besuch des Friedhofs in Bitburg aber noch den Zweck: Rehabilitierung der faschistischen Wehrmacht im Interesse der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Den Soldaten der Bundeswehr wurde durch Bitburg signalisiert, daß sie nicht zu befürchten brauchten, der "deutsche Soldat" würde aufgrund begangener Verbrechen "fallengelassen". Im Interesse der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sollte den Soldaten gezeigt werden, daß dem "deutschen Soldaten" - kom-

me, was da wolle - die Stange gehalten wird.

Der Zeitpunkt für all dies war gut gewählt: Ein echter, wirklicher Widerstand seitens der Arbeiterbewegung oder einer revolutionären Jugend- oder Studentenbewegung war nicht in Sicht, der Zerfall einer vor 10-15 Jahren noch vieltausendköpfigen sich als "marxistisch-leninistisch" versteckenden Bewegung war offenkundig. Außer kleinen verbalen Protesten ohne jegliche ernsthafte politische Bedeutung sollte das Bitburg-Spektakel über die Bühne gehen: Ehrung der Waffen-SS und danach, sozusagen als "Trostpflaster", als "Beruhigungspille" vor allem für "die Juden" gedacht, Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus im KZ Bergen-Belsen.

Doch wer hat bei diesem gut durchdachten und geplanten Manöver im Interesse des westdeutschen Imperialismus "gestört"? Jüdische Demonstranten. Die Ehrung an Gräbern der Waffen-SS durch alle traditionellen Parteien des Bonner Staates führte zu einem Aufschrei der Empörung weit hinein in das bürgerlich-konservative Lager innerhalb der Jüdischen Gemeinden, die gegen die Rehabilitierung der Waffen-SS durch die Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus Stellung bezogen.

Hatte sich der Protest der Jüdischen Gemeinden und ihrer offiziellen Repräsentanten bislang vor allem gegen direkte neofaschistische Aktivitäten gewandt, gegen die Schändung jüdischer Friedhöfe, gegen die Hetze der "Deutschen Nationalzeitung" u.ä., nicht aber dagegen, daß ein SS-Mann wie Schleyer und früherer Generalausbeuter der Faschisten im Gebiet der CSSR nach seinem Tod als Ar-

beitgeberpräsident geehrt wurde, daß ein SA-Mann wie Carstens Bundespräsident wurde usw., so wurde dieses faktische Stillhalteabkommen (*), den "Heiligschein" des Bonner Staates mehr oder minder unangetastet zu lassen, von den offiziellen Vertretern der Jüdischen Gemeinden anlässlich der Ereignisse von Bitburg gebrochen.

Jene Juden in Westdeutschland, die auch ohne lautstarke Proteste als überlebende Zeugen ständige Erinnerung und Mahnung an die verbrecherische Tradition des Hitlerfaschismus sind und in diesem Sinne den Interessen des westdeutschen Imperialismus bei seinem Aufstieg zur strahlenden, ökonomisch und politisch starken Macht in Westeuropa und auf der ganzen Welt im Wege stehen, organisierten Protestdemonstrationen und Sitzstreiks gegen das Spektakel von Bitburg.

Angesichts der ungeheuren Schwäche jeglicher ernstzunehmender, wirklich antifaschistischer Bewegung standen die jüdischen Demonstranten weitgehend allein und somit an der Spitze des Protestes und der Entlarvung des Bonner Staates.

Die Polizei des westdeutschen Imperialismus mußte vor der Weltöffentlichkeit in Aktion treten und für Herrn Kohl und Herrn Reagan die Gegend um Bitburg und Bergen-Belsen "judenfrei" machen, alle jüdischen und die wenigen dazugestoßenen nichtjüdischen Demonstranten wurden "abtransportiert" und weggeschafft.

Auch wenn die Protestierenden die "Totenehrung" der SS-Verbrecher nicht verhindern konnten, der westdeutsche Imperialismus war durch diesen Protest der jüdischen Demonstranten an einem sehr

(*) Die Gründe für dieses Stillhalteabkommen der Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden sollen und können hier nicht erörtert werden. Antikommunismus, Billigung einer Politik des Ausbaus Israels zum Brückenkopf vor allem des US-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus, ein Selbstverständnis als "Religionsgemeinschaft", Neutralität gegenüber der Bonner Innenpolitik etc. sind nur einige hierbei zu analysierende Faktoren.

empfindlichen, neuralgischen Punkt getroffen: Die ungebrochene Verbrechertradition des deutschen Imperialismus von Hitler bis heute wurde angeprangert.

War die ganze Presse zur Zeit der Ereignisse um Bitburg schon angefüllt mit antisemitischen Anspielungen und direkt antisemitischen Ausfällen, so wurden in den nächsten Monaten Umfang und Geschmacklosigkeit der Hetze verschärft. Bitburg war das Signal, die Rücksichten fallen zu lassen.

"Die Schonzeit ist um", so ertönte es aus den Medien. Juden sollen mundtot gemacht, Proteste aus ihren Reihen im Keim erstickt werden, damit sie nicht mehr auf die ungebrochene Tradition des Bonner Staates mit dem Hitlerfaschismus verweisen können. Solche Zeugen kann der westdeutsche Imperialismus gerade heute überhaupt nicht gebrauchen, und die Welle des offenen Antisemitismus, die seit Bitburg ins Rollen gebracht wurde, hat vor allem den Zweck, sich dieser Zeugen zu entledigen.

"Nach vierzig Jahren ist die Schonzeit vorüber", so formulierte es der Frankfurter Intendant Rühle anlässlich der Auseinandersetzung um das Fassbinder-Stück.



Foto "FAZ"

Demonstranten protestieren gegen die Provokation der westdeutschen Revanchisten in BITBURG

("Deutsch-jüdische Normalität; Fassbinders Sprengsätze", "Pflasterstrand Flugschrift" Nr. 1/85, S. 63) (*)

Oder, wie er an anderer Stelle propagierte,

"daß auch der Jude angreifbar, kritisierbar sein müsse, und daß er nicht ewig in einem Schonbezirk gehalten werden dürfe."

("Skyline", Nr. 11/85)

Und wirklich, die antisemitischen Jäger, die infolge des Drucks vor allem internationaler antifaschistischer Kräfte trotz Jagdfiebers sich längere Zeit beherrschen mußten, erhalten wieder "Grünes Licht". Die "Schonzeit ist vorbei" - die Jagdsaison ist eröffnet !

(*) Der Frankfurter Theaterintendant Günther Rühle hat mittlerweile eine einstweilige Verfügung gegen den Vertrieb von 2 Büchern erwirkt, in denen diese Äußerung - die er angeblich nicht getan habe - nachzulesen ist, und zwar gegen das Buch von Broder "Der ewige Antisemit" und gegen das im Athenäum-Verlag erschienene Buch "Die Fassbinder-Kontroverse oder das Ende der Schonzeit". Gegen den Abdruck seiner Äußerung in der "Pflasterstrand Flugschrift" hat er keine einstweilige Verfügung erwirkt, und das oben angeführte zweite Zitat, das inhaltlich dasselbe ausdrückt, bestreitet er auch nicht.

II. ZENTRALE VARIANTEN DES ANTISEMITISMUS IN WESTDEUTSCHLAND HEUTE

Es wäre naiv, nur jenen als Antisemiten zu bekämpfen, der offen politisch und ideologisch zur Ermordung von Juden aufhetzt. Es kann jemand gegen Auschwitz sein und trotzdem Antisemit. Antisemitismus gibt es auch in der Maske der "Sozialkritik" unter "linkem" Mäntelchen. Fassbinder, der mit seinem Stück "Der Müll, die Stadt und der Tod", wie er sagte, gegen den Antisemitismus Stellung beziehen wollte, hat z.B. ein Stück geschrieben, das im Grunde selbst ein antisemitisches Machwerk ist. Seine Verteidiger haben sich in oft übler antisemitischer Weise geäußert. Wie so oft gilt auch hier, daß die Motive nicht allein, außerhalb ihres Zusammenhangs mit den objektiven Resultaten betrachtet werden dürfen.

Das Fassbinder-Stück selbst wie auch die Reaktionen auf den Protest gegen dieses Stück zeigen eindringlich, daß die Hetze gegen Juden keinesfalls lediglich das Merkmal überzeugter Faschisten ist. Seit Hunderten von Jahren gibt es die vielfältigsten Varianten, und auch nach dem Hitlerfaschismus ist das Vorurteil, die Pauschalialisierung gegenüber Juden, nicht nur bei offenen Faschisten zu finden, sondern bei breitesten Bevölkerungskreisen und politischen Repräsentanten aller Bonner Parteien einschließlich der DKP verbreitet. Die aus vielen Mosaikbausteinen zusammenfließenden Vorurteile und Denkschemata des Antisemitismus ergeben erst jenes Klima, das Auschwitz möglich gemacht hat.

Hieraus ergibt sich die Aufgabe, alle Varianten der Judenhetze den Krieg zu erklären, d.h. nicht nur dem offen faschistischen Antisemitismus entgegenzutreten und ihn zu bekämpfen, sondern gerade auch die andere Seite der Medaille, die mehr verdeckte Judenhetze aufzuspüren und ans

Tageslicht zu zerren. Gerade diese Form des Antisemitismus wird oft bagatellisiert, unterschätzt, da diese nicht so grob und brutal auftritt wie die der offenen Faschisten. Sie ist aber gerade deshalb von besonderer Bedeutung, kann sie doch seine Wirkung oft viel besser entfalten.

Die folgenden vier demagogischen Varianten des Antisemitismus scheinen uns heute zentral zu sein:

1. "Die Juden machen die Deutschen schlecht - damit muß endlich Schluß sein".
2. "Die Juden sind am Antisemitismus selbst schuld".
3. "Die Juden, die Auschwitz überlebt haben und weil sie Auschwitz überlebt haben, sind (noch) bösartiger und gefährlicher geworden".
4. "Die Juden sind reaktionär, ihr Protest ist reaktionär".

Diese vier entscheidenden Varianten in der aktuellen antisemitischen Welle in Westdeutschland, die alle vier nahtlos mit den "alten" Mustern des Antisemitismus verschmelzen und auf diesen basieren, müssen erkannt werden, um den notwendigen Kampf gegen die reaktionären Vorstöße des westdeutschen Imperialismus auf diesem Gebiet erfolgreich führen zu können.

1. Demagogie:

"DIE JÜDEN MACHEN DIE DEUTSCHEN SCHLECHT - DAMIT MUSS ENDLICH SCHLUSS SEIN!"

Daß Juden in Westdeutschland nach Jahren des mehr oder minder Stillhaltens gegenüber der offiziellen Politik des westdeutschen Imperialismus anlässlich von Bitburg und der Ereignisse um den 8. (Fortsetzung S. 14)

WESENTLICHE MERKMALE, WARUM FASSBINDER'S STÜCK "DER MÜLL, DIE STADT UND DER TOD" ANTISEMITISCH IST

Der Streit um das Fassbinder-Stück hat eine längere Geschichte. Das Theaterstück löste bei seiner Erstveröffentlichung 1976 im suhrkamp-Verlag bereits heftige Proteste aus. Schon damals wurde ihm Antisemitismus vorgeworfen, und es wurde dann auch vom Verlag zurückgezogen. Versuche, es auf die Bühne zu bringen (einmal durch Fassbinder selbst, als er Direktor des Frankfurter Theaters am Turm war, das andere Mal sollte es in der Alten Oper aufgeführt werden), scheiterten jedesmal. Ein erneuter Vorstoß zur Aufführung des Stückes in den Frankfurter Kammerspielen am 31. Oktober 1985 durch den Intendanten Rühle - terminlich sehr gut zum Signal von Bitburg passend - platzte dann aufgrund der Proteste von über 1000 Demonstranten und der Bühnenbesetzung vor allem durch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, was heftigste Kontroversen auslöste.

Die Anklagepunkte gegen das Stück lassen sich im Kern auf die folgenden drei Punkte zusammenfassen. Dabei geht es uns nicht vor allem darum, zu klären, ob Fassbinder subjektiv ein Antisemit war oder nicht. Was in erster Linie interessiert, ist die objektive Wirkung seines Stükkes, das antisemitische Vorurteile verbreitet, aufwärmst und forciert.

1. ZUR AUSWAHL DER HAUPTPERSON: "DER REICHE JUDE"

Der "reiche Jude" ist die Hauptfigur im Stück, er hat - im Gegensatz zu den anderen Personen - keinen Namen und ist die Verkörperung der "Unbewohnbarmachung der Städte", die Verkörperung von Wohnraumzerstörung, Spekulation, Kälte der Städte etc. Sich "sozial" gebende, antikapitalistische Momente werden hier verquickt mit der Konzentration auf die Person des "reichen Juden". (*)

Diese Art der Personalisierung ist völlig falsch (wie wir bei der Charakterisierung des Frankfurter "Häuserkampfs" aufgezeigt haben, siehe S.17). Denn: Hauptdrahtzieher und Ursache der Wohnraumzerstörung etc. sind eben nicht einzelne Spekulanten, sondern die Großbanken und das zugrundeliegende kapitalistische System. Und für die Anklage gegen das kapitalistische Spekulantentum ist es völlig unerheblich, welche Abstammung oder welche Religionszugehörigkeit ein Spekulant hat.

Übrig bleibt somit eine Personalisierung, die keineswegs das Wesen der Sache erfäßt und richtig widerspiegelt, sondern

das alte antisemitische Vorurteil von den "jüdischen Spekulanten und Wucherern" wiederholt und verbreitet. Diese Art der Personalisierung im "reichen Juden" reicht alleine schon aus, um das Fassbinder-Stück als antisemitisch zu verurteilen.

2. DIE CHARAKTERISIERUNG DES "REICHEN JUDEN" ALS GELDGIERIG, GEIL UND SKRUPELLOS MACHT ANTISEMITISMUS "PLAUSIBEL"

Fassbinder lässt faschistische Figuren offen ihre antisemitische Hetze betreiben. Das wäre dann kein Problem, wenn diesen Tiraden entschieden entgegengetreten würde. (Auch B. Brecht ließ in "Furcht und Elend des Dritten Reiches" Nazis mit ihren antisemitischen Sprüchen auf die Bühne treten, aber niemals ohne klare Entgegnung.) Dieser Hetze vor allem zum Ende des Stücks wird jedoch nicht nur nicht widergesprochen, im Gegenteil, die Handlungen des "reichen Juden" geben diesen faschistischen Hetztiraden sogar noch den Schein einer Berechtigung:

Er lässt Häuser abreißen, vertreibt die Bewohner, er kauft sich Frauen, erwürgt die Frau, die er angeblich liebt, auf ihren

(*) Um aber kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Entgegen der Behauptung von Verteidigern des Stükkes, es handle von der Wohnraumzerstörung, sei antikapitali-

stisch, prangere dieses System an, steht dieser Komplex keineswegs im Mittelpunkt, wird mehr am Rande - und dann ganz falsch behandelt.

Die Uraufführung des Fassbinder-Stückes in Frankfurt wird durch die Besetzung der Bühne verhindert:



Foto "FR"

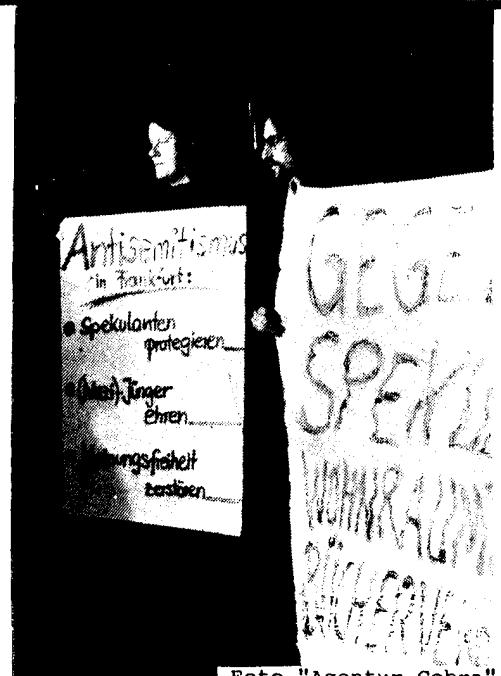


Foto "Agentur Cobra"

Die GRÜNEN hetzen gegen die Demonstranten: Wer ANTISEMITISMUS verhindern will, betreibt angeblich "Bücherverbrennung" und "zerstört Meinungsfreiheit"

"Wunsch" hin, vertuscht diesen Mord usw. usf. "Der reiche Jude" ist ein bewußt durchblickender, zynischer und mit größter Brutalität und Skrupellosigkeit vorgehender Spekulant, der über Leichen geht. Er selbst wird auch noch zum Kronzeugen für seine Schlechtigkeit gemacht, wenn Fassbinder ihn sagen läßt:

- "Die Städte sind kalt, und die Menschen darin frieren zu Recht." ("Stücke 3", hier: "Der Müll, die Stadt und der Tod", 1975, edition suhrkamp, S. 69)
- "Ich kaufe alte Häuser in dieser Stadt, reiße sie ab, baue neue, die verkaufe ich gut." (Ebenda, S. 73)
- "Es muß mir egal sein, ob Kinder weinen, ob Alte, Gebrechliche leiden. Es muß mir egal sein." (Ebenda.) etc.

Verteidiger des Stücks verweisen oft darauf, daß "der reiche Jude" doch im Stück die "sympathischste" Figur sei, denn er sei sich doch über seine Handlungen bewußt. Zudem werde doch deutlich, daß er diese Verhältnisse, die den skrupellosen Geschäftsmann "brauchen" (ebd., S. 73), nicht selbst geschaffen, sondern vorgefun-

den habe. Die Bewußtheit über die eigene Brutalität macht jedoch die Sache überhaupt nicht besser, im Gegenteil, wer bewußt Schweinereien begeht, ist wahrscheinlich noch übler. Und die Tatsache, daß die Verhältnisse, in denen er agiert, wirklich vorgegeben sind, macht die Taten des "reichen Juden" auch nicht angenehmer.

Auf der Basis der Taten und der Selbstzeugnisse des "reichen Juden" wird der offensichtliche Antisemitismus, wie er z.B. in dem Satz propagiert wird, "Er saugt uns aus der Jud. Trinkt unser Blut" (ebd., S. 88), in gewisser Weise verständlich gemacht, erscheint nicht mehr als ungeheure rassistische Lüge, sondern fast schon als plausible Wahrheit. Und die Ursache für den Antisemitismus wird dadurch auch dem "reichen Juden" angelastet, - warum ist er auch so skrupellos?! - , der "selbst daran schuld" sein soll.

3. "DER REICHE JUDE" - "BESONDERS BRUTAL" WEGEN AUSCHWITZ?

Was im Fassbinder-Stück "Verständnis" für den "reichen Juden" wecken soll, ist besonders infam: Die Brutalität und Skrupellosigkeit des "reichen Juden" müsse man als Antwort auf Auschwitz begreifen. Fassbinder läßt den "reichen Juden" sagen:

"Bin ich ein Jud, der Rache üben muß an kleinen Leuten?! Es soll so sein und ziemt sich auch !!" (Ebenda, S. 71)

Aus "Rache" wegen Auschwitz ist er also so geworden, wie er ist, muß er andere "erniedrigen" (ebd., S. 95), "setzt er uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen" (ebd., S. 88). Nach dem Motto der Vulgärpsychologie "Wer Schläge einsteckt, wird noch mehr austeilen" wird somit als zwangsläufig dargestellt, daß der "reiche Jude" mit rücksichtslosem Egoismus vorgeht.

Mit dieser Art des "Nachkriegsantisemitismus", daß Juden nach Auschwitz und wegen Auschwitz "besonders brutal", "milieugeschädigt", "Wolfsnaturen" - wie Verteidiger des Fassbinder-Stücks offen aussprachen - seien, wird das alte antisemitische Vorurteil von "den skrupellosen, brutalen, listigen Juden" neu aufpoliert.

* * * *

Diese drei Punkte genügen, um das Stück nachweislich als antisemitisch zu verurteilen. (*)

Das Fassbinder-Stück, die Versuche, es auf verschiedenen Bühnen aufzuführen, die Äußerungen der Verteidiger dieses Stücks, die oft an antisemitischer Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassen, stehen in einer Reihe mit der seit über einem Jahr anrollenden Welle des offenen Antisemitismus in der westdeutschen Öffentlichkeit, für die Bitburg das Signal gab. Die Verhinderung der Aufführung dieses Stücks in Frankfurt hauptsächlich durch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde war deshalb keineswegs Zensur, vielmehr Bestandteil des notwendigen Kampfes gegen den Antisemitismus in seinen verschiedenartigen Erscheinungsformen. ■

(*) Man könnte zudem noch vieles gegen Fassbinders Stück einwenden: Die antikommunistische Darstellung der Ehe zwischen Faschismus und Marxismus in der Gestalt von Herrn und Frau Müller, die frauenfeindliche Grundtendenz, daß die unterdrückte und ausgebeutete Frau ihre "Befreiung" nur im Tode findet - und selbst dazu ist sie noch zu schwach und bedarf des Mannes -, oder die, verklemmten Spielerphantasien entsprungenen Obszönitäten und widerlichen Szenen, die aneinandergekreift werden u.a.m., was alles zusammen das Stück über den Antisemitismus hinaus durch und durch ungenießbar macht.

Mai zu protestierenden Zeugen der Verbrechen des deutschen Imperialismus wurden, gerade in einem Moment, wo die Bonner Staatspolitiker endgültig den Faden der deutschen Geschichte als abgeschnitten darstellen wollten, hat geballten Antisemitismus zum Ausbruch gebracht. Denn damit wurde ein neuralgischer Punkt getroffen, den eben jener antisemitische CSU-Abgeordnete Fellner auf den Punkt brachte, als er ausführte,

"daß die Juden dadurch, daß sie uns ständig und immer wieder, ich frage, wie lange noch, unter Druck setzen, daß sie dadurch einen Gegendruck erzeugen..."
("Frankfurter Rundschau", 28.01.1986)

Und der SPD-orientierte Professor Peter Iden, Redakteur der "Frankfurter Rundschau", erklärte im Fernsehen:

"Wir können nicht zulassen, daß sie (die Juden, AdV) uns (die Deutschen, AdV) erniedrigen."
("Frankfurter Neue Presse", 08.11.1985)

Diese ungeheuerlichen Äußerungen zeigen klar, wie schmerhaft die Protestaktionen jener Juden gegen die Verharmlosung des Hitlerfaschismus, gegen die Verdrängung der ungebrochenen Kontinuität des deutschen Imperialismus die deutsch-nationale Denkungsart getroffen haben. Und mit der demagogischen Unterstellung, daß es ein Protest gegen "die Deutschen" sei, wird mit großem Erfolg versucht, "die Deutschen" gegen "die jüdischen Hetzer" aufzubringen und zu mobilisieren.

Die Studentenorganisation der CDU, der RCDS, verteilte ein Flugblatt, in dem gemutmaßt wird, daß es den Juden wohl darum gehe,

"das Schuldbewußtsein der Deutschen immer am Leben zu erhalten."

("Schauplatz Uni", RCDS-Magazin, Nr. 1/86, Frankfurt)

Solche sich häufenden Äußerungen, die alle darauf hinauslaufen, Vorurteile gegen Juden zu mobilisieren, sie würden "die Deutschen schlecht machen", wühlten immer in der Vergangenheit, könnten nicht vergessen usw. usf., werden oft kombiniert mit einer zweiten, allerdings uralten demagogischen antisemitischen Provokation.

**2. Demagogie:
"DIE JUDEN SIND AM ANTI-
SEMITISMUS SELBST SCHULD"**

Kohl, der in einer Bundestagsdebatte im Februar dieses Jahres vehement bestritt, daß man von einer "wiederaufkeimenden antisemitischen Tendenz in der BRD" sprechen könne, erklärte,

"daß die riesige Mehrheit unserer Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in der jungen Generation immun ist gegen Antisemitismus", (*)
("Das Parlament", Nr. 10/86)

Und er drohte anlässlich Bitburg den jüdischen Demonstranten:

"Ein Verzicht auf die Totenehrung auf diesem Friedhof ... könnte womöglich Antisemitismus wachrufen."
("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.04.1985)

Und wenn schon einmal zur Abwechslung der Antisemitismus nicht plump geleugnet, sondern in gewissem Sinne zugestanden wird, dann wird mit gekonnter Demagogie und triumphierend in die Runde blickend die Frage aufgeworfen: Es muß doch einen Grund haben,

daß der Antisemitismus zunimmt! Von nichts kommt nichts. Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.

Natürlich ist hiermit nicht die chauvinistische und rassistische Hetze gemeint, die den Antisemitismus am Leben erhält, hegt und pflegt, auch nicht die Verbrennerpolitik der Faschisten alter und neuer Prägung. Gemeint sind vielmehr die Juden selbst. So "ganz unschuldig" können die ja wohl nicht gewesen sein, wenn 6 Millionen umgebracht wurden. Und auch heute zeigt ihr Benehmen ja, daß so manche Vorbehalte gegen sie so "ganz abwegig nicht sein können". Zum gewissen Teil, zum kleinen Teil, zum wesentlichen Teil müssen sie "doch stimmen", munkelt es, flüstert es und wird gar hinausposaunt. Auch hier nur eine kleine Auswahl, mit welchem unüberbietbaren Zynismus alter faschistischer Prägung 50 Jahre nach 1933 wieder "argumentiert" wird.

Der oben schon zitierte RCDS schreibt angesichts der Verhinderung des Fassbinder-Stückes durch jüdische Demonstranten:

"Denn ein Klima, das ... als immer schärfer und schärfer antisemitisch bezeichnet werden kann, kommt wahrscheinlich nicht von ungefähr."
("Schauplatz Uni", RCDS-Magazin, Nr. 1/86, Frankfurt)

Und die sich als liberal gebende Wochenzeitschrift "Die Zeit" verkündet, Jutta Dithfurt von den GRÜNEN zitierend:

"Und wenn die jüdische Gemeinde damit Erfolg hätte, das Stück (Fassbinders "Der Müll, die Stadt und der Tod", AdV) auf Dauer zu verhindern, dann schlägt das nur als

(*) Dies war die Antwort von Kohl auf die von einem Abgeordneten der GRÜNEN zitierte Studie von Alphons Silbermann aus dem Jahre 1982, die nachweist, daß 20% der Bevölkerung in Westdeutschland mit ausgeprägten antisemitischen Vorurteilen lebt und 30% latent antisemitisch eingestellt sind, also zusammen 50%!!! (Siehe hierzu Alphons Silbermann, "Sind wir Antisemiten? Außmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik", Köln 1982.)

Bumerang zurück, verstärkt das nur den Antisemitismus'." ("Die Zeit", 08.11.85)

Und auch der SPDler Raabe, Stadtverordneter in Frankfurt, drohte den jüdischen Demonstranten bei der Verhinderung der Fassbinder-Premiere im Gewand des väterlichen Freundes:

"Bedenken Sie die Folgen, wenn Sie die Aufführung verhindern." ("Frankfurter Abendpost/Nachtausgabe", 02.11.85)

Von der CDU über die SPD bis hin zu den GRÜNEN sind alle auf der Linie, daß Juden doch lieber den Mund halten sollen, da sie ansonsten selber schuld seien am anwachsenden Antisemitismus und daß sie, wenn nicht die Ursache, dann doch der Anlaß, der Auslöser sind. Am Antisemitismus sind also nicht die Antisemiten schuld, sondern die Juden. Denn schlafende Hunde soll man nicht wecken, und wenn man es doch tut und gebissen wird, dann ist nicht der Hund schuld, sondern derjenige, der ihn geweckt hat. Das ist die Logik dieser Leute.

3. Demagogie:

"DIE JUDEN, DIE AUSCHWITZ ÜBERLEBT HABEN, SIND (NOCH) BÖSARTIGER UND GEFÄHRLICHER GEWORDEN!"

Seit jeher wurden "die Juden" als "besonders verschlagene, zähe und brutale Ausbeuter, Wucherer und Kapitalisten" dargestellt.

In diesem Sinne wird auch heute wieder allerorten großer Wert darauf gelegt, sobald man eines Spekulanten, Kapitalisten etc. habhaft werden kann, der jüdischer Abstammung ist, dies auch

entsprechend zu "entlarven". Anscheinend ist es für bestimmte Leute - gerade auch sogenannte Linke - doch von Bedeutung, ob jemand "Jude" ist. Ob Spekulanten und Kapitalisten katholisch oder evangelisch sind, ob sie dick oder dünn sind, ob sie kurz oder lang sind, all dies ist ihnen egal, aber falls einer Jude ist, dann muß das entsprechend vermerkt werden. Sobald ein jüdischer Name auftaucht, weil Hitler und seine Schergen nicht genügend Zeit bekamen, ihre Judenverfolgung und -vernichtung bis zuletzt durchzuführen, wird mit besonders großem Gejohle reagiert und sofort dankbar aufgegriffen, daß es sich hier um einen Juden handelt.

Schon 1976 schrieb Gerhard Zwerenz, der Verfasser des Romans "Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond", der Fassbinder als Anregung und Vorlage für sein "Müll"-Stück diente:

"In Frankfurt trieb die Bauspekulation ihre giftigsten Blüten. Wer das kritisiert und den jüdischen oder israelischen Anteil daran unerwähnt ließe, machte sich unglaublich ... Wenn von zehn wichtigen Maklern in Frankfurt acht jüdischer Herkunft sind, kann ich nicht über einen Perser schreiben, den es auch gibt."

("Die Zeit", 09.04.76)

Selbst wenn alle Makler jüdischer Herkunft wären (*), es geht doch gar nicht um Erwähnen oder Nicht erwähnen. Es geht doch vielmehr darum, ob man den Antisemitismus, das Lügenmärchen von "dem Juden als Wucherer und Spekulanten", fördert und ihm Munition gibt oder diesen politisch bekämpft. Es muß eindeutig klargemacht werden, daß die Abstammung überhaupt keine

(Fortsetzung Seite 22)

(*) Entgegen einer Fülle anderer "Analysen" konnte man aber z.B. im "Spiegel" nachlesen, daß damals von 50 Aufkäufern nur "ein Dutzend jüdische Kaufleute waren" ("Der Spiegel", Nr. 46, 1985, S. 45), - also keineswegs, wie behauptet wurde, "größtenteils" oder "an erster Stelle". Doch unabhängig davon, ob die Sache sich so oder anders verhält, egal, ob die Angaben im "Spiegel" zutreffen oder nicht - es gilt, was wir grundsätzlich hierzu bereits ausgeführt haben.

ZUM 'HÄUSERKAMPF' IM FRANKFURTER WESTEND ANFANG DER 70ER JAHRE

oder

WARUM REFORMISMUS SO LEICHT ZU ANTISEMITISMUS FÜHREN KANN

Es ist schon 15 Jahre her, daß durch militante Straßenkämpfe, Demonstrationen und Hausbesetzungen gegen die Entvölkerung des Frankfurter Westends, gegen die gigantischen Grundstücksspekulationen dort, gegen die Bebauung mit Geschäftshäusern und Banken gekämpft wurde.

In den 25 Jahren seit 1961 bis 1985 wurde in der Tat das Frankfurter Westend von 40 000 Bewohner auf 25 000 reduziert. Bei dieser sogenannten "Sanierung" wurde mit verbrecherischen Methoden gearbeitet. Um die Mieter zu vertreiben, zerschlugen gekaufte Schlägertrupps die Wohnungen, terrorisierten die Bewohner und begingen Brandstiftung. So kamen 1973 neun jugoslawische Arbeiter im Haus Niedenau 12 aufgrund eines Brandes ums Leben, was bis heute gerichtlich ungeklärt blieb.

Diese Vorgänge im Frankfurter Westend, die brutalen Methoden, mit denen die Häuser unbewohnbar gemacht und die Mieter vertrieben wurden, die brutale Räumung besetzter Häuser durch die Polizei etc., all dies rief gerechte Empörung hervor und war Anlaß für militante Kämpfe.

WAS WAR DIE URSACHE UND WER WAREN DIE HAUPTDRAHTZIEHER DER GRUNDSTÜCKSSPEKULATION, GEGEN DIE DER KAMPF HÄTTE GEFÜHRT WERDEN MÜSSEN ?

In der kapitalistischen Gesellschaft werden aus Mangel an Grund und Boden schon immer maximale Profite herausgeholt und zwar auf Kosten der Bevölkerung, die Wohnungen benötigt.

In der Schrift von F. Engels "Zur Wohnungsfrage" wird dazu erklärt:

"Die Wohnungsnot der Arbeiter und eines Teils der Kleinbürger unserer modernen großen Städte ist einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände, die aus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen."

(F. Engels, "Zur Wohnungsfrage", 1872, MEW 18, S. 214)

Und Engels führt weiter aus, worin der Grund für die Bodenspekulation liegt:

"Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhn, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehn kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle."

(F. Engels, a.a.O., S. 215)

Die Gewinne im Frankfurter Westend verteilten sich keinesfalls nur auf jene Spekulanten, die Häuser kauften, abreißen ließen und dann zu wesentlich höheren Preisen wieder veräußerten.

ren Preisen die Grundstücke - bebaut oder unbebaut - weiterverkauften. Diese Gewinne verteilten sich ebenfalls auf diejenigen Hausbesitzer, die ihre Häuser an eben diese Spekulanten verkauften. Diese ebenso skrupellosen Häuserverkäufer waren zu ihrem Besitz im Frankfurter Westend oftmals erst dadurch gekommen, daß in den 30er Jahren durch die Nazi-Politik ehemals "jüdischer Besitz" gewaltsam in "arisch-deutsche Hände" überführt wurde.

Vor allem aber - und das ist wesentlich - war es das Monopolkapital, die Großbanken, die hier märchenhafte Profite realisierten. Ohne ihre Kredite, für die sie riesige Zinsen kassierten, hätte die Spekulation im Frankfurter Westend nicht durchgeführt werden können. An der Spitze der Großbanken stand die Frankfurter Hypothekenbank, die sich zu 80% im Besitz der Deutschen Bank und der Dresdner Bank befand. Danach folgte die Commerzbank und schließlich staatliche Banken wie die Hessische Landesbank (siehe hierzu: J. Roth, "Z.B. Frankfurt, Die Zerstörung einer Stadt", München, S. 22 ff.)

Aufgabe wäre deshalb gewesen, nicht nur gegen die Machenschaften im Frankfurter Westend konkret zu kämpfen, sondern die Häuser- und Grundstücksspekulation als zwangsläufige Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems zu entlarven, die Notwendigkeit seines Sturzes auch hieran zu erklären. Und auf dieser Grundlage hätte man die einzelnen Beteiligten an diesem kapitalistischen Verbrecherstück - einschließlich Stadtverwaltung und Polizei - angreifen müssen, allen voran die Banken als Inbegriff dieses Systems.

Denn es ist so, wie Engels sagte :

"Die sogenannte Wohnungsnot, die heutzutage in der Presse eine so große Rolle spielt, besteht nicht darin, daß die Arbeiterklasse überhaupt in schlechten, überfüllten, ungesunden Wohnungen lebt. Diese Wohnungsnot ist nicht etwas der Gegenwart Eigentümliches; sie ist nicht einmal eins der Leiden, die dem modernen Proletariat, gegenüber allen früheren unterdrückten Klassen, eigentlich sind; im Gegenteil, sie hat alle unterdrückten Klassen aller Zeiten ziemlich gleichmäßig betroffen. Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen".

("Zur Wohnungsfrage", a.a.O., S. 213, H.i.O.)

AUF WEN WURDE DER KAMPF KONZENTRIERT ? WIE KONNTE ANTISEMITISMUS HERVORKRIECHEN ?

Der sogenannte "Häuserkampf" der damaligen Zeit wurde hauptsächlich von spontaneistischen Kräften geführt. Trotz toller Namen (wie "Revolutionärer Kampf") wurde im Endeffekt eine zutiefst reformistische Politik betrieben: Man protestierte - zu Recht - gegen die verbrecherischen Methoden der Mietervertreibung und wollte durch Hausbesetzungen und Demonstrationen einfach einige Häuser zum Wohnen erhalten. Im Mittelpunkt der Angriffe standen jedoch hierbei die Spekulanten und Hausaufkäufer, vor allem jene, mit denen man konkret bei den Hausbesetzungen und polizeilich durchgesetzten Häuserräumungen konfrontiert war.

Ohne diese Spekulation etwa aus der Schußlinie nehmen zu wollen, hat diese verkürzte Herangehens- und Sichtweise, hat diese Konzentration auf die Spekulanten, noch dazu auf einzelne Personen, hat dieser ganze Reformismus zwangsläufig mitgeholfen, daß ANTISEMITISMUS hervorkroch und sich ausbreiten konnte. Denn: Ein Teil dieser Spekulanten, gerade auch die, deren Häuser besetzt worden waren, waren Juden, wie z.B. Bubis, der heutige Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt.

So heißt es in einem Flugblatt des Frankfurter "Häuserrats" von 1972, nachdem die "Sanierungs"-Methoden beschrieben wurden, als Antwort auf die Frage "Wer macht das ?" :

"Markiewicz und Rosen, Spekulanten. Mitte 1972 hatten beide zusammen schon über 13 000 qm. Jetzt gehört ihnen fast das ganze Viertel. Die Profitgier treibt sie an."

(Nachgedruckt in der Zeitschrift "Links", Dezember 1985)

Ja wenn es angeblich um zwei Personen, Markiewicz und Rosen, und ihre Profitgier geht, und dann diese zwei auch noch Juden sind, dann liegt doch die Lösung auf der Hand - auch wenn dies nicht klar ausgesprochen wird: Weg mit diesen zwei Juden und alles löst sich auf in Glückseligkeit und nette Häuschen für jedermann.

Hier wird deutlich, wie Reformismus, Personalisierung und Loslösung der "Wohnungsfrage" von den Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft unterschwellig zu Antisemitismus führen kann.

Bereits in der Vorrede zur ersten Auflage seines Werks "Das Kapital" erklärte KARL MARX, warum es ganz falsch wäre, sich auf einzelne Personen und ihre Eigenschaften zu konzentrieren. Er schrieb:

"Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen." (K. Marx, "Das Kapital", 1867, MEW 23, S. 16)

Natürlich können und müssen in einem solchen Kampf auch Personen, Kapitalisten, Spekulanten, Grundeigentümer usw. angegriffen werden, aber dies muß in einer revolutionären, nicht aber verkürzten reformistischen Weise geschehen. D.h., sie müssen als Geschöpfe des Kapitalismus, als Ausdruck dieser Gesellschaftsordnung, die es insgesamt zu stürzen gilt, angegriffen und entlarvt werden, nicht aber auf der Basis bestimmter persönlicher Charaktereigenschaften oder gar der Nationalität, Abstammung oder Religionszugehörigkeit.

Abgesehen davon, daß im Mittelpunkt der Anklage die Großbanken und das kapitalistische System überhaupt stehen müßten, ist es selbst dann, wenn man nur die Spekulanten betrachtet, völlig abwegig, herumzuanalysieren und herauszustellen, wie es einige unter den "Linken" getan haben, wieviele der Spekulanten denn nun Juden sind. Das kann nur dem Antisemitismus Vorschub leisten. Denn für den Kampf gegen Spekulation und Wohnraumzerstörung sind solche "Analysen" völlig unerheblich, denn Kapitalist ist Kapitalist, Spekulant ist Spekulant, egal welche Nationalität, Abstammung oder Religionszugehörigkeit er hat.

IN WELCHEN FORMEN HAT SICH DER ANTISEMITISMUS AUSGEBREITET?

Versuchen wir einmal, diesen ekelhaften Antisemitismus der damaligen Zeit und sein Wiederaufkochen anlässlich der Auseinandersetzung um das Fassbinder-Stück heute an einigen Beispielen zu illustrieren:

Nehmen wir als erstes die AG Westend, eine Aktionsgemeinschaft sogenannter "Normalbürger". In der Broschüre "Ende oder Wende. Zur Situation eines Stadtteils" wendet sich diese AG Westend mit folgender vornehm formulierter, aber bei näherem Hinsehen doch unverhohlenen Drohung an die Aufkäufer jüdischer Abstammung, die gesondert angesprochen werden - was schon schlimm genug ist - und aufgefordert werden, sich

"zu überlegen, ob die Gewinne aus den Grundstücksspekulationen in diesem Umfang den Schaden aufwiegen, den sie ungewollt sich selbst, ihren Kindern und ihren jüdischen Mitbürgern unter Umständen zufügen".
(Zitiert nach: E. Stracke, "Stadtzerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt am Main", Köln 1980, S. 74)

Sippenhaft! Die Kinder und die anderen "jüdischen Mitbürger" müssen es ausbauen - diese unglaubliche, dezent verpackte Drohung wird hier als politische Kampfmethode verbreitet.

In einem Abschnitt "Antisemitismus in Frankfurt" berichtet Jürgen Roth von einem Interview mit einer 51-jährigen Bewohnerin des Westends, die erzählte:

"Und ein Judenhaß. Oh, Sie können sich das nicht vorstellen. Die sagen alle, wenn's jetzt wieder so käme, schlagen sie hier mit Knüppeln und jagen sie raus. Bestimmt. Ich nicht. Aber alle. Der Judenhaß ist so groß, das können Sie sich nicht vorstellen. Er war nie so groß gewesen."
(J.Roth, "Z.B. Frankfurt: Die Zerstörung einer Stadt", S. 31)

Das kam nicht von ungefähr, wurde doch gerade von sozialdemokratischer bzw. DKP-orientierter Seite immer wieder die "jüdische Abstammung" der Spekulanten ins Spiel gebracht, und in krassen Farben ausgemalt.

In der "Frankfurter Rundschau" konnte man 1976 lesen :

"Die Hauptrolle war einer bestimmten jüdischen Mafia vorbehalten",
(FR vom 16.4.76), die dann noch folgendermaßen beschrieben wird :

"(milieugeschädigte) Juden - Verjagung, KZ-Haft, Ausrottungsangst kann nicht nur physische, sondern auch moralische Zerstörung nach sich ziehen". (Ebenda.)

All diese Geschichten werden heute wiedergekäut, wenn es um die damaligen Ereignisse im Westend geht.

So schrieb die SPD-Zeitung "Vorwärts", daß "das immobile Speulantengewerbe, Wohnraum zu zerstören, in Frankfurt größtenteils in jüdischen Händen sich befindet." ("Vorwärts" vom 28.9.85)

Auch die den GRÜNEN nahestehende "Tageszeitung" schrieb im selben Tenor, daß "vor allem an operativen Grundstücks- und Häuseraufkäufen, Abrissen und anschließenden Hochhausbauten, Mieterverdrängungen, Wohnraumumwandlungen usw. an erster Stelle jüdische Geschäftsleute beteiligt waren". (TAZ vom 23.9.85)

Die der DKP nahestehende Zeitschrift "Deutsche Volks-Zeitung" schrieb über die "Jüdischen Spekulanten": "Geschützt durch den Status der ehemalig Verfolgten konnten sie unbehelligt ihren Geschäften nachgehen", und : "Die brutalen Methoden, mit denen diese (jüdischen, AdV) Spekulanten alte Häuser aufkauften, die Bewohner vertrieben und Wohnraum vernichteten, um Abrißgenehmigungen zu bekommen, haben in Frankfurt einen neuen Antisemitismus geschiürt. Die Juden, meist von Holocaust und Nachkrieg nach Frankfurt verschlagen, nutzten die Chancen, die ihnen hier geboten wurden." (DVZ, 15.11.85)

Hier ist also im Originalton und quer durch alle parteipolitischen Gruppierungen wieder das Lügenmärchen von den "jüdischen Spekulanten" zu vernehmen, die "an erster Stelle" zu nennen sind, die "größtenteils" das Speulantengewerbe unter sich haben, die "milieugeschädigt" mit "brutalen Methoden" vorgehen, die selbst Ursache eines "neuen Antisemitismus" sind. Der Antisemitismus wird einfach "erklärt", im Grunde aber gerechtfertigt, wenn die "brutalen Methoden" der "vor allem jüdischen Spekulanten" beschworen werden.

Gerne wird dabei das "Argument" vorgebracht, gerade am Beispiel des Frankfurter Westends müßte man aufzeigen, daß es sich bei den Spekulanten um "Juden" gehandelt habe, weil nur sie, durch ihren "Judenbonus" aufgrund von Auschwitz, die Spekulation hätten durchführen können. "Geschützt durch den Status der ehemalig Verfolgten konnten sie unbehelligt ihren Geschäften nachgehen", da die Behörden es angeblich "nicht wagten", ihnen nach Auschwitz die Abriß- und Baugenehmigungen zu verwehren usw. usf.

Das ist eine durch und durch antisemitische Lüge und ignoriert völlig, daß im Kapitalismus das Monopolkapital, im vorliegenden Fall vor allem die Großbanken die Politik bestimmen. Die Profitinteressen werden mittels Stadtverwaltungen, Landesregierungen, bürgerlichen Parteien, Polizei- und Justizapparat durchgesetzt und geschützt und d a h e r wurden Abriß- und Baugenehmigungen erteilt, d a h e r betrieben Spekulanten in Eintracht mit den Banken die Wohnraumzerstörung im Westend, nicht aber weil "die Juden" irgendjemanden unter Druck gesetzt haben. Eine solche Sichtweise ignoriert den Mechanismus, wie im Kapitalismus die Profitinteressen durchgesetzt werden und auf welcher Seite hier solche Institutionen wie eine Stadtverwaltung und eine Landesregierung stehen.

All diejenigen, die die jüdische Religionszugehörigkeit oder Abstammung einiger Spekulanten - aus welchen Gründen auch immer - als wichtig, sehr wichtig oder ein wenig wichtig herausgestellt haben, spielten das alte Spiel mit:

Der Blick derer, die gegen Übel ankämpfen, die aus dem System des Kapitalismus herrühren und dort ihre Wurzeln haben, wird vernebelt. Im Mittelpunkt des Kampfes stehen nicht das kapitalistische System, das Monopolkapital, die Banken, sondern "die jüdischen Spekulanten". Und Antisemitismus als Ventil für aufgestauten Unmut über die Pest- und Eiterbeulen der kapitalistischen Gesellschaft kann hier wieder seine verdummende und verbrecherische Funktion übernehmen.

Das Aufblühen und Schüren von Antisemitismus anlässlich des "Häuserkampfes" in Frankfurt ist sicherlich dadurch zu erklären, daß eben der Antisemitismus in Westdeutschland nach wie vor eine Basis hat und daß solche Parteien wie GRÜNE, SPD und DKP, auch wenn sie sich "links" garnieren, vom Antisemitismus infiziert sind und ihn mehr oder minder fördern und verbreiten.

Im Falle des "Häuserkampfes" wird aber auch sichtbar, wie Reformismus leicht zum Antisemitismus führen kann und beides eng miteinander zusammenhängt: Die falsche Konzentration auf die Spekulanten, dazu noch auf diejenigen Personen, mit denen man konkret konfrontiert war, führt zu einer völlig verkürzten Argumentations- und Sichtweise, wer denn an der Wohnraumzerstörung schuld sei. Und wenn einzelne dann noch jüdischer Abstammung sind (oder sein sollten), führt dies zu der Schlußfolgerung, die dann doch auf der Hand liegt, nämlich: "Weg mit diesen Leuten ! Weg mit den Juden !" (*) ■

(*) Von großer Wichtigkeit ist auch, daß INNERHALB der Jüdischen Gemeinde Frankfurt über diesen ganzen Fragenkomplex eine Debatte geführt wurde. Denn einzelne Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, die selbst mit Häusern spekulierten und gegen die Hausbesetzer die Polizei riefen, waren bemüht, den gesamten Protest gegen die Westend "sanierung" zu diffamieren : Das sei alles nur Ausdruck des bestehenden Antisemitismus, so lautete ihre Parole.

Wichtiger Hintergrund war, daß ganz bewußt jüdische Jugendliche an den Demonstrationen gegen die Westend "sanierung" teilgenommen hatten und danach über einen ihrer Sprecher im "Frankfurter Jüdischen Gemeindeblatt" in der (Fortsetzung der Fußnote auf der nächsten Seite)

Rolle spielt, Kapitalist ist Kapitalist, Spekulant ist Spekulant und Wucherer ist Wucherer, egal woher er kommt. Gerade in einem Land wie Westdeutschland ist ein Hinweis auf den "jüdischen oder israelischen Anteil" an der Häuserspekulation in Frankfurt, den Zwerenz für so nötig hält, - gelinde ausgedrückt - besonders unnötig, er ist im Gegenteil durch und durch schädlich. Daß neben "den Juden" dann noch auf "einen Perser" hingewiesen wird, ist um so übler, da das gerade wieder in das ausländerfeindliche Horn stößt: "Juden" und "Ausländer" vereint betreiben die "giftige Blüte" der Bauspekulation.

Anlässlich der Auseinandersetzung um Fassbinders Stück wird all dies dann wieder aufgewärmt, und unermüdlich von der "Tageszeitung" über den "Vorwärts" bis hin zur "Frankfurter Rundschau" darauf hingewiesen und eingeschämmert,

- daß "das immobile Spekulantengewerbe, Wohnraum zu zerstören, in Frankfurt größtenteils in jüdischen Händen sich befindet" ("Vorwärts", 28.09.85),
- "daß an der konkreten Vorfeldspekulation ... an erster Stelle jüdische Geschäftsleute beteiligt waren", ("Tageszeitung", 23.09.85)
- daß "einige Vertreter des jüdischen Kapitals zu einem rechten Power-Kartell" gehören.
(Peter Iden in der "Frankfurter Rundschau", 05.11.85)

Diese im Grunde alte antisematische Hetze gegen das "raffende Kapital" wurde aber gleichzeitig aufpoliert. Unter sozialkritischer, verständnisvoller Maske tauchte dieses uralte Vorurteil im neuen Gewand wieder auf: Für diese Juden, so klingt es aller-

(Fortsetzung der Fußnote von Seite 21)

Nr. 11/12, 1971 und nochmal in den Nummern 2/3/4, 1972 in vielen Punkten völlig richtig Stellung bezogen, und oft das "Richtigste" sagten, was zu diesem Thema 1971/1972 gesagt wurde. In diesen Artikeln wurde klargestellt, daß selbstverständlich

"gegen die Profitgier von Spekulanten, welcher Religionszugehörigkeit sie auch angehören mögen", vorgegangen werden muß.
("Frankfurter Jüdisches Gemeindeblatt", Nr. 11/12, 1971, S. 9)

Im Artikel wurde heftig dagegen protestiert, daß jüdische Bauherrn als Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sich

"zum Sprecher der Jüdischen Gemeinde hochstilisiert (haben) und versuchten, ihre profanen Kapitalinteressen mit den Lebensinteressen der jüdischen Gemeinschaft zu identifizieren."
(Ebenda, S. 87.)

Der Artikel polemisierte aber auch gegen die "Personifizierung" einer "Sozial- und Klassenauseinandersetzung" und wies auf deren Folgen hin:

"Die Folge war unterschwelliger Antisemitismus, der auch in der 'progressiven' Presse seinen Niederschlag fand. Nicht nur die Apostrophierung jüdischer Bauherren als Juden (als ob das ihn zum Spekulanten macht), sondern auch die tagtägliche Kenntlichmachung von Türken, Italienern, Marokkanern, Griechen u.a. als solche in der Presse. Wenn es um von ihnen begangene Verbrechen geht, sollten wir für diesen rassistischen Zug der Presse hellhörig werden."
(Ebenda, S. 8.)

orten, war Auschwitz gemäß dem faschistischen Motto "Gelobt sei, was hart macht", eine Art "Abhärtungskur", eine Art "Überlebentraining", wobei die "Guten, Harmlosen" nicht überlebten und nur die "Abgehärteten, Brutalen, Listigen und Zähen" - "zäh wie ein alter Jude", wie es in Frankfurt im Stück "Datterich" von der Bühne schallte - "nicht totzukriegen" waren. Bloße Überreibung? Hören wir zu diesem Thema das in Westdeutschland renommierte Wochenblatt "Die Zeit":

"Jene Fähigkeiten, die den KZ-Insassen das Überleben ermöglicht hatten, List und Ausdauer, dienten ihnen beim Aufstieg im Wirtschaftswunderland."

("Die Zeit", 01.11.85)

Die geschulten journalistischen Demagogen verpacken in zwei, drei Zeilen ein ganzes antisemitisches Programm: Antisemitismus und Judenhate nach Auschwitz w e g e n Auschwitz !

Offensichtlich sind die überlebenden Juden "Aufsteiger im Wirtschaftswunderland". Vorurteil 1: "Reiche Juden" an den Schaltstellen der Wirtschaft.

Offensichtlich - glaubt man diesem Geschreibsel - überlebten nur die "Listigen und Ausdauernden" das KZ. Die etwas "Dummen und Schwachen", ist man versucht hinzuzufügen, wurden vergast. Diese Vorstellung, daß es von den KZ-Häftlingen selber abhing, ob sie überlebten oder nicht, ist eine brutale Verharmlosung der Mechanismen dieser Konzentrations- und Vernichtungslager, für die sowohl seelenloser Perfektionismus und Systematik als auch Unberechenbarkeit und Willkür wesentliche Merkmale waren.

Und es ist eine nachträgliche unglaubliche Diffamierung der Ermordeten wie der Überlebenden, die ja nicht aufgrund ihrer "List und Ausdauer" überlebten, sondern deshalb, weil die faschistische

Vernichtungsmaschinerie, die sie auch schon in ihrer Gewalt hatte, infolge des bewaffneten Kampfes der in der Antihitler-Koalition vereinten Kräfte daran gehindert wurde, ihr Werk zu vollenden.

Die Schürung der Vorstellung, daß die "Ausdauernden und Listigen" in Auschwitz überlebt haben und übrig geblieben sind, das ist die modernisierte, aufpolierte antisemitische Leier vom "zähen, verschlagenen Juden".

Es ist zudem Thema und hauptsächliche Hetze des Fassbinder-Stücks, das ja, wie Fassbinder selbst sagte, zeigen will,

"zu welchen Fehlern und Untaten die Mitglieder einer Minorität als Konsequenz der Unterdrückung gezwungen waren."

("Deutsche Volkszeitung", 15.11.85)

Auf den Punkt gebracht und ganz kraß ausgesprochen, was darunter zu verstehen ist, wurde es in der Zeitschrift "Theater heute". Darin konnte man lesen:

"Es mag ja sein, daß in einem, der als Verfolgter Ghettos und Konzentrationslager überlebt hat, ein Stück menschlicher Wolfsnatur wachgerufen wurde, daß einen Überlebenden ... nicht mehr das empfindlichste soziale Gewissen plagt ... Wir wissen, wer über manche Dinge nicht den Verstand verliert, hat überhaupt nichts zu verlieren. Auch kein menschliches Gefühl."

("Theater heute", Dezember 1985)

Hier wird unter der Maske des "Verständnisses" und mit der Methode der vulgärpsychologischen Andeutung - "es mag ja sein" - eindeutig darauf abgezielt, daß es für Juden, die überlebten, nur zwei Möglichkeiten gab: "verrückt" oder eiskalte, brutalisierte "Wolfsnaturen" zu werden.

Und diese angeblich entstandene "Wolfsnatur" der überlebenden Juden müsse nun endlich, nach 40 Jahren, da "diese Wölfe" uns schon im Nacken sitzen, "kritisierbar" werden. Es gelte, schrieb Fassbinder und zig andere nach ihm, das "Tabu" zu durchbrechen, das es seit Auschwitz in Hinblick auf die Juden angeblich gab oder, um mit den Worten des Regisseurs des Stückes, Hilsdorf, zu sprechen, es müsse nun

"auch jüdisches Verhalten
kritisierbar sein".
("Frankfurter Rundschau",
31.10.85)

"Jüdisches Verhalten"??? Was ist das denn? Offensichtlich jenes Verhalten, das in der Figur des "reichen Juden" von Fassbinder in Szene gesetzt wurde: das Verhalten eines Auschwitz-Überlebenden, eines völlig skrupellosen, bewußten Ausbeuters, Spekulanten und Mörders. Das ist "jüdisches Verhalten", suggeriert dieser antisemitische Regisseur unverhohlen. Er durchbricht damit eine demagogisch "Tabu" genannte Grenze, die sich nach 1945 in Westdeutschland zwar nicht völlig, aber doch weitgehend eingebürgert hat, nämlich den groben Antisemitismus am "Stammtisch" zu lassen, nicht aber in der "gehobenen Öffentlichkeit" von sich zu geben.

Ein "Tabu", Juden zu kritisieren, gab es nicht und mußte auch nicht durchbrochen werden. Aber es war nach der Niederlage der Hitlerfascisten für Antisemiten Jahrzehnte lang schwieriger, ihren Dreck loszuwerden, weil allzunahe und allzudeutlich war, daß der Weg der Volksverhetzung nach Auschwitz geführt hat. Diese Zurückhaltung aufgrund der historischen Tatsache der Vernichtung von 6 Millionen Juden soll heute, nach 40 Jahren, abgeschüttelt werden, und den alten Vorurteilen gegen "jüdisches Verhalten", bereichert um neue groteske "Argumentationen", soll wieder freie Bahn gegeben werden.

FLUGBLÄTTER DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS UND DES WESTBERLINER KOMMUNIST:



4. Demagogie:

"DIE JUDEN SIND REAKTIONÄR,
IHR PROTEST IST REAKTIONÄR"

Gerade mit diesem Vorurteil wurde gearbeitet, um sich zusammenzimmern zu können, warum der Protest gegen das Fassbinder-Stück nicht unterstützt wurde. Pseudolinke, von den GRÜNEN und der DKP - vom SPD- "Vorwärts" ganz zu schwei-

gen- bedienten sich dabei folgender demagogischer "Argumente" und Lügen, um das "Reaktionäre des Protestes" begründen zu können:

- a) Reaktionäre wie Wallmann und Bubis beteiligten sich am Protest, weil sie sich durch die "Kapitalismuskritik" im Fassbinder-Stück angegriffen fühlten. Damit sei der Protest insgesamt "reaktionär".
- b) Die Verhinderung des Fassbinder-Stücks sei angeblich ein "Akt der Bücherverbrennung". Die protestierenden Juden verhielten sich angeblich selbst "wie Faschisten".
- c) Ihr Protest sei "Heuchelei", da sie angeblich gegen sonstige Erscheinungen des Neofaschismus und Rassismus "nicht protestieren".
- d) "Die Juden sollen sich lieber um Israel kümmern".

Gehen wir diesen, oft recht geschickt mit Halbwahrheiten garnierten "Argumenten" im einzelnen nach.

-
- a) War der Protest ein "kapitalistischer, ein reaktionärer Protest", da sich Figuren wie Wallmann und Bubis daran beteiligten ?
-

Diesen Eindruck erwecken die verschiedensten sich als "links" verstehenden Organe, wobei sie raffiniert die Tatsache ausschlachten, daß in verbalen Erklärungen auch ein Herr Wallmann von der CDU in Frankfurt gegen die Aufführung war und am Protest auch Leute wie Herr Bubis

beteiligt waren, also Leute, die selbst Spekulationsgeschäfte mit Häusern im Frankfurter Westend betrieben.

Diese Tatsache wurde demagogisch benutzt, um den Protest gegen den Antisemitismus überhaupt zu diffamieren. Diesen Protest dürfe man nicht unterstützen, da die Beteiligung solcher Figuren Beweis sei, daß es sich hier um einen "kapitalistischen Protest" derjenigen handle, die von Fassbinder in seinem Stück angegriffen würden. (Dab dies im Stück von Fassbinder keineswegs gemacht wird, sondern vielmehr in antisemitischer Weise scheinbar "soziale", "antikapitalistische" Momente mit der Konzentration auf den "reichen Juden" verquickt wurden, haben wir an anderer Stelle aufgezeigt. (Siehe S.12 der vorliegenden Nummer.)

Daß Reaktionäre wie Wallmann, die eine rassistische Politik gegenüber ausländischen Arbeitern in Westdeutschland betreiben und das Bitburg-Spektakel unterstützt haben, sich verbal an einem solchen Protest beteiligen, schadet sicher dem Kampf gegen den Antisemitismus. (*)

Dies kann aber keineswegs ein Argument dafür sein, daß dieser Protest unberechtigt ist, ebenso wenig wie die Teilnahme offizieller Vertreter der faschistischen Militärjunta in der Türkei an der Demonstration gegen die Ermordung Ramazan Avcis ein Argument gegen die Berechtigung dieses Protestes ist. Solche Vorgänge sind vielmehr Ausdruck dessen, daß gerade bei sehr wichtigen und brisanten

(*) Die Beteiligung von reaktionären Rassisten wie Wallmann an dem Protest gegen das Fassbinder-Stück hat sicher verschiedene Gründe, auf die hier nur knapp eingegangen werden kann. Abgesehen davon, daß der um das "Image" der Stadt Frankfurt, ihrer Behörden und ihrer Polizei sehr besorgte "Saubermann" Wallmann von Fassbinders "Müll"-Stück nicht gerade begeistert ist, befürwortete Wallmann die Nichtaufführung des Stücks schon seit Jahren vor allem deshalb, weil er eine breitere Diskussion über Antisemitismus fürchtet. Sein Ziel und das seiner Gesinnungsgenossen ist es, einen tiefergehenden und umfassenderen Protest gegen die antijüdische Hetze gar nicht erst aufkommen zu lassen, vielmehr sofort im Keim zu ersticken, den Anlaß dafür aus der Welt zu schaffen und jede Debatte darüber von vornherein abzublocken.

Aktionen Reaktionäre versuchen, die Sache fest in ihre Hand zu bekommen. Der einzige Ausweg hieraus ist die weitere Vorantreibung eines konsequenten Kampfes, der die Spreu vom Weizen trennen wird, die Abgrenzung von diesen falschen Freunden, wie es auch schon anlässlich der Fassbinder-Auseinandersetzung verschiedentlich geschehen ist. Mit Verschärfung des Protestes trat dann auch bald die Situation ein, daß Wallmann und seine Gesinnungsge-

nossen die angebliche "Nötigung" und "Ungesetzlichkeit" des Protestes herausstellten. Wallmann drohte schließlich unverhohlen damit, daß er bei weiteren Aktionen "um des inneren Friedens" willen handeln, also die Polizei holen müsse ("Frankfurter Rundschau", 11.11.85).

Daß im übrigen sehr viele der protestierenden jüdischen und nichtjüdischen Demonstranten sich über die heuchlerische Teilnahme

DIE SCHANDE DER DKP:

Unter der Überschrift "Reaktionäre hetzen gegen Fassbinder-Stück - ZYNISCHE HEUCHELEI" schrieb die Zeitung der DKP, UZ, am 5.11.85 einen Artikel mit faktisch folgendem Inhalt: Die Aktionen gegen das Fassbinder-Stück werden als Aktionen von "Reaktionären" dargestellt. "Wallmann und die Kapitalmafia in Frankfurt", so kann man in der UZ lesen, wollen "die eigentliche Aussage des Stücks...niedermachen", durch die sie sich "auf den Schlipps getreten fühlen".

Daß die Aktionen gegen die Aufführung des Stücks eben nicht dadurch diskreditiert werden, daß auch Reaktionäre gegen die Aufführung des Stücks sind, lassen wir hier beiseite, (siehe hierzu S. 25f. der vorliegenden Nummer). Schauen wir uns stattdessen lieber an, was die DKP denn unter der "eigentlichen Aussage des Stücks" versteht, die - ginge es nach der DKP - einer "breiten Öffentlichkeit bekannt" gemacht werden sollte. Sie schreibt hierzu,

"daß Stadtverwaltung und Kapitalmafia in Frankfurt sich bei ihren Machenschaften gezielt eines jüdischen Spekulantens bedient haben, um mit der Keule Antisemitismus Kritik abzuwürgen. Genau das wird offenbar in Fassbinders Stück glosiert."
(Ebenda.)

Die unglaubliche These der Westendzerstörung mittels "eines jüdischen Spekulantens" wird hier also wiedergekäut und als Inhalt des Fassbinder-Stücks begrüßt. Damit wird also ganz offensichtlich, trotz allgemeiner Phrasen gegen den Antisemitismus, das

Kernstück der antisemitischen Kampagne mit verbreitet, daß "der reiche Jude" das Westend zerstört habe.

In einem anderen Artikel der UZ wird ein zweiter Baustein der antisemitischen Kampagne verbreitet, nämlich das Märchen vom angeblichen "Tabu, Juden zu kritisieren". Das hört sich im Originalton so an, daß "gerissene Vordenker der Kapitalistenklasse"

"'die Juden' tabuisieren, weil es den eigenen Profitinteressen nutzte."
(UZ, 12.11. 85)

Aha! Juden tabuisieren = Profitinteresse schützen; Juden kritisieren = Profitinteresse schaden. Diese primitive Gleichung legt nicht nur nahe, sondern spricht im Grunde direkt aus, daß Juden und Profitinteressen angeblich untrennbar zusammenhängen. Die Vorstellung, daß "Juden" natürlich Kapitalisten und Spekulanten sind, wird hier nicht die Spur bekämpft, sondern selbst propagiert.

Nach diesen beiden Besprechungen in der UZ wird dann am 4.12. 85 der "Chefideologe" der DKP, R. Steigerwald, bemüht, der in einem großangelegten Artikel einiges über die historisch wirksamen Mechanismen des Nazi-Antisemitismus nacherzählt, um nach langatmigen Ausführungen dann mit kühnem Schwung zum eigentlichen Punkt, dem Fassbinder-Stück zu kommen und festzustellen:

"Nein, Fassbinders Stück ist nicht antisemitisch" und den Demonstranten, eine "Koalition von Fieslingen", ging es dar-

bzw. verbale Unterstützung eines Herrn Wallmann, Bubis und anderer Reaktionäre klar waren oder klar wurden, geht zudem selbst aus Zeitungsberichten hervor. Als OB Wallmann in der Synagoge in Frankfurt mit heuchlerischen Worten sein "Verständnis" für die Juden bekundete, aber gleichzeitig mit der Polizei drohte für den Fall einer weiteren Verhinderung der Vorführung des Fassbinder-Stückes, verließen empörte Mitglieder der Jüdischen Gemeinde den Raum mit dem Ruf "der kotzt mich an der

Mann", und es wurde gerufen "raus, raus" (FR vom 11.11.85). Teilweise wurde ihm gar das Mikrofon abgedreht. Die Gleichsetzung jener Juden mit Reaktionären wie Wallmann muß als üble Verleumdung gebrandmarkt werden.

In Hinblick auf die Teilnahme des Vorsitzenden der Frankfurter Jüdischen Gemeinde, Herrn Bubis, an den Protesten gegen das antisemitische Fassbinder-Stück zeigt sich aber zudem ein ernsthaft zu diskutierendes Problem:

VERBREITUNG VON ANTISEMITISMUS

um, "Kapitalismuskritik zu diffamieren". (UZ, 4.12. 85) Einem solchen revisionistischen Renegaten müssen wir antworten:

Beim Fassbinder-Stück soll es sich also um "Kapitalismuskritik" handeln. (So wird auch in der UZ vom 12.11. 85 ein Foto abgedruckt von einer Demonstration 1973 im Westend, "von dessen Zerstörung das Fassbinder-Stück handelt", so der Untertitel in der UZ, als ob der Inhalt des Stücks sozialkritisch und antikapitalistisch wäre.)

Steigerwald versucht weiter, gelehrt zu begründen: Ja, früher, da hat sich die Nazi-Ideologie zwecks Ablenkung vom Kapitalismus des Schachzugs bedient, "Kapitalismuskritik in Judenkritik umzufälschen". Aber heute sind die Bedingungen ja ganz anders - Naziideologie wirkt offensichtlich laut DKP-Organ nicht mehr -, heute ist es laut Steigerwald so:

"Heute wird - erneut zum Zwecke der Ablenkung der Kritik vom Kapitalismus - Kritik an einem jüdischen Kapitalisten abgelehnt, weil Juden etwas (positiv bewertet) Besonderes seien."
(Ebenda.)

Der geschulte Revisionist Steigerwald zauert die alte Naziideologie weg, behauptet einfach, die "Juden" würden heute "positiv bewertet" - ein Hohn angesichts des offenen und latenten Antisemitismus' in Westdeutschland -, und propagiert im Chor mit alten und neuen Nazis, mit Sozialdemokraten und GRÜNEN: Jüdische Kapitalisten muß man doch kritisieren dürfen!

1. Dort, wo im Tageskampf einzelne Kapitalisten bekämpft werden, ist es völlig gleichgültig, ob der Betreffende iranischer oder deutscher Herkunft ist, ob er Jude ist, ob er dick oder dünn ist oder was auch immer.

2. Der Kampf gegen den Kapitalismus darf von den Marxisten sowieso nicht auf den Kampf gegen einzelne Kapitalisten beschränkt werden, sondern muß gegen das kapitalistische System überhaupt gerichtet werden, was die Frage eines "jüdischen" Kapitalisten doppelt absurd und unbedeutend macht.

3. Die alte Naziideologie vom "reichen Juden" ist heute nach wie vor existent, wird gerade heute wieder aufgewärmt, kommt z.B. durch die Verallgemeinerung, daß "Juden" das Frankfurter Westend ruiniert hätten, massiv zum Tragen und wird im Fassbinder-Stück durch die ausdrückliche Kennzeichnung eines Spekulanten als "reicher Jude" untermauert und verbreitet.

Daß eine Partei, die von sich behauptet, kommunistisch zu sein, derartigen Antisemitismus propagiert, ist nur die logische Folge ihres ständigen Hinterherhinkens hinter der "Öffentlichen Meinung", eine Folge ihres Verrates am Kommunismus und an den grundlegenden theoretischen Aussagen des Marxismus-Leninismus, dessen Lösung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" von vornherein jeglicher Form des Antisemitismus den Krieg erklärt.■

● ● ●

WARUM KOMMUNISTEN SICH ANGESICHTS ANTISEMITISCHER AKTIONEN SOGAR
MANCHMAL SCHÜTZEND VOR JÜDISCHE KAPITALISTEN STELLEN MÜSSEN
O D E R KEINERLEI ZUGESTÄNDNISSE AN DEN ANTISEMITISMUS IM INTER-
ESSE DER ERZIEHUNG DER ARBEITERKLASSE

Es entspricht dem Klassenstandpunkt der Kommunisten, daß sie wissen und propagieren, daß es ausgebeutete und unterdrückte jüdische Werktätige gibt so wie andere Werktätige und daß es große wie kleine jüdische Ausbeuter und Unterdrücker gibt so wie andere Ausbeuter und Unterdrücker.

Streiks, Betriebsbesetzungen, Demonstrationen und Proteste ebenso wie Hausbesetzungen gegen jemanden wie Bubis und vieles andere mehr sind Kampfmethoden der Arbeiterbewegung, die gegen alle Ausbeuter und Unterdrücker verwandt werden müssen. Und die proletarische Revolution zerstößt nicht nur den Staatsapparat der herrschenden Klasse, sondern enteignet schließlich auch alle Kapitalisten nach und nach, unabhängig von ihrer Nationalität, Religionszugehörigkeit oder anderen Merkmalen.

Warum kann es aber Situationen geben, in denen sich die Kommunisten sogar schützend vor jüdische Kapitalisten, also vor Feinde der proletarischen Revolution stellen müssen, obwohl diese doch als Ausbeuter und Unterdrücker bekämpft werden müssen und auf lange Sicht von der proletarischen Revolution enteignet werden?

Eine solche besondere Situation ist dann gegeben, wenn Reaktionäre oder gar direkt faschistische Elemente bestimmte, vielleicht gar berechtigte ökonomische Forderungen ausnutzen für die Entfachung eines deutschnationalen, antisemitischen, rassistischen "Protestes", eine zutiefst reaktionäre Bewegung entfachen, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter vernebelt und vernichtet.

Es ist doch ganz offensichtlich, daß z.B. die deutschen Faschisten bei ihrer Hetze und ihren Pogromen ganz bewußt die Hetze personalisiert haben, diesen oder jenen jüdischen Bankier oder Kaufhausbesitzer zuerst zur Hatz (*) freigaben, um sich selbst als die wahren Vertreter eines "nationalen Sozialismus" darzustellen.

Im Interesse der ideologischen Erziehung der Arbeiterklasse, im Interesse des Klassenbewußtseins, ist es die unbedingte Pflicht der Kommunisten, jeglichem Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten, hier kein Zugeständnis zu machen, da ohne eine solche Erziehung und Vorbereitung eine siegreiche proletarische Revolution unmöglich ist.

D.h. in einer Situation der Po-

(*) So wurde etwa nach der Besetzung Frankreichs vom Herausgeber des "Völkischen Beobachters", A. Rosenberg, an Hitler die Empfehlung gegeben, ebenso wie in Deutschland Pogrome hervorzurufen und zu diesem Zweck,

"nicht die kleinen Juden, sondern ganz systematisch die führenden Juden in Frankreich zur Verantwortung zu ziehen. Das könnte zum Erwachen des Antijudaismus beitragen."

(Zitiert nach L. Rosenthal, "Endlösung der Judenfrage", Darmstadt 1980, S.119)

Geschichtlich bewiesenes Resultat solcher demagogisch aufgezogenen Kampagnen der Nazis ist, daß die Faschisten nicht nur die "führenden Juden", die "reichen Juden", sondern überhaupt alle Juden, deren sie habhaft werden konnten, nach 1938 systematisch in die Gaskammern schickten.

grome und ihrer Vorbereitung mußten sich die Kommunisten damals und müssen sich die Kommunisten heute vor alle nationalistisch, rassistisch Verfolgten stellen, auch vor einzelne Kapitalisten, um rassistische Übergriffe abzuwehren, und der Demagogie trotzen, daß sie sich damit für Kapitalisten einsetzten. Die Kommunisten müssen sich nicht nur schärfstens von jeglichem Antisemitismus abgrenzen, sondern sich sogar schützend vor die faschistisch diskriminierten und verfolgten Gruppen stellen, auch vor etwaige Kapitalisten, nicht weil sie Kapitalisten sind, sondern obwohl sie Kapitalisten sind.

Denn beim Kampf gegen antijüdische Hetze muß man sich bewußt sein, daß sie sich nicht teilen läßt in einen angeblich berechtigten Teil, den gegen die "reichen Juden" und einen unberechtigten Teil, gegen die "armen Juden". Und wer der Hetze und Verfolgung von Juden zusieht, weil die betreffenden ja "nur" Kapitalisten sind, der macht sich mitschuldig an der Verbreitung

F.B.I. / Beschluß vom 1. Februar 1968
Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Volker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LINНИSTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 210 2. Ausgabe 1963 Preis 5.-

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE

BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR!

Moch vor der Konstituierung der ungarischen Regierung ebensowenig sozialistischen wie freiheitlichen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP eine "Bürgerliche Demokratie" sein? In April 1963 hat besonders eine "Affäre" in der politischen Öffentlichkeit Österreichs einen - allerdings rasch vorübergehenden - "Aufschwung" gebracht. Ganz im Hinter den Kulissen ausgeschachter "Koalitionsvertrag" zwischen SPÖ und FPÖ sollte kein anderer als der berüchtigte SS-Peter zum 3. Nationalratspräsidenten bestellt werden. Wer SS-Peter ist, durfte hinlanglich bekannt sein. Peter gehörte als "SS-Obersturmführer" einer SS-Mordbrigade an, die während des 2. Weltkriegs in den faschistischen KZ's und in den "Hinterlanden" der Hitlerfaschistischen Aggression nur einer einzigen

Am 20. Januar
Die Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
1. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
2. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
3. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
4. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
5. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
6. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
7. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
8. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
9. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
10. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
11. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
12. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
13. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
14. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
15. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
16. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
17. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
18. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
19. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
20. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
21. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
22. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
23. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
24. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
25. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
26. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
27. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
28. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
29. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
30. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
31. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
32. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
33. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
34. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
35. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
36. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
37. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
38. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
39. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
40. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
41. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
42. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
43. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
44. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
45. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
46. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
47. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
48. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
49. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
50. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
51. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
52. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
53. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
54. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
55. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
56. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
57. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
58. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
59. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
60. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
61. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
62. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
63. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
64. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
65. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
66. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
67. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
68. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
69. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
70. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
71. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
72. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
73. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
74. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
75. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
76. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
77. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
78. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
79. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
80. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
81. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
82. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
83. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
84. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
85. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
86. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
87. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
88. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
89. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
90. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
91. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
92. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
93. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
94. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
95. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
96. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
97. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
98. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
99. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus
100. Der Bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus

des Giftes des Antisemitismus und Rassismus, das für jede revolutionäre Arbeiterbewegung tödlich ist.

Mag eine solche Haltung es Demagogen erleichtern, die Kommunisten als "Verteidiger der Kapitalisten" zu diffamieren, auf lange Sicht stärkt diese Haltung das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und den Kampf zum Sturz des Kapitalismus.

Selbstverständlich ändert dies nichts am Programm der Enteignung aller Kapitalisten und der Perspektive der Zerschlagung des kapitalistischen Systems überhaupt, wovon dann eben auch jene betroffen sein werden, die vorher vielleicht von den Kommunisten versteckt wurden, um sie vor Pogromen zu schützen. Und dies ändert auch nichts daran, daß Ausbeutung und Unterdrückung - von wem sie auch immer ausgehen - bekämpft und angegriffen werden müssen.



b) Die Verhinderung der Premiere des Fassbinder-Stücks - ein "Akt der Bücherverbrennung"?
Freiheit für jedermann ???

Eine wüste Hetze gegen die Aktion wurde auch in Hinblick auf die angebliche "Zensur" entfaltet, die die Bühnenbesetzer durchgesetzt hätten. Und Wallmann, der sich angeblich so sehr für "jüdische Belange" einsetzt, aber in Wirklichkeit nur alles unter Kontrolle halten wollte, wies vor der Jüdischen Gemeinde darauf hin, daß "die Kunst frei" sei und er gegebenenfalls diese "Freiheit der Kunst" auch verteidigen würde.

Wieviel solchen Leuten die "Freiheit der Kunst" wert ist, die selbstverständlich in Westdeutschland nie und nirgends wirklich existiert, davon zeugen Dutzende beschlagnahmter Bücher

und politischer Karikaturen, Filme und Fernsehsendungen, die der herrschenden Klasse und ihren Repräsentanten den Spiegel vorhalten und dann unter Berufung auf die verbotene "Verächtlichmachung" bzw. "Verunglimpfung des Staates" eingezogen werden. Andererseits wird die "Freiheit der Kunst" immer dann ins Feld geführt, wenn es gilt, faschistische, reaktionäre oder im vorliegenden Fall antisemitische "Kunst" zu schützen.

Dieser geheuchelte Liberalismus wurde auch von den GRÜNEN in Frankfurt mitgetragen. "Antisemitismus, na und?" könnte man als Motto schreiben, wenn der ehemalige Stadtverordnete der GRÜNEN, Tom Koenigs, gegen die angebliche Zensur wettert und erklärt:

"Manche ... halten das Stück für antisemitisch. Vielleicht fehlt mir da die Sensibilität, vielleicht haben sie recht ... Die Diskussion über das Stück ist produktiv, gerade wenn es antisemitisch ist."
 ("Deutsch-jüdische Normalität; Fassbinders Sprengsätze", "Pflasterstrand Flugschrift", Nr. 1/85, S. 13)

Jutta Dithfurt und M. Zieran von den GRÜNEN Frankfurt trugen Pla-

kte, auf denen der Vorwurf der "Bücherverbrennung" zu lesen war. Wer Faschisten gegenüber nicht tolerant ist, ihre Ideen bekämpft, wer gegen Antisemitismus auftritt und ihn verhindern will, der ist selbst ein Faschist - so die Logik dieser Leute. Die Gleichsetzung der Bühnenbesetzer mit den bücherverbrennenden SA-Banden, also von Juden und Antifaschisten mit Faschisten, ist eine üble Verleumdung. Diese Art von Toleranz gegenüber antijüdischer Hetze geht über in eine Unterstützung und ist objektiv eine Unterstützung der Freiheit der Faschisten.

Von den jüdischen Demonstranten wurde ein neuralgischer Punkt des bürgerlichen Demokratieverständnisses getroffen: Der Mythos von der Freiheit für jedermann.

Aus geschichtlicher Erfahrung heraus ist ihnen punktuell klar, was für konsequente Antifaschisten und Kommunisten einen Zentralpunkt bildet:

- Keine Demokratie, keine Meinungsfreiheit, überhaupt keine
- Freiheit für die Faschisten, für faschistisches Gedankengut und alle anderen
- Reaktionäre! Die diktatorische Unterdrückung dieser Faschisten und des faschistischen Gedankengutes ist durch und durch demokratisch.

Völlige Freiheit des Wortes, der Meinung
mit einer Einschränkung:
Keine Freiheit des Wortes
den Faschisten und
anderen Reaktionären

Bertolt Brecht

Dies ist ein wichtiger Ausgangspunkt der Diskussion mit jenen ehrlichen Kräften, die von solchen bürgerlichen Verdummungs-Tabus wie "Freiheit der Kultur", "Freiheit für jedermann" etc. beeinflußt sind.

Und wird erst einmal anerkannt, daß es von sehr konkreten Überlegungen abhängt, wann und gegen wen diktatorisch vorgegangen werden muß, dann ist auch der Boden bereitet, um über die Wurzeln des Faschismus und ihre diktatorische Vernichtung zu diskutieren, die Idee der allseitigen Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie, alle Reaktionäre und Faschisten zu propagieren.

c) War der Protest der jüdischen Demonstranten "Heuchelei", da sie angeblich gegen sonstige Erscheinungen des Neofaschismus und Rassismus "nicht protestieren"?

Diese vor allem von der DKP, den GRÜNEN und dem SPD-"Vorwärts" betriebene Diffamierung ist eine dumme Verleumdung. Und selbst wenn es so wäre, wie diese Leute behaupten, dann hätten die Bühnenbesetzer und alle, die gegen die Aufführung des Fassbinder-Stückes protestierten, dennoch zumindest in diesem Punkt vollkommen recht gehabt.

Gehen wir trotzdem auf Äußerungen dieser "Kritiker" im einzelnen ein:

Wenn die GRÜNEN mit der Frage:

"Wo wart Ihr denn,...wenn wir gegen die NPD demonstrieren?"
("Die Zeit", 08.11.85)

eine Verstärkung des antifaschistischen Kampfes bezeichnen wollten, könnte man darüber diskutieren. Diese Frage ist aber um so grotesker, als GRÜNE wie z.B. Cohn-Bendit unter Hinweis auf die "Freiheit für jedermann" sich gerade dagegen aussprechen,

NPD-Veranstaltungen zu stören, zuletzt anlässlich der Auseinandersetzung um das Fassbinder-Stück. (Siehe "Deutsch-jüdische Normalität; Fassbinders Sprengsätze", a.a.O., S. 10)

Wenn der "Vorwärts" fragt und die DKP sich anschließt, wo die "Überlebenden des Holocaust" denn

"blieben, als es darum ging, gegen SS-Treffen, gegen NPD-Veranstaltungen zu demonstrieren",
("Vorwärts", 09.11.85)

dann wird die Haltlosigkeit einer solchen Frage völlig offensichtlich. "Denn wo steht denn die SPD bei solchen Protesten?" möchten wir fragen. "Sie setzt in verschiedenen Bundesländern Polizei zum Schutz der Faschisten ein, zuletzt im September 85 in Frankfurt, als dort Günter Sare mit einem Wasserwerfer ermordet wurde", so lautet die Antwort.

Hinter solchen Fragen steckt zudem eine gehörige Portion Verleumdung, so als ob bei den verschiedenen Demonstrationen und Aktionen, nicht nur gegen Neofaschisten, sondern auch bei anderen Anlässen nicht auch Juden dabei wären. Und wer hat denn im Grunde alleine in Bitburg demonstriert, wer wurde dort von der Polizei abtransportiert? Es waren jüdische Demonstranten. Und die Proteste und Demonstrationen gegen SS-Treffen, gegen ausländerfeindliche Hetze etc. in den letzten Jahren wurden sehr häufig von Protesten der Jüdischen Gemeinde begleitet.

d) Sollen die Juden "lieber gegen Israel demonstrieren" ?

Die Zeitschrift "Die Grünen" schreibt doch tatsächlich:

"Ehrenhaften Protestlern sei empfohlen: ... Israel!"
("Die Grünen", 16.11.85)

Jenen Juden, die hier gegen ihre Diskriminierung kämpfen, die Berechtigung ihres Protestes unter Hinweis auf die imperialistische, verbrecherische Politik Israels abzusprechen, ist ein billiger, infamer Trick.

Mit der primitiven Gleichsetzung aller Juden mit der Politik Israels wird wieder einmal gegenüber "den Juden" Sippenhaft betrieben. Mit dieser Gleichsetzung soll den jüdischen Demonstranten "das Maul gestopft" werden.

Als erstes ist dazu zu vermerken, daß gerade unter den jüdischen Demonstranten sich eine ganze Reihe engagierter Gegner der Israelpolitik befinden, die auch gegen den Libanonkrieg auf die Straße gegangen sind. Aber das trifft eigentlich nur die Oberfläche.

Dahinter steht der viel tiefere Vorwurf, daß die Juden in Westdeutschland sich im Grunde als "Ausländer" um ihr Land, eben um Israel kümmern müßten. Und wie Vorwürfe, die darauf abzielen, daß man doch "Ausländer" sei, in Westdeutschland ankommen, welcher Geist damit beschworen wird, daß damit auf Ausländerfeindlichkeit abgezielt wird, das liegt bei näherem Nachdenken auf der Hand.

Die Vorstellung, "Juden in Westdeutschland" sollen sich um Israel kümmern, ist also in jeder Hinsicht eine Demagogie:

Zum einen tut dies zumindest ein Teil von ihnen schon, zum anderen leben sie hier in Westdeutschland, fühlen sich selbst als Deutsche, und zum dritten kann nicht die Politik des Staates Israel, in dem 3,5 von 13 Millionen Juden leben, die sich wiederum in ausgebeutete Massen und die herrschende Klasse teilen, mit "den Juden" gleichgesetzt werden. Gerade der letzte Punkt geht der Zwecklüge der herrschenden Klasse in Israel auf den Leim, "alle Juden" würden hinter ihrer Politik stehen.

Der Kampf gegen den Antisemitismus kann und darf keinesfalls mit dem Hinweis auf die verbrecherischen Aktivitäten des Staates Israel eingeschränkt oder gebremst werden, das als imperialistischer Brückenkopf seinen Krieg im Libanon aktiviert, arabische Gebiete annexiert, den Palästinensern fundamentalste Rechte verweigert und aktiver Feind jeder revolutionären Bewegung überall auf der Welt ist.

Die unerbittliche Ablehnung der Politik des Staates Israel erfordert gerade eine Intensivierung des Kampfes gegen den Antisemitismus, da die Gleichsetzung der Juden mit dem Staat Israel allzuoft Teil faschistischer und halbfaschistischer Attacken ist, die in Wirklichkeit nur den Antisemitismus schüren.

III. KÄMPFEN WIR GEGEN JEDE FORM DES RASSISMUS UND CHAUVINISMUS

Zweifellos hat der zunehmende Antisemitismus als eine Erscheinungsform des deutschen Chauvinismus in der aktuellen Politik eine sehr wichtige Parallelle, nämlich die Hetze gegen die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, gegen die ausländischen asylsuchenden Flüchtlinge, also gegen "die Ausländer" überhaupt.

Die Neofaschisten haben diesen real existierenden Zusammenhang auf die brutale Formel gebracht: "Die Juden haben hinter sich, was die Türken noch vor sich haben."

Es ist daher nötig, daß die Antifaschisten, egal aus welchem Land sie kommen und welche Nationalität sie haben, diesen Zusammenhang

selber begreifen und gemeinsam den Kampf gegen jede Hetze, gegen jede mörderische Erscheinung der deutschen Ideologie, den deutschen Chauvinismus führen.

Die Hetze gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter oder gar gegen Asylsuchende hat heute in Westdeutschland ein unerhörtes Ausmaß erreicht. Die viereinhalb Millionen ausländische Arbeiter mit ihren Familienangehörigen können alle tagtäglich ein Lied davon singen, was es heißt "Ausländer" in Westdeutschland zu sein! Diese Hetze zielt vor allem auf die Spaltung der Arbeiterbewegung ab - anders als der Antisemitismus heute - und nimmt weit über das Lager organisierter Neofaschisten hinaus handfeste Form in handfesten Handlungen bis zum öffentlichen Mord an.

Die Ausländerfeindlichkeit und Hetze tritt roh und rassistisch auf, schiebt die Übel der kapitalistischen Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit auf die Ausländer. Sie ist die heute bei weitem vorherrschende Form des deutschen Chauvinismus, den es zu entlarven und zu zerschlagen gilt.

Lenkt der Kampf gegen den Antisemitismus dann also nicht ab, relativiert er die überragende Bedeutung des Kampfes gegen die Ausländerfeindlichkeit?

Diese Frage ist von vornherein falsch gestellt, konstruiert einen Gegensatz, der real nicht existiert. Denn der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit heute kann und muß verbunden werden mit dem Kampf gegen den Antisemitismus, ebenso wie mit dem Kampf gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma u.a.m. Denn all diese reaktionären Ideologien sind Bestandteile des Rassismus und Chauvinismus, die insgesamt zerschlagen werden müssen, hier gibt es kein entweder-oder.

Viele Jahre lang wurde in Westdeutschland der Kampf gegen einen der Grundpfeiler der faschisti-

schen Ideologie im besonderen und der "deutschen Ideologie" der imperialistischen Bourgeoisie Deutschlands (mit weit zurückverfolgbaren historischen Wurzeln), nämlich der Kampf gegen den Antisemitismus, sozusagen nur "am Rande", im Zusammenhang höchstens mit neofaschistischen Aktivitäten behandelt.

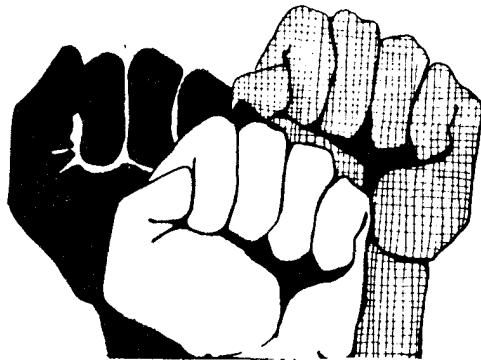
Natürlich war man sozusagen "selbstverständlich" als Antifaschist gegen den Antisemitismus, ohne aber diese Frage tiefer zu analysieren und um diese Frage einen wirklichen ideologischen Kampf zu führen. Hinzu kam, daß die barbarische Politik des Staates Israel zum Vorwand genommen wurde, um das Problem des Antisemitismus allzu leicht wegschieben zu können.

Doch wenn heute "Du Jude" schon ein in breitesten Bevölkerungskreisen, gerade auch unter Jugendlichen wieder anerkanntes Schimpfwort ist (ebenso wie "Türke"), dann ist dies nach der Ausrottungspolitik des Hitlerfaschismus eine unerhörte Anklage gegenüber dem Zustand des Bewußtseins und eine große Herausforderung für alle antifaschistischen und besonders auch alle marxistisch-leninistischen Kräfte, allen Varianten des Antisemitismus entgegenzutreten.

Die Kenntnis der Folgen des Antisemitismus früher ist ein massiver Ansporn für den Kampf gegen die Ausländerhetze heute. Der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit heute, das Wissen über ihre ungeheuren Ausmaße zeigt wiederum, wie ein heute noch mehr oder minder latenter und mit "Entschuldigungen" begleiteter Antisemitismus morgen wieder in Pogrome gegen die winzige Minderheit von 30 - 40 000 Juden in Westdeutschland umschlagen kann.

Unabhängig davon, ob es in Westdeutschland viele oder wenige Juden gibt, Aufgabe der Antifaschi-

Gegen Chauvinismus und Rassismus



Tod dem westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus

sten und Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ist es, den Kampf gegen die ideologischen Varianten des Antisemitismus heute zu führen, der zunehmenden Flut des alltäglichen Antisemitismus entgegenzutreten, um ein Umschlagen in Pogrome unmöglich zu machen. Vor allem besteht die Aufgabe darin, den noch begrenzten Protest und gerechten Kampf fortschrittlicher Elemente der jüdischen Minderheit, einer kleinen, aber für den westdeutschen Imperialismus sehr gefährlichen Minderheit, zu begrüßen, solidarisch zu unterstützen und voranzutreiben, dabei jegliche Diffamierung dieses Protestes auf der Welle des Antisemitismus entschieden zu bekämpfen und auch jene erfahrenen Abwieglern und "Ruhe und Ordnungs"-Fanatiker unter den Funktionären der Jüdischen Gemeinde, die alles in "gesittete Bahnen" lenken wollen, zu entlarven und ihnen entgegenzutreten.

Der Grund für diese Haltung liegt nicht in einem abstrakten Humanismus begründet, sondern ergibt sich daraus, daß Rassismus und nationalistische Hetze zum Arsenal der Bourgeoisie gehören, und

der Kampf zum Sturz der Bourgeoisie ohne Kampf gegen diese reaktionären Ideologien unmöglich ist. Und jedes Zugeständnis an Rassismus, nationalistische Hetze und Pogrome hat verheerende Wirkung auf die Arbeiterbewegung, führt zu ihrer ideologischen Zersetzung und bedeutet Kettung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie. Ohne einen glasklaren Trennungsstrich zu Rassismus und Chauvinismus zu ziehen, kann sich keine revolutionäre Arbeiterbewegung entwickeln.

Wenn wir nicht mit Rassenhaß und Chauvinismus als Geisteshaltung der Imperialisten völlig brechen, wenn wir die Ausbreitung von Antisemitismus stillschweigend dulden und dem nicht mit allen Mitteln entgegentreten, dann machen wir uns nicht nur mitschuldig wie es das deutsche Volk bei der faschistischen Judenverfolgung und -vernichtung war und ist, sondern können erst recht nicht materiell den westdeutschen Imperialismus zerbrechen.

Still schweigende Duldung des Antisemitismus hat als zersetzendes Moment vor allem für die Erfüllung der Aufgabe des proletarischen Internationalismus katastrophale Folgen, denn wie kann der Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder und auf dieser Basis mit den unterdrückten Völkern herbeigeführt und geschmiedet werden, wenn nicht jeder Rassenhaß und Chauvinismus gegenüber nationalen Minderheiten, Arbeitern anderer Nationalitäten und fremden Völkern entschieden bekämpft wird.

Das, was Stalin für den Antisemitismus sagte, gilt ebenso für jede andere Form des Rassismus und Chauvinismus:

- "Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus."
- (Stalin, "Über den Antisemitismus", 1931, SW 13, S. 26)

Für die zentrale Aufgabe der Kommunisten, die Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Westdeutschland ist es erforderlich, alle Erscheinungsformen und Angriffswellen des deutschen Chauvinismus in den eigenen Reihen, in den Reihen der sich Wehrenden, in den Reihen der heute noch Unbeteiligten und sogar in den Reihen jener, die heute vom Gift des deutschen Chauvinismus infiziert sind, im Geiste des proletarischen Internationalismus zurückzuschlagen.

Der Klassenkampf auf ideologischem Gebiet ist ein gewaltiger Krieg, in dem alle Waffengattungen beherrscht werden müssen und alle demagogischen Taktiken der herrschenden Klasse und ihrer Helfershelfer bekannt sein und entlarvt werden müssen.

In diesem Kampf ist es eine der zentralsten Aufgaben, auf die Wurzeln des deutschen Chauvinismus, sei er direkt faschistisch oder verdeckt, hinzuweisen, sie aufzuzeigen und zu beweisen:

Die Auftraggeber und Nutznießer des deutschen Faschismus damals und der Ausländerhetze und des Antisemitismus heute sind die herrschende Klasse in Westdeutschland, der deutsche Imperialismus, der aus der Niederlage des 2. Weltkriegs wieder "trocken aus dem Wasser" stieg und sich

heute als "Gentleman" den Völkern der Welt und der eigenen Bevölkerung präsentieren möchte.

Daß dieses Manöver nicht aufgeht, daß der westdeutsche Imperialismus als Nachfolger jenes deutschen Imperialismus entlarvt wird, der in der Zeit des Hitlerfaschismus 55 Millionen Menschen für die Profitinteressen der Monopole opferte, daß sichtbar wird, daß der westdeutsche Imperialismus in den letzten Jahrzehnten schon wieder fieberhaft aufrüstet, die Arbeiterklasse im Innern ausbeutet, andere Völker neokolonialistisch versklavt, direkt faschistische Regimes unterstützt, von der Türkei bis Südafrika - darin besteht die Aufgabe der Kommunisten. Denn nur so wird es möglich sein, daß eines Tages die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt, Schulter an Schulter vor allem auch mit den vom westdeutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern, den eigenen Imperialismus, das ganze System des Imperialismus und Kapitalismus zerschlagen, alles Faschistische und Reaktionäre mit der eisernen Faust der Diktatur des Proletariats unterdrücken werden, um gemeinsam die Welt des Sozialismus und Kommunismus aufzubauen.

Lenins Worte sind hierfür Programm:

- Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige: sie bilden die Mehrheit. Was die Unterdrückung durch das Kapital anbelangt, sind sie unsere Brüder, im Kampf für den Sozialismus sind sie unsere Genossen. Unter den Juden gibt es Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten; wie es sie unter den Russen, wie es sie unter allen Nationen gibt. Die Kapitalisten sind bemüht, zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nation, verschiedener Rasse Feindschaft zu säen und zu schüren. Die Nichtarbeitenden halten sich durch die Stärke und die Macht des Kapitals. Die reichen Juden, die reichen Russen, die Reichen aller Länder unterdrücken und unterjochen im Bunde miteinander die Arbeiter, plündern sie aus und entzweien sie.
- Schande über den verfluchten Zarismus, der die Juden gequält und verfolgt hat. Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät.
- Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis der Arbeiter aller Nationen im Kampf für den Sturz des Kapitals.
- ("Über die Pogromhetze gegen die Juden", auf Schallplatten aufgenommene Reden, 1919, LW 29, S.239/240)

ERKLÄRUNG DES ZK DER KPD VOM NOVEMBER 1938

" GEGEN DIE SCHMACH DER JUDENPOGROME "

Vorbemerkung:

Im November 1938 prangerte das ZK der KPD eindeutig die faschistischen Judenpogrome an und rief zur Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern auf. Das ZK der KPD stellte klar heraus, daß die Judenpogrome ablenken sollten von den wahren Schuldigen der brutalsten Unterdrückung und Ausbeutung, den Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., in deren Auftrag Hitler auch bereit war, das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineinzujagen. Der Kampf gegen die Judenpogrome wurde als untrennbarer Teil des Freiheits- und Friedenskampfes gegen die Hitlerdiktatur propagiert und zum Sturz des verhaßten Naziregimes durch die Schaffung einer breitesten Volksfrontbewegung aufgerufen.

Wenn wir diese für den antifaschistischen Widerstand und die Rolle der Kommunisten wichtige Stellungnahme als insgesamt positiv hervorheben, so müssen wir aber auch auf folgende Schwächen hinweisen:

a) Das verwendete Vokabular wie "Ehre Deutschlands" ist mehr als problematisch, denn es galt, faschistische Schlagworte nicht zu "unterlaufen", sondern in Frage zu stellen und wirklich zu entlarven.

b) "Das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern...nichts gemein", heißt es gleich am Anfang in der Erklärung. Nicht nur die weitere Entwicklung hat deutlich gemacht, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens war. Die KPD hat selbst nach der Niederlage des Hitlerfaschismus in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 richtig betont,

"daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil MITSCHULD UND MITVERANTWORTUNG für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: 'Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!'

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerstörte und die besten Deutschen einsperren, martern und töpfen ließ. Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die 'Größen Deutschlands' sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzierieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des 'Kampfes um Lebensraum', den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber."

(Auszug aus "Aufruf des ZK der KPD", Berlin, 11. Juni 1945)

c) Die Darstellung, daß es in der damaligen sozialistischen Sowjetunion in den 30er Jahren "keinen Antisemitismus gibt", ist eine Übertreibung. Damit wird im Grunde Stalins Stellungnahme von 1931 als überflüssig erklärt, in der es heißt:

"In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft."
(Stalin, "Über den Antisemitismus", 1931, SW 13, S. 26)

Richtig wäre die Aussage gewesen, daß in der Sowjetunion die Grundlage des Antisemitismus und jeglicher antijüdischer Pogrome beseitigt war.

d) Fichte als Vorkämpfer gegen den Antisemitismus zu propagieren, darf ange- sichts seiner antisemitischen Hetztiraden (siehe S. 6 dieser Nummer) nicht unwidersprochen bleiben und muß ebenfalls kritisiert werden.

DOKUMENT

Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Genosse! Gib die «Rote Fahne» nur an zuverlässige Freunde weiter — Keine unkontrollierte Verbreitung
Sorge für mündliche Weitergabe des Inhalts

Reichsausgabe
Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Genossen! Alles für die Partei Wichtig, alle Erfah-
rungen, Deine Vorschläge und Kritiken seile der
«Rote Fahne» mit auf dem Wege über Dir bekannte
Funktionäre oder über Auslandsverbindungen

Jahrgang 1938

Nr. 7

Gegen die Schmach der Judenpogrome!

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker, erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben.

Die Bestialitäten, die von kommandierten SS-Leuten in Zivil im Auftrag der Hitler, Himmler, Goebbels, Göhring und Streicher an wehrlosen Juden begangen wurden, werden von allen anständigen Deutschen abgelehnt und verabscheut. Das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern der Synagogen und den Plünderern jüdischer Geschäfte und Wohnungen, mit den Peinigern und Mördern von jüdischen Bürgern nichts gemein. Die Kommunistische Partei Deutschlands begrüßt die tapfere ehrenvolle Haltung von vielen Deutschen aus allen Volksschichten, die unter den schwierigsten Verhältnissen versucht haben, ihren Protest gegen die Judenpogrome zum Ausdruck zu bringen und den verfolgten Juden menschliche Hilfe zu leisten.

Es ist eine elende Lüge, daß die Pogrome ein Ausbruch des Volkszornes gewesen seien. Sie wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern. Sie sollten in Wirklichkeit dazu dienen, den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur, gegen die wahnwitzige Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes zu Gunsten der Rüstungsmillionäre und der korrupten Nazibonzen abzulenken auf Unschuldige, mit dem Ruf: "Der Jud ist schuld."

Es sind aber nicht die Juden, die den Arbeitern die Löhne niedrig halten, den Achtstundentag vernichtet haben, die unerhörteste Ausbeutung betreiben, die Männer aus ihren Familien reißen und zur Zwangsarbeit für den Krieg verschicken. Es sind die nationalsozialistischen Führer im Auftrage des Großkapitals, die diese brutalste Unterdrückung und Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse betreiben.

Es sind nicht die Juden, die den deutschen Mittelständler mit riesigen Steuern und Abgaben vernichten, den Handwerker der notwendigsten Rohstoffe berauben, den Bauern unter die Fuchtel einer unkontrollierten korrupten Bürokratie gezwungen haben. Es sind die nationalsozialistischen Führer als Agenten der Rüstungsgewinner, die diese Politik durchführen.

Es sind nicht die Juden, die heute in Deutschland jedes freie Wort verfolgen, Hunderttausende in die Konzentrationslager und Zuchthäuser sperren, Zehntausende von Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken, Evangelischen, Menschen aus allen Ständen und Schichten unseres Volkes gefoltert und ermordet haben. All diese Verbrechen wurden und werden von den nationalsozialistischen Führern im Interesse einer hauchdünnen Oberschicht von Monopolkapitalisten vollbracht. An der Ausraubung der Juden bereichern sich nur diese Rüstungsmillionäre und braunen Bonzen.

Es sind nicht die Juden, die durch eine fortgesetzte Politik der Gewalt und der erpresserischen Drohungen gegenüber den anderen Ländern den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind

die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute,

in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern.

Immer in der Vergangenheit hat die Reaktion, wenn sie ein Volk aufs Schlimmste ausplünderte und die Erbitterung des Volkes fürchtete, sich der schmutzigen Mittel der Judenhölle und der Pogrome zum Zwecke der

ABLENKUNG VON DEN WAHREN SCHULDIGEN AM VOLKSELEND

bedient. So war es im Mittelalter. So war es unter dem russischen Zarismus. Schon vor 50 Jahren erhob der große deutsche Arbeiterführer August Bebel auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie seine Stimme gegen den Antisemitismus, der damals ein Mittel war, mit dem die Reaktion das Erwachen der deutschen Arbeiterbewegung zu hemmen versuchte. Lenin prangerte im zaristischen Rußland die Pogrome der Schwarzen Hundert als einen Teil des Bürgerkriegs der Herrschenden gegen die Werktätigen an. Stalin sagte im Jahre 1931: "Als konsequente Internationalisten sind die Kommunisten überzeugte und unversöhnliche Feinde des Antisemitismus."

Es ist kein Zufall, daß in der Sowjetunion, dem Lande des Sozialismus und des wahren Völkerfriedens, wo jede Ausbeutung beseitigt wurde, es keinen Antisemitismus gibt. Es ist ebensowenig ein Zufall, daß in Hitlerdeutschland, wo das ganze Volk von einem

Klüngel von Großkapitalisten beherrscht wird, der Antisemitismus und das Judenpogrom eines der wichtigsten Mittel der Nazidiktatur zur Verteidigung der Ausbeuterherrschaft und der Inszenierung der Kriegshetze gegen andere Völker geworden ist.

- Der Kampf gegen die Judenpogrome ist deshalb ein untrennbarer
- Teil des deutschen Freiheits- und Friedenskampfes gegen die
- n a t i o n a l s o z i a l i s t i c h e Diktatur.

Daher muß dieser Kampf in vollster Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern von all jenen geführt werden, die von der Hitlerdiktatur geknechtet werden! Denn die Brandstifter der Synagogen und zugleich die nationalsozialistischen Reichstagsbrandstifter von gestern, sie sind die Organisatoren der Überfälle heute auf die Bischofspaläste in Wien und München, morgen auf die Kirchen und Klöster, sie sind die Zerstörer der deutschen Gewerkschaftshäuser und die Bombenwerfer auf wehrlose Frauen und Kinder in spanischen Städten.

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen Deutschen mit dem Appell: HELFT UNSEREN GEQUÄLTEN JÜDISCHEN MITBÜRGERN MIT ALLEN MITTELN! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!

Die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen. Gegen die mittelalterliche barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb Fichtes von "der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".

Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei. Deshalb müssen a l l e deutschen Menschen, die das Regiment der Unterdrückung und der Schändung des deutschen Namens ablehnen und es beseitigen wollen, ihren festen Zusammenhalt schaffen.

Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen, Solidarität mit den gehetzten Kommunisten und Sozialisten, Solidarität mit den bedrohten Katholiken, Solidarität aller untereinander im täglichen Kampf zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes durch die Schaffung der breitesten deutschen Volksfrontbewegung - das ist es, was die Stunde von allen friedens- und freiheitsliebenden Deutschen verlangt!

EINIGKEIT MACHT STARK. EINIGKEIT WIRD DEN SIEG BRINGEN!

NIEDER MIT DER HITLERDIKTATUR!

ES LEBE DER FRIEDE!

ES LEBE DIE FREIHEIT ■

Hervorhebungen im Original

DER PROZESS GEGEN DIE MÖRDER RAMAZAN AVCIS: ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEM STAATSAPPARAT DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND DEN FASCHISTISCHEN BANDEN

Das Urteil gegen die faschistischen Mörder Ramazan Avcis ist gesprochen: Zwischen einem und zehn Jahren Gefängnis lauteten die Urteile gegen die 5 Angeklagten, die den von einem Auto angefahrenen und verletzt am Boden liegenden R. Avci durch Schläge mit einem Axtstiel brutal zusammenschlugen, mehrmals auf seinen Kopf sprangen und ihn so töteten. Diese Mörder gehören zu der "Skinhead"-Gruppe "Lohbrügge Army" aus Hamburg-Bergedorf, wo früher Michael Kühnen für die neonazistische ANS/NA Mitglieder rekrutierte und heute deren Nachfolgeorganisation FAP aktiv ist. Die faschistischen Mörder waren bereits polizeilich bekannt und zumeist vorbestraft; besonders gute Kontakte zu den Neonazis hat R. Wulff über seinen Bruder, der "Gauleiter Nord" der FAP ist. Die Zentralfiguren der faschistischen Bande, aus deren Kreis der Mord verübt wurde, wie der Anführer der "Lohbrügge Army" Peter Voß und der bekannte faschistische Schläger Carsten Wacker, der den rassistischen Überfall provoziert haben soll, wurden nur als Zeugen vorgeladen.

Der Prozeß war - ebenso wie das Auftreten der Polizei und verantwortlicher Politiker - auf Verharmlosung der faschistischen Mörder und ihrer Bande, auf Inschutznahme, auf Vertuschung der rassistischen Motive und politischen Hintergründe angelegt.

Der Hamburger Innensenator Lange sprach sogleich zynisch von einem "Einzelfall", der "bisher kein Bei-

spiel" habe ("Hamburger Abendblatt", 27.12.85), obwohl er genau wußte, daß bereits am 24. Juli 1985 in Hamburg der 29-jährige Mehmet Kaymakci von 3 rassistischen "Skinheads" erschlagen worden war.

Der Hamburger Polizeipräsident Heering beteuerte: "Politische Motivationen bzw. Zielsetzungen sind bei diesen Jugendlichen erkennbar nicht vorhanden." ("Hamburger Rundschau", 2./3.1.86)

Der ermittelnde Kriminalbeamte Gottschalk, dessen Sohn selbst zur Bergedorfer "Skin-Szene" gehört und bei dem die Angeklagten ein- und ausgingen, ließ die Faschisten nach der Vernehmung am Tag nach dem Mord wieder laufen.

Der stellvertretende Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes hatte keine "Aussagegenehmigung" vor Gericht zu der bekanntgewordenen Tatsache, daß die Polizei in der Mordnacht mit einer Auseinandersetzung gerechnet hatte und über den Kneipenwirt davon wußte, daß



Am 11.1.86 demonstrierten in Hamburg 15000 anlässlich der Ermordung von R. Ayçi gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Westdeutschland

sich über 30 faschistische "Skinheads" zusammengerottet hatten, um Pogrome gegen Ausländer zu begehen. Er verschwieg auch alle anderen Informationen, die die staatlichen Behörden bereits über die Angeklagten und ihre Bande gesammelt hatten.

Staatsanwaltschaft und Gericht weigerten sich bis zum Schluß, die rassistisch-faschistischen Motive als entscheidend für den barbarischen Mord anzuerkennen. Ausländerhaß, den übrigens auch die Angeklagten bestritten, könne nicht als herausragender Beweggrund nachgewiesen werden, deshalb handele es sich auch nicht um Mord, sondern lediglich um Totschlag im Affekt.

Diese systematische Verdunkelungsstrategie des Staatsapparats, die hier deutlich sichtbar wird und nicht zuletzt dazu dient, die politischen Hintergründe für den sich ausbreitenden Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit zu verschleiern, läßt nur den Schluß zu:

Die Drahtzieher und Ziehväter der faschistischen Mörderbanden sind im Staatsapparat der westdeutschen Imperialisten zu suchen, der mit rassistischen Ausländergesetzen, mit gezielt ausgestreuter rassistischer Hetze das nötige Klima für die Taten der faschistischen Banden schafft.

 F L U G B L A T T von Gegen die Strömung - Januar 1986 

Die braune Pest geht vom Staat aus ! KOLLEGE RAMAZAN AVCI von neo-faschistischer Gruppe ERSCHLAGEN !

Drei Kollegen aus der Türkei, die in Hamburg-Hohenfelde auf einen Bus warteten, wurden von einer größeren Gruppe von als Skinheads auftretenden faschistischen Totschlägern überfallen. Als Kollege Ramazan Avci bei der Flucht unter ein Auto geriet und schwer verletzt wurde, zögerten die faschistischen Mörder nicht, ihn mit Axtstielchen und Keulen totzuschlagen. Kollege Avci starb wenig später am 24.12.1985 an den Folgen seiner Verletzungen!

Wie es ganz richtig in einer Anzeige zur Ermordung von Ramazan Avci heißt:

"NÄHRBODEN FÜR DIESEN MORD IST DIE TÄGLICHE MISSACHTUNG UND DISKRIMINIERUNG DER AUSLÄNDER IN UNSEREM LAND" !

Es ist nicht der erste Mord dieser Art. Schon vor einigen Monaten ereignete sich ähnliches in Hamburg. Vor über einem Jahr erwürgte ein Polizeibeamter mit Polizeigriff einen Arbeiter aus der Türkei vor den Augen seiner Frau und Kinder.

Alltäglicher Faschismus - von oben im Großen als Plan zur "Halbierung der Tür-

ken" in Westdeutschland vorgegeben, im einzelnen dann von Polizeibeamten oder faschistischen Totschlägern mit durchgeführt.

Die neofaschistischen Gruppen wachsen nicht von selbst. Die verhetzten, charakterlosen und verkommenen Mitglieder dieser faschistischen Totschlägerbanden sind ein Produkt der Politik, der Ausländergesetze und Ausländerhetze dieses Staates des westdeutschen Imperialismus.

Jede konsequente organisierte Selbsthilfe und militante Notwehr gegen diese faschistischen Mördertruppen wird sofort auf den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus stoßen. In Worten geht dieser auch mal gegen neofaschistische Gruppierungen vor, hie und da wird mal eine "Strafe auf Bewährung" verhängt, um dann seine ganze Macht gegen die militanten Kämpferinnen und Kämpfer des antifaschistischen Lagers zu richten.

Die Ermordung des Kollegen Avci zeigt, daß alle ehrlichen und nicht vor Feigheit zitternden Antifaschisten, egal aus welchem Land sie kommen, konkret und praktisch, unter Einschluß der nötigen Dis-

kussion und Debatte, GEMEINSAM gegen die Braune Pest vorgehen müssen. Dies ist BUCHSTÄBLICH EINE FRAGE VON LEBEN UND TOD !

KEINE FEIGHEIT,
KEIN PAZIFISMUS,
KEIN ZURÜCKWEICHEN
HILFT GEGEN TOTSCHLÄGER
UND MÖRDERBANDEN !

KEIN FUSSBREIT RAUM
DER BRAUNEN PEST !



Ramazan Avci (26)

Kolleginnen und Kollegen !
Genossinnen und Genossen !

Die Ermordung von dem Kollegen Avci ist kein Zufall und auch kein Einzelfall. Diese Ereignisse müssen im Zusammenhang mit der Politik des wiedererstarkten westdeutschen Imperialismus gesehen werden, dessen Staatsapparat mehr denn je bis an die Zähne bewaffnet ist, um im Innern für seine "Ausbeuterruhe und Ausbeuterordnung" zu sorgen und sich auf kriegerische Erweiterung und Sicherung seiner Einflußsphären in der Welt vorzubereiten. Der westdeutsche Imperialismus ist mächtig, ja eine imperialistische Großmacht, eine der wesentlichen Mächte, die den Militärputsch in der Türkei in seinem Interesse durchgeführt und unterstützt hat !

Der Staat des westdeutschen Imperialismus hat mehrere Abteilungen, die ihre Arbeit koordiniert leisten: Nach der Hauptkomponente, der Armee und der Poli-

zei, bedient er sich faschistischer Mördertruppen, die er mal einschränkt, dann wieder verstärkt arbeiten läßt - wie es ihm taktisch am angebrachtesten erscheint. Und er hat seine Pfaffen, richtige Pfaffen und politische Heuchler, vor allem innerhalb der SPD und DKP, die nicht müde werden, ihre Sympathie für die ermordeten Kollegen aus der Türkei zu bekunden, die aber versuchen jeglichen wirklichen antifaschistischen Widerstand im Keim zu ersticken.

DIE MARXISTEN-LENINISTEN IN WESTDEUTSCHLAND ERKLÄREN ANLÄSSLICH DES MORDES AM KOLLEGEN RAMAZAN AVCI ERNEUT :

- o Die Politik des westdeutschen Imperialismus ist MÖRDERISCH ! Es gilt keinerlei Illusionen in diesen Staat zu haben !

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Dies schrieben Karl Marx und Friedrich Engels in der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, im "MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI" ! Dies ist der aktuelle Aufruf zum gemeinsamen Handeln gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter aller Länder. Aber dies ist noch mehr.

Der Kampf für den proletarischen Internationalismus hat über die augenblicklichen Erfordernisse hinaus die Erkenntnis zur Grundlage, daß die AUSBEUTERSTAATEN sich nicht reformieren lassen. Die Hauptkomponente dieser Ausbeuterstaaten, die jeweiligen reaktionären Armeen, muß in der Revolution der be-

TOD DEM FASCHISMUS

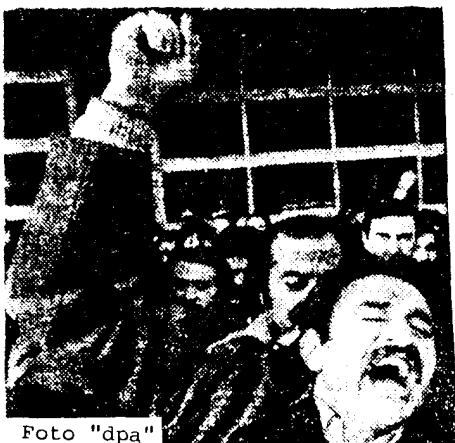


Foto "dpa"

rief der Bruder des ermordeten Kollegen Avci bei der Überführung des Leichnams in die Türkei. Er schrie dem heuchlerisch Trauer bekundenden Staatsvertreter des westdeutschen Imperialismus und der türkischen faschistischen Militärdiktatur noch mehr ins Gesicht:
VERRATEN UND VERKAUFT VON DEUTSCHLAND UND DER TÜRKEI !

Diese Wahrheit wird immer deutlicher: Der elementarsten demokratischen Rechte beraubt (ja selbst des Wahlrechts in der bürgerlich parlamentarischen "Demokratie"), werden die Arbeiter aus der Türkei von der faschistischen Militärjunta als Devisenbringer an ihre imperialistischen Herren in Westdeutschland, für die niedersten,

gefährlichsten und mörderischsten Arbeiten verschoben. Sie werden hier vom westdeutschen Imperialismus gnadenlos ausgeraubt, diskriminiert, vom staatlichen und neofaschistischen Totschlag und Mord bedroht.

waffneten Volksmassen gewaltsam zer-schlagen werden. Der revolutionäre Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei wird die Diktatur des Proletariats - die Unter-drückung der Ausbeuter und die breite-ste Demokratie für die Mehrheit - her-vorbringen.

Die negative Erfahrung der DDR und der Sowjetunion (die heute ganz offensicht-lich andere Völker ausbeutet und unter-drückt), wo eine neue herrschende Klasse, eine neue herrschende Ausbeuterklasse, Bürokraten, den Kapitalismus restauriert haben, muß und wird als Warnung dafür

dienen, prinzipienfest und eng mit den Massen verbunden, den Weg des wissen-schaftlichen Kommunismus einzuhalten.

Die verbrecherische Politik des westdeut-schen Imperialismus im eigenen Land gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist EIN GRUND MEHR für alle ehrlichen Antiimperialisten, sich den REIHEN DER PROLETARISCHEN REVOLUTION anzuschließen.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

ES LEBE DIE SOLIDARITÄT DER ARBEITER ALLER LÄNDER IM KAMPF GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG, FÜR EINE WELT DES KOMMUNISMUS !

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH .



ZUM PROZESS GEGEN DEN MÖRDER ERNST THÄLmanns

Wie im nachfolgenden Flugblatt be-schrieben, ist der Mörder Ernst Thälmanns, der SS-Scherge Otto nach wie vor auf freiem Fuß.

Das Gerichtsurteil zu vier Jahren Haft für einen Nazi-Mörder ist an sich schon ein Hohn. Der SS-Mann wurde lediglich zur Beihilfe zum Mord verurteilt. Aber es kommt noch schlimmer:

Die Strafe wurde nicht vollstreckt, weil Revision eingereicht wurde; Otto bleibt solange auf freiem Fuß. Ob er überhaupt jemals im Gefäng-nis landen wird, ist mehr als un-wahrscheinlich, da in der Regel in solchen Fällen wegen "Prozeßunfä-higkeit", "Haftunfähigkeit" und ähnlichen "Gründen" Prozesse erst gar nicht zu Ende gebracht oder Haftstrafen erst gar nicht angetre-tten bzw. sogleich erlassen werden.

All dies hinderte die bürgerliche Presse nicht, dieses Urteil als "antifaschistisches Manifest" hoch-zuloben. Daran beteiligte sich auch die den GRÜNEN nahestehende "Tages-zeitung", indem sie die "untadelig-

ge Prozeßführung" ("TAZ", 16.5.86) des bei antifaschistischen und an-tiimperialistischen Demonstranten berüchtigten Richters Paul lobte. (Paul hatte einen Demonstranten we-gen der Beteiligung an der Anti-NATO-Demonstration in Krefeld zu 21 Monaten Haft ohne Bewährung we-gen "Landfriedensbruch" verur-teilt!!!)

Aber nicht nur die "TAZ" lobte die-ses angeblich "demokratische" Ur-teil, das in Wirklichkeit den Cha-rakter der bürgerlichen Klassenju-stiz offenbart hat. Auch die revi-sionistische DKP jubelte: "Mit sei-nem Urteil hat das Gericht der De-mokratie unseres Landes und dem Ansehen der Bundesrepublik Deutsch-land auch in der Welt einen guten Dienst erwiesen." (Zitiert nach: "Rote Fahne" der MLPD, Nr. 21, vom 24.5.86.)

In der Tat dienen solche Urteile dazu, daß die westdeutschen Im-perialisten und Revanchisten ihr gerade international angeschlage-nes "demokratisches" Image ange-sichts ständiger Rehabilitierungen

von faschistischen Massenmördern, angesichts der Inschutznahme neuer faschistischer Mörder (wie die Ramazan Avcis!!) wieder etwas aufpolieren können. Daran liegt auch der staatstreuen DKP viel, die die Diktatur der Bourgeoisie in Westdeutschland offensichtlich als "Demokratie" anbetet. Dafür nimmt die DKP selbst den Mörder Thälmanns in Schutz - ebenso übrigens wie ihre Geldgeber, die revisionistischen Machthaber und Ausbeuter in der DDR, deren Nachrichtenagentur ADN das Urteil "mit Genugtuung zur Kenntnis" nahm.

Auch die MLPD, die von sich behauptet, den Revisionismus der DKP zu

bekämpfen, ist hocherfreut: Für sie ist dieses Urteil, das den Mörder Ernst Thälmanns auf freien Fuß ließ, "ein großer Erfolg für den Kampf von Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten" (RF der MLPD, Nr. 21, vom 24.5.86.)

Die westdeutsche Justiz, diese würdige Fortsetzerin des Freislerschen "Volksgerichtshofes", soll plötzlich Antifaschisten und Kommunisten "unterstützen", gar selbst "demokatisch" sein? Angesichts dieses Urteils, das sich dadurch auszeichnet, daß trotz der ganzen Demagogie erneut ein SS-Mörder in Schutz genommen wurde, - ein wirklicher H o h n !

— F L U G B L A T T von Gegen die Strömung - Mai 1986 —

DER MÖRDER ERNST THÄLmanns LEBT UNGEHINDERT UNTER DEM SCHUTZ DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Am 17. August 1944 wurde auf direkte Weisung Hitlers der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, ERNST THÄLMANN, vom SS-Mann Wolfgang Otto erschossen.

Die Geschichte dieses Wolfgang Otto ist in vielfacher Hinsicht typisch für die Geschichte der Hunderttausenden von Gestapo- und SS-Mördern, die in Westdeutschland gehext und gepflegt werden.

Obwohl eine eindeutige Zeugenaussage von Marian Zgoda vorlag, daß Otto Genossen Ernst Thälmann erschossen hatte, obwohl dieser Zeuge seine Aussage seit 1947 bis zu seinem Tod immer wieder bekräftigte, wurden erst 1962 die Ermittlungen aufgenommen, und erst 1985 konnte der Rechtsanwalt der Tochter Ernst Thälmanns die Erhebung der Anklage erzwingen.

Jetzt, am 15.5. 1986, wurde Otto zu einer minimalen Strafe verurteilt und kann nach wie vor frei und ungeschoren herumlaufen.

Schon seit mehr als 20 Jahren erhält Otto seine Beamtenpension, denn ein SS-Mann wie

er, dessen Mordtaten bekannt und aktenkundig waren, wurde natürlich in einem Land wie der Bundesrepublik 1952 zur Erziehung der neuen Generationen in den Schuldienst übernommen und erst 1964 pensioniert.

Doch das ist noch nicht alles: Dieser Mörder war bereits 1947 von einem amerikanischen Militärgericht, das für die Milde seiner Urteile bekannt war, zu 20 Jahren Gefängnis wegen seiner Rolle im SS-Erschießungskommando verurteilt worden. Doch war er schon 1952 wieder auf freiem Fuß und auch gleich Lehrer.

Er und seinesgleichen sind der lebende Beweis dafür, daß der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus von oben bis unten mit alten Nazis durchsetzt ist: Ob es Staatsanwälte, Richter oder Lehrer sind, Generäle und Offiziere der Bundeswehr, nicht zu vergessen den SA- und Bundespräsidenten Karl Carstens.

Aus diesem 100 000 zählenden Heer von Mördern des SS-Staates wurden in der Zeit von 1945 bis 1985 gerade etwas mehr als 6 000

Menschen angeklagt und verurteilt, dabei überwiegend zu absolut lächerlichen Stra-

fen, die oft genug zur Bewährung ausgesetzt wurden.

DEN WEG ERNST THÄLmannS GEHEN, DAS ERBE ERNST THÄLmannS VERTEIDIGEN!

Ernst Thälmann repräsentierte die Unbeugsamkeit und Kraft 100 000er kommunistischer Arbeiterinnen und Arbeiter. Seine Ermordung war ein gewaltiger Schlag für die Sache des Kommunismus. Seit 1925 Ernst Thälmann die Führung der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten KPD übernahm (nachdem beide auf Anweisung des Sozialdemokraten Noske ermordet worden waren), kämpfte er theoretisch und praktisch vor allem für die marxistisch-leninistische Klarheit über die Rolle des Staates, (der sich bürgerliche Demokratie nannte, aber die Diktatur der Bourgeoisie bedeutete), über die Ziele der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt über die Rolle der verräterischen Sozialdemokratie, die nach der Unterstützung des deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg, nach einem Wort Rosa Luxemburgs, "ein stinkender Leichnam" geworden war.

Gegen die heutigen Kräfte, die sich heuchlerisch auf Genossen Ernst Thälmann und die ruhmreiche Tradition der illegalen KPD berufen (Kräfte wie die DKP, MLPD, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD u.a.m. genügt es, einige zentrale Thesen Ernst Thälmanns zu benennen, um den unversöhnlichen Widerspruch zwischen diesem kämpferischen Kommunisten und allen Reformisten, Revisionisten und Opportunisten klarzustellen.

Er sagte 1921 in einer Rede vor der Hamburger Bürgerschaft über die Weimarer Republik:

◆ "Hier herrscht nicht Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus."

Und er propagierte unermüdlich gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats.

Ernst Thälmann selbst organisierte den ruhmreichen Hamburger Aufstand 1923. Und er erklärte:

◆ "Erstens, daß das Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat nicht übernehmen und auf demokratischem Wege in den

proletarischen Staatsapparat verwinden kann, sondern daß die proletarische Revolution den bürgerlichen Staat zerschlagen und durch den proletarischen Machtapparat ersetzen muß, durch die Räte, die die beschließenden und führenden Organe der Arbeiterklasse sind.

Zweitens, daß das Proletariat rücksichtslos, brutal die Bourgeoisie niederschlagen, ihre Truppen entwaffnen, seine eigene bewaffnete Macht aufrichten muß, weil die Bourgeoisie, wenn man ihr nur wenige Tage Zeit läßt, um sich zu sammeln, zu organisieren, zu bewaffnen, ihre Macht rücksichtslos gebraucht und an der Arbeiterschaft, die ihre Ansprüche als Klasse anmeldete, grausam blutige Rache nimmt."

Den besonderen Haß aller Rechtsopportunisten hat sich Ernst Thälmann zugezogen, weil er im Kampf für die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen, antifaschistischen Arbeiterinnen und Arbeitern nicht darauf verzichtete, die verbrecherische, mörderische Rolle der sozialdemokratischen Führung als sozialfaschistisch zu brandmarken: von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, über die Massenerschießungen in der Novemberrevolution, über die Erschießung von 31 kommunistisch gesinnten Arbeitern in Berlin 1929, bis hin zur Wahlpropaganda für Hindenburg, der Hitler zur Macht verhalf. Auf dem XII. Parteitag der KPD, 1929, erklärte er:

◆ "Jeder Arbeiter muß erkennen, was die Versöhner nicht erkannt haben, daß der Sozialfaschismus darin besteht, daß er unter dem Deckmantel der sogenannten reinen Demokratie der faschistischen Diktatur den Weg bahnt."

Daß Ernst Thälmann recht hatte, wurde den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern spätestens am 1. Mai 1933 klar, als die Führer des ADGB zum 1. Mai Adolf Hitlers aufriefen. Die Zerschlagung des ADGB am 2. Mai 1933 durch SA und Gestapo folgte auf dem Fuß.

Der gesamte heroische Zeitabschnitt der kommunistischen Arbeiterbewegung unter Führung der Thälmannschen KPD ist das Banner der kommunistischen Zukunft. Und nur wenn wir von dieser grundlegenden Einschätzung ausgehen und alle Verleumdungen gegenüber Ernst Thälmann und der KPD zurückweisen, können wir auch die gesamte Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterbewegung und ihres Führers Ernst Thälmann, der Schüler von Marx, Engels, Lenin und Stalin war, kritisch auswerten.

Zentrale, aktuelle Lehren sind:

- * STUDIERT DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE THEORIE!
 - * FÜR EINE STARKE KOMMUNISTISCHE PARTEI!
 - * KEIN PARDON DEM OPPORTUNISMUS, BESONDERS DEM RECHTSOPPORTUNISMUS UND REVISIONISMUS!
 - * DER STAATSAPPARAT DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS MUSS VON OBEN BIS UNTEN IM BÜRGERKRIEG DES PROLETARIATS ZERSCHLAGEN WERDEN!
 - * KEINE ILLUSIONEN ÜBER DIE SOZIALEMOKRATIE!
 - * ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER KOMMUNISMUS! ■



NACH TSCHERNOBYL: DEN KAMPF GEGEN DIE ATOMPOLITIK
DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS VERSTÄRKEN!

Am Beispiel Wackersdorf: POLIZEISTAAT und KRIEGSVORBEREITUNG

Der westdeutsche Imperialismus hat unter der SPD-Regierung Schmidt ein gigantisches Atomprogramm gestartet: Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen wurden geplant und gebaut. Angeblich sollte damit gesichert werden, daß der "Strom auch weiterhin aus der Steckdose kommt". Daß es aber vor allem um etwas anderes als Energieversorgung geht, daß auch dem 'Argument' nicht zu glauben ist, die KKW's und die WAA würden der Arbeitsplatzbeschaffung dienen, wirft die Frage auf: Warum hält der westdeutsche Staat so an der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf fest?

KRIEGSVORBEREITUNG UND ATOMBOMBENPRODUKTION

Abgesehen von den ökonomischen Interessen der beteiligten Firmen, wie z.B. Siemens und die Energiekonzerne, die sich durch diese Anlage immense Gewinne verschaffen, geht es vor allem um eins: Plutonium, das in Wackersdorf gewonnen werden soll, ist die Grundlage zur Herstellung von Atomwaffen. Trotz scharfer Geheimhaltung und emportem Abstreiten, das stimme nicht, nie im Leben habe man Atomwaffen oder wolle sie produzieren, - wer soll das denn heute

noch glauben? Der Besitz und die Produktion von Atomwaffen liegt in der Logik eines Systems, das ständig aufrüstet, seine Armee, die Bundeswehr, perfektioniert, die modernsten Waffensysteme besitzt, das die Atombombenproduktion in Ländern wie Südafrika, Indien und Israel managt. Und dieser Staat soll selbst keine Atomwaffen besitzen und nicht den öffentlichen Durchbruch zur westdeutschen Atommachtpolitik planen? Ein solches Märchen soll glauben, wer will? (Ist es ein Zufall, daß die WAA Wackersdorf bis 1995 betriebsbereit sein soll, dem Jahr, in dem der Atomwaffen-
sperrvertrag ausläuft?)

Der Kampf gegen die Gefahren einer atomaren, radioaktiven Verseuchung, die von der Anlage in Wackersdorf ausgeht, ist somit nur die eine Seite des berechtigten Kampfes. Andererseits richtet sich dieser Kampf objektiv schon heute gegen die systematische und umfassende Atomwaffenproduktion des westdeutschen Imperialismus, der nach der Niederlage im 2. Weltkrieg wieder zu einer imperialistischen Großmacht aufgestiegen, ein eigenständiger Kriegs-herd ist, der Kriegsvorbereitungen (durchaus auch ohne und gegen die USA und die anderen imperialistischen Großmächte im Kampf um die Neuauftteilung der Welt) betreibt.

Also muß die Anti-WAA-Bewegung in Wackersdorf ganz bewußt auch diese Seite der Sache ins Visier nehmen: Kampf der Atombombenfabrik in Wackersdorf und anderswo! Tschernobyl hat den Hauch eines Atomkriegs auch nach Westdeutschland geweht. Verstärken wir den Kampf gegen die Atomkriegsgefahr, gegen Auf-
rüstung und Militarisierung!

DER POLIZEISTAAT IN AKTION

Vor diesem Hintergrund wird auch die Härte, mit der Wackersdorf von seiten des westdeutschen Imperialismus durchgesetzt werden soll, klar.

Für alle, die an den Kämpfen um Wackersdorf unerschrocken teilgenommen oder sie auch nur aus der Ferne mitverfolgt haben, wurde deutlich, was von den vielgepriesenen "demokratischen Freiheiten", dem "demokratischen Rechtsstaat" zu halten ist, der mit allen Mitteln und oft unglaublichen Methoden gegen die protestierende Bevölkerung vorgeht: Tagtägliche Bespitzelung, brutale Einsätze von Polizei und Bundesgrenzschutz, Einsatz von Schäferhunden gegen Demonstranten, faktischer Ausnahmezustand. Um den Protest niederrzumachen, wird auch nicht davor zurückgeschreckt, zu einem alten Kampfmittel des deutschen Imperialismus zu greifen, dem Gasangriff, heute mit dem lebensgefährlichen, Vietnam-erprobten CS-Gas. Die Wasserwerfer, mit denen dieses CS-Gas versprüht wird, kommen u.a. aus dem "rot-grünen" Hessen. Mit einem dieser Wasserwerfer wurde auch letztes Jahr in Frankfurt Günter Sare ermordet - all das wird den Staats-GRÜNEN nicht vergessen werden.

Nachdem am 2. März bei Auseinandersetzungen mit der Polizei eine 61-jährige Frau einem Herzinfarkt erlag, gab es am 31. März bereits den zweiten Toten. Kurz nachdem erstmals in der BRD gegen eine Demonstration CS-Gas eingesetzt worden war, starb ein 38-jähriger Mann an einem Asthma-Anfall.

Die weitere Verschärfung der sogenannten "Sicherheitsgesetze", der tagtägliche Polizei- und Behördenterror gegen ausländische Werktagige, gegen Asylsuchende, überhaupt gegen alle, die nicht in die Schablone des "deutschen Michel" passen usw. usf. - diese Faschisierung des Staatsapparates zeigt sich erneut auch in Wackersdorf.

Die bisherigen Ereignisse, die Planung von verstärktem Einsatz des Bundesgrenzschutzes und die Bürgerkriegsvorbereitung der Bundeswehr am "Fallbeispiel Wackersdorf" machen deutlich, was in diesem Staat bei jeder Zuspizung von Auseinandersetzungen die auschlaggebende Rolle spielt: Der Staat, das sind nicht vor allem Parlament und Behörden. Der Hauptbestandteil dieses Staates ist die Armee und der Polizeiapparat, gefolgt von einer ganzen Hor-

"Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert..."

(Karl Marx, "Das Kapital", Band I, MEW 23, S.788)

de professioneller parlamentarischer und beamteter Volksbetrüger. Dieser Staat ist vor allem eine UNTERDRÜCKUNGSMASCHINERIE IN DEN HÄNDEN DES HERRSCENDEN MONOPOLKAPITALS in Westdeutschland und wird dies solange bleiben, bis er von oben bis unten im Bürgerkrieg zerschlagen worden ist. Dies ist eine zentrale Erkenntnis, die in den Kämpfen um Wackersdorf bewußt gemacht werden kann und muß.

DIE KATASTROPHE VON TSCHERNOBYL UND DIE VERSTÄRKTE KRIEGSVORBEREITUNG DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Seit dem Bekanntwerden der Katastrophe von Tschernobyl verschärfen sich die Auseinandersetzungen um Wackersdorf, wurde doch das Ausmaß atomarer Unfälle und das Fehlen wirksamer Gegenmaßnahmen mit einem Schlag breiten Kreisen der Bevölkerung bewußt. Aber Vorsicht! Die furchtbaren Ereignisse bei Kiew führen nicht von selbst zur Klarheit. Denn die politischen Geschäftemacher, die die WAA Wackersdorf durchsetzen wollen, versuchen selbst die Katastrophe in der Sowjetunion für ihre Zwecke einzusetzen. Zentral sind hierbei zwei Gesichtspunkte, die beide - in unterschiedlicher Weise - der Kriegsvorbereitung des westdeutschen Imperialismus dienen:

VERWIRRUNG SCHAFFEN, UM SO BES-
SER GLEICHSHALTUNG, NOTSTANDS-
ÜBUNGEN DURCHSETZEN ZU KÖNNEN

Existiert eine Gefahr für die Bevölkerung? Ja?! Nein! Alle sollen in den Häusern bleiben (zumindest nicht demonstrieren)! Oder muß man lediglich die grüne Wiese meiden? Können Kinder im Sand spielen oder lieber nicht? Keine Milch trinken, kein Blattgemüse essen! Aber radioaktiv verseuchte Lebensmittel werden doch beschlagnahmt! So oder so ähnlich geht die Politik

der Verunsicherung und Verwirrung, das Hin- und Herpendeln zwischen Verharmlo-
sung und Panikmache. Das ist nicht nur Ausdruck dessen, daß gegen radioaktive Verseuchung noch keine wirklichen Hil-
fen gefunden wurden, sondern dient noch einem anderen Zweck:

Als Reaktion auf die berechtigte Angst, als Reaktion auf die berechtigte Kritik dieser Desinformationskampagne und kindischen Ratschläge in der Art der Aktentasche, die über den Kopf zu halten sei, soll ein Programm der Zivilschutzübungen, der Notstandsübung und somit Kriegsvorbereitung besser verkauft und durchgesetzt werden.

Natürlich liegt den westdeutschen Imperialisten nichts ferner, als die Atomkraftwerke auszuschalten und die Politik der Atomkriegsvorbereitung aufzugeben. Vielmehr benutzen sie die Gelegenheit, eine Art "Volksgesundheitssturm" vorzubereiten, der vom Baby bis zum Opa alle gleichschaltet: "Lassen Sie das Radio angeschaltet." "Folgen Sie den Anweisungen." "Bleiben Sie in Ihren Wohnungen." "Schließen Sie die Fenster." usw. usf. Pläne zum Einsatz der Bundeswehr gegen die Bevölkerung liegen bereit. Und es liegt an uns, diese Absichten und Vorbereitungen, die in Wirklichkeit nicht dem Schutz der Bevölkerung dienen, sondern der Herstellung der "Ruhe an der inneren Front", zu durchkreuzen.

DEUTSCHER CHAUVINISMUS

In ekelreißender Weise zeigt sich in diesen Tagen auch, mit welchem großdeutschen Zynismus vorgegangen wird, wenn etwa Forschungsminister Riesenhuber mit lässiger Handbewegung fest-

stellte: "Wind bläst nach Norden - keine Gefahr." Keine Gefahr für wen? Keine Gefahr für die Bevölkerung Skandinaviens? Und was ist mit der Bevölkerung der Ukraine, der anderen Gebiete der Sowjetunion und Polens? Sind das keine Menschen? Sind das vielleicht "Untermenschen"? Man kann nur schaudern bei solchem Gehabe nach dem Motto: "Mag auch die Welt in Flammen steh'n, nur Deutschland darf nicht untergeh'n." Derselbe Chauvinismus wird sichtbar, wenn so getan und massenhaft verbreitet wird, so etwas wie in Tschernobyl könnte sowieso "nur bei den Russen", nicht aber bei uns, "den Deutschen", geschehen.

Die Solidarität angesichts der radioaktiven Verseuchung weiter Gebiete anderer Länder, die Solidarität mit den werktätigen Massen dieser Länder muß sich gerade auch gegen diesen deutschen Chauvinismus richten, dieser Verhetzung, die schon immer Bestandteil der ideologischen Vorbereitung eines Kriegs gegen andere Völker war und ist.

KÄMPFEN, ANSTATT AUF SPD UND GRÜNE VERTRAUEN

Die wichtigen und zum Teil auch erfolgreichen Kämpfe in der Vergangenheit, in Wyhl, Gorleben, Kalkar, Brokdorf zeigen, daß, wenn überhaupt, nur der militante, entschlossene und selbständige Kampf etwas erreichen kann, daß nur unter dem Druck großer Demonstrationen - ob erlaubt oder nicht - und Aktionen Erfolge wie die Nichtinbetriebnahme möglich sind. Die schleimige Anbiederei der SPD (die ihre maßgebliche Verantwortung für das Atom-

TSCHERNOBYL: ANKLAGE GEGEN DAS HEUTIGE MÖRDERISCHE AUSBEUTERSYSTEM IN DER SOWJETUNION

Die Ereignisse in Tschernobyl sind eine gigantische Anklage an das heute wieder am Profit orientierte, sozialimperialistische System in der Sowjetunion und zeigen die ganze Fäulnis und Verworfenheit eines Gesellschaftssystems, das sich nicht am Wohl der werktätigen Massen, sondern am Maximalprofit orientiert.

Die DKP, als eine an die Sowjetunion gebundene Partei, wird mit gutem Grund auf breites Hohngelächter stoßen, wenn sie es wagen würde, das Beispiel Tschernobyl als Beleg für die angebliche "Demokratie im Interesse des Volkes" in der Sowjetunion anzuführen, wurde doch an Tschernobyl sichtbar, welches massenverachtende System heute im Reich der neuen Zaren wieder herrscht: Tagelang wurden die Bevölkerung der Ukraine, der anderen Republiken und der "Bruderländer" nicht über die Katastrophe und ihre Auswirkungen informiert. Die verbrecherische Haltung der heute in der Sowjetunion Herrschenden ist Ausdruck der Tatsache, daß dort nicht die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Massen die Macht im Staat hat. Dort ist heute eine neue Bourgeoisie an der Macht, nicht mehr und nicht minder ausbeuterisch und imperialistisch wie jene hierzulande. Wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Sowjetunion Erdgas in großen Mengen profitabel nach Westeuropa verkauft, statt damit den Energiebedarf des eigenen Landes abzudecken, daß sie also gar nicht darauf angewiesen ist, ihren Energiebedarf mit Atomstrom zu sichern, so wird deutlich, daß es der Bourgeoisie in der Sowjetunion genau wie der Atom-Mafia hier einzigt und allein um Profit und Kriegsvorbereitung geht. Die betrügerische Irreführung und mörderische Skrupellosigkeit gegenüber den Volksmassen in Tschernobyl ist im Grunde nur eine Variante des selben Vorgehens der kapitalistischen und imperialistischen Machthaber hier in Westdeutschland oder in anderen Ländern.

programm heute vertuschen will und so tut, als hätte sie sich geändert), und der Parlaments-GRÜNEN, die den Kampf abschwächen und in falsche Bahnen lenken wollen durch Parolen, daß man "nur die richtige Partei zu wählen" brauche und dann ließe sich "alles regeln", daß man "unbedingt gewaltfrei vorgehen" müsse, der "Polizei keinen Vorwand liefern" solle u.a.m.-das muß man unbedingt zurückweisen. Lassen wir uns durch solche Parolen nicht vom entschlossenen Widerstand gegen die WAA Wackersdorf abhalten!

DIE ARBEITERKLASSE MUSS AUF DEN PLAN TRETEN

Wer glaubt noch, daß es nach Tschernobyl den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Kernkraftwerken so "sicher" zumute ist, wie vielleicht vorher? Und ist es wirklich so unwahrscheinlich, daß sie, die in Kernkraftwerken oder den benachbarten Fabriken arbeiten, trotz aller Demagogie doch zusammenfinden und gemeinsam die "Räder still legen", mit denen diese mörderische Maschinerie in Gang gehalten wird, zumal sie doch gemeinsam in den letzten Jahren den "Segen" dieses kapitalistischen Systems am eigenen Leib erfahren haben, nämlich Lohnkürzungen, verschärftete Arbeitsketze, ansteigende Unfallzahlen, Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit, zunehmende Unterdrückung in den Betrieben usw.?

Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen auf den Plan treten und das Rückgrat und die führende Kraft aller Kämpfe werden!

Alle heutigen Teilkämpfe müssen der Vorbereitung der proletarischen Revolution dienen mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Es muß ein von Grund auf demokratisches System für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen geschaffen werden, in welchem alle nun wirklichen Vertreter der Arbeiterklasse und der

(Flugblatt Nr.1, das am 18./19. Mai 1986 in Wackersdorf verteilt wurde)

Werktätigen direkt gewählt, absetzbar und kontrollierbar sind. Damit wird die breiteste Demokratie garantiert - außer für die Ausbeuter und Reaktionäre, die Kriegsbrandstifter und Faschisten, denen gegenüber die Diktatur des Proletariats, die schonungslose Unterdrückung ausgeübt werden muß.



Nur der Sturz des kapitalistischen Systems unter der Führung der Arbeiterklasse, die Zerschlagung des Staates des westdeutschen Imperialismus im Bürgerkrieg, nur die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau von Sozialismus und Kommunismus weltweit sind ein wirklicher Ausweg, eine wirkliche Perspektive aus diesem durch und durch verfaulten imperialistischen System mit all seinen Pest- und Eiterbeulen.

Tod dem westdeutschen Imperialismus!

Es lebe die Diktatur des Proletariats und der Kommunismus! ■



DIE REAKTIONÄRE HETZE GEGEN DEN MILITANTEN KAMPF IN WACKERSDORF UND ANDERSWO ZERSCHLAGEN!

In Wackersdorf kämpften über 1000 militante Demonstranten, gestützt auf die Sympathie von Zehntausenden, gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage mit einem Erfolg und einer Energie, die ihresgleichen in den letzten Jahren sucht. Das Pfingst-

wochenende in Wackersdorf zeigte, daß mit Hilfe des Überraschungsmoments und gestützt auf die zunehmende Unterstützung breiterer Teile der Bevölkerung dem Polizeistaat empfindliche Schläge versetzt werden können: Ganze Hundertschaften der

Polizei wurde von den furchtlos kämpfenden Demonstranten, die nicht nur aus der Gegend um Wackersdorf, sondern dem ganzen Bundesgebiet, die aus Österreich, die aus Westberlin und anderswoher kamen, "aufgerieben". Nicht die Polizei (trotz Bundesgrenzsicherungshubschraubern und Gasgranaten) beherrschte die Lage, sondern die Demonstranten.

DIE LÜGE VON DEN ANGEBLICH "VOM STAAT ORGANISIERTEN PROVOKATEUREN" SOLL DEN KAMPF IN DEN AUGEN DER BEVÖLKERUNG DIFFAMIEREN

Doch die militanten Kämpferinnen und Kämpfer waren nicht nur dem Giftgas direkt ausgesetzt, sondern sie erlebten in den Tagen danach auch die ganze Fülle des Giftes der Demagogie, das von CSU/CDU über die SPD bis hin zur DKP und den GRÜNEN versprüht wurde.

Halten wir uns nicht lange auf bei der direkten Aufforderung von CSU-Politikern, demnächst Demonstranten zu erschießen. Und wen wundert es auch, daß Vogel von der SPD diese Demonstration "scharf verurteilt" und Sanktionen fordert ?!

Auch die DKP, die angesichts der gigantischen Verbrechen an der sowjetischen Bevölkerung um Tschernobyl schwer angeschlagen ist, entblödete sich nicht, sich so wie bisher für "Ruhe und Ordnung" einzusetzen und die kämpfenden Demonstranten als von der Polizei bestellt zu verleumden. "Gewalttäter sind wie gerufen zur Stelle", heißt es in ihrer Zeitung (UZ vom 23.5. 86)

DIE HETZE DER BÜRGERLICHEN PRESSE - EINE AUSWAHL -

Polizeiprovokatoren an der WAA?

TAZ, 24.5. 86

**Die Chaoten
brutal wie nie**

Frankfurter Neue Presse, 10.5. 86

„Wie sie Ihre Wut loswerden...“

Die „Pfingstnacht“ von Wackersdorf brachte Chaoten

Am liebsten „Randale, die gell abgeht“

Spiegel Nr. 21/86

Das einzige, was den demokratischen Widerstand jetzt diskreditiert, das sind die Chaoten, die über Pfingsten vor Ort die bisher schlimmste Schlacht provoziert haben. Politische Menschen müssen sich von dem verunmöglichten Gesindel distanzieren!
12 München, 10.5. 86

Doch was ist mit den GRÜNEN??? Sie unterscheiden sich nicht von diesem Chor, sondern stimmen in ihn ein! Auf ihrer Bundesversammlung, die zur gleichen Zeit wie die Demonstrationen in Wackersdorf abgehalten wurde, haben sie "entschieden gewalttätige Ausschreitungen" von Demonstranten in Wackersdorf verurteilt. Und in derselben Entschließung behaupten sie verleumderisch: "Wir wissen durch die Vorgänge in Celle jedoch, wie solche Gewaltaktionen ausgelöst werden" (Stuttgarter Nachrichten vom 20.5. 86).

Also "Agenten", vom Staat bezahlte Provokateure waren es, glaubt man diesen dreckigen Verleumdern, die ohne Angst vor dem Terror dieses Staates ganze Hundertschaften der Polizei aufrieben und Zehntausende begeisterten, als sie den angeblich sicheren Bauzaun durchlöcherten. Also "Agenten" waren es, die von der Bevölkerung, von "Frauen und Männern im Rentenalter" - wie selbst der "Spiegel" schreiben mußte - mit Steinen versorgt wurden. ("Spiegel" Nr. 22/86)

"Agenten"? Diese bewußte Lüge wird solchen Leuten nicht vergessen werden. Mit Leuten, die so etwas propagieren, haben ehrliche Kräfte im Kampf gegen die Atompolitik des westdeutschen Imperialismus nichts gemeinsam.

ZUR VERLEUMDUNG, DASS POLIZEI UND BUNDESGRENZSCHUTZ NUR WEGEN "DER CHAOTEN" SO BRUTAL GEGEN DIE BEVÖLKERUNG VORGEHE

Polizei und Presse werden nicht müde zu verbreiten, daß die Polizei ja "eigentlich ganz anders" sei, aber angesichts "der Chaoten" eben "hart durchgreifen" müsse. Und wenn die Bevölkerung in Wackersdorf und Umgebung tagtäglich von Einschüchterung und Bespitzelung betroffen ist, wenn Gasgranaten aus Hubschraubern im Niedrigflug auf die Bevölkerung niedergehen - wer ist daran schuld? Die Polizei? Der Bundesgrenzschutz? Oh nein, die "Chaoten" natürlich! Wenn sie nicht wären, na dann wäre doch alles ganz anders, und die Polizei und der Staat überhaupt wären herrlich demokratisch .

Das alles soll vergessen machen, worum es bei den Auseinandersetzungen in Wackersdorf eigentlich geht: Es geht doch darum, daß die Gewaltmittel des Staates eingesetzt werden, um den Widerstand gegen die Atombombenfabrik in Wackersdorf niederzuenschlagen. Gegen diesen gerechten und notwendigen Kampf, der von Zehntausenden und noch mehr unterstützt wird, werden massiv Polizei und Bundesgrenzschutz eingesetzt. Und dieser Kampf kann nur dann erfolgreich sein, je mehr und je härtere Schläge diesem Staat versetzt werden.

Die betenden und musizierenden Pazifisten, die jammern und an die "Vernunft" appellieren, sind gewiß keine Gefahr für diesen Staat und seine weiteren Atompläne. Mit denen wird er leicht fertig!

Für diesen Staat mit seiner Polizei (die bei mangelnder Gegenwehr und Widerstand mehr oder minder lautlos täglich Revolutionäre aus anderen Ländern in die Folterkammern faschistischer Regimes abschiebt), gilt, daß er immer frecher und provokativer wird, wenn er nicht auf harte, konsequente Gegenmaßnahmen trifft.

Die alte faschistische Taktik der deutschen Militaristen, etwa in besetzten Gebieten den Partisanenkampf dadurch zu isolieren, daß nach Angriffen der Partisanen Geiseln aus der Bevölkerung zusammengetrieben und erschossen wurden, hat auch früher nur die Rückschrittlichen und Vernagelten glauben lassen, daß "schuld" an diesen Geiselerschießungen die kämpfenden Partisanen selbst seien. Der Großteil der Bevölkerung wußte, wer die Schuldigen waren, und solidarisierte sich mit den Partisanen.

Wenn in Wackersdorf Gasgranaten mitten in die Bevölkerung, auf Frauen und Kinder, geworfen werden, so glauben auch hier nur die Verblendeten, daß die Kampfaktionen der Militanten hieran schuld seien, während der Großteil der Bevölkerung dieses Gebietes die wahren Schuldigen, Polizei, Bundesgrenzschutz und ihre Drahtzieher in Politik und Wirtschaft immer mehr und immer deutlicher erkennt.

DIE INFAME VERLEUMDUNG ZER-SCHLAGEN, ES GINGE "NUR UM RANDALE"

In der TZ München wird gegefert: "Politische Menschen müssen sich von dem Gesindel distanzieren" (TZ vom 20.5. 86). Spiegel und Stern wetteifern darin, die "Chaoten"

"Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln: So böse war's nicht gemeint; - wie noch so viele tun. Wiederhauen muß man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück." Das war unsre Taktik von jeher." (FRIEDRICH ENGELS, "Engels an E. Bernstein", 18.1.1883, MEW 35, S. 425)

als "sprachlose" Egozentriker darzustellen, denen es nur um "geile Randale" gehe (Spiegel Nr.22/86) usw. usf.

Ja, wer nicht ihre Sprache spricht, den diffamieren sie als sprachlos. Wer nicht ihre "Argumente" teilt, den verleumden sie als unfähig zur Argumentation.

All das soll und darf die militanten Kämpferinnen und Kämpfer und all jene, die sie heute erst unterstützen, nicht irritieren. Denn:

"Nicht in des sanften Lobs Tribut, im wilden Haßgeheul der Wut erlauschen wir des Beifalls Stimme."

Das Wolfsgeheul der westdeutschen Imperialisten und ihrer Schreiberlinge muß als eine Bestätigung aufgefaßt werden, daß der Kampf in Wackersdorf gerecht ist. Daß die Durchbrechung des verfluchten Legalismus und Pazifismus in Wackersdorf durch große Teile der Bevölkerung für richtig befunden und unterstützt wird, das ist, was für uns zählt.

Nur die Verstärkung des militanten Kampfes - in Wackersdorf oder anderswo - kann dazu führen, daß die westdeutschen Politiker, unter Druck gesetzt, aus Opportuni-



Pfingsten 1986 in Wackersdorf

tätsgründen gewisse Zugeständnisse machen. Doch unbeschadet der tatsächlichen Möglichkeit, solche Teilerfolge durchzusetzen, ist es noch wichtiger, daß in einem solchen Kampf gegen die Politik des westdeutschen Imperialismus sich neue Kräfte beteiligen, stärker werden und Erfahrungen sammeln für weitere Kämpfe. Denn Wackersdorf ist ja nur einer der Punkte, an denen die verbrecherische Ausbeuter- und Unterdrückungspolitik des westdeutschen Imperialismus deutlich wird, gegen die insgesamt der Kampf geführt werden muß.

DIE ANGST DER HERRSCHENDEN

Politiker wie Strauß zettern über kommunistische Gruppen, die "nach typischem kommunistischen Bürgerkriegsmuster Reizthemen zur Aufhetzung der Massen suchten" (Spiegel Nr.22/86).

Sehen wir einmal von der Übertreibung ab (denn leider ist es noch nicht so weit), so wissen wir doch, daß Leute wie Strauß von der CSU, aber auch Vogel von der SPD wissen, wovon sie reden. Schließlich haben sie im 2. Weltkrieg als Offizier bzw. als Unteroffizier zu Recht vor den Kommunistinnen und Kommunisten das Fürchten gelernt. Nicht nur vor denen der Roten Armee, als sie im Sold der Hitlerfaschisten Krieg gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion führten, sondern auch vor den kommunistischen Partisanen in Frankreich, Italien, in der Tschechoslowakei, in Polen und anderen Ländern. Auch die Erfahrungen von Revolutionen unter kommunistischer Führung stecken diesen bürgerlichen Politikern in den Knochen.

Wenn solche Leute heute versuchen, das "Schreckgespenst des Kommunismus" an die Wand zu malen, dann sagen wir ohne Zögern:

JA, WIR SIND FÜR DEN KOMMUNISMUS!

Dieses verrottete, durch und durch korrupte kapitalistische System hat keine Zukunft. Es hat sich überlebt. Das Herumdoktern an seinen Pest- und Eiterbeulen ist nur dazu geeignet, Elend und Schmach zu verlängern. Kommunismus aber bedeutet:

Statt privater Besitztümer an Fabriken, Grund und Boden und überhaupt an Produktionsmitteln im Interesse des Profits: GESELLSCHAFTLICHER BESITZ aller PRODUKTIONSMITTEL!

Statt mörderischer Konkurrenzkampf und Anarchie der Produktion: PLANUNG und DURCHSICHTIGKEIT DER WIRTSCHAFT DURCH DIE ARBEITENDEN!

Statt Arbeit als Fluch, als Mittel zur Ausbeutung: Die Arbeit als ERSTES LEBENS-BEDÜRFNIS DER MENSCHEN, IM INTERESSE DER PRODUZIERENDEN GESTALTET!

Statt Spaltung der Gesellschaft in Klas-

sen, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in Stadt und Land, in Männer und Frauen, statt Spaltung in geistige und körperliche Arbeit: FREIE ASSOZIATION der Schaffenden in voller Gleichberechtigung und Freiheit!

Statt Kriegen zwischen den Völkern, nationalem Haß und Rassenhaß: VÖLLIG FREIWILLIGE VERBINDUNG DER VÖLKER, NATIONEN UND RASSEN ZUR MENSCHHEIT IM WELTKOMMUNISMUS!

Was die Frage der angeblichen "Aufhetzung" betrifft, von der Strauß spricht, so ist klar, daß die bürgerlichen Politiker in ihrem bürgerlichen Hirn die Massen nur als verhetzte Manövriermasse verstehen, so wie sie mit ihnen in kommenden Kriegen als Kanonenfutter manövriert wollen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten brauchen die Massen nicht "aufzuhetzen". Vielmehr gerät die Bevölkerung, wie hier in Wackersdorf aufgrund der verbrecherischen imperialistischen Politik in Wut und Empörung. Viele tausend Menschen erhalten hier Anschauungsunterricht über das wahre Gesicht dieses Staates, über die Tatsache, daß dieser Staat zum Bürgerkrieg gegen die "eigene" Bevölkerung gerüstet, bereit ist und brutale Schritte dorthin unternimmt.

In dieser Situation geht es gar nicht darum, die Bevölkerung "aufzuhetzen". Wir Kommunistinnen und Kommunisten nehmen vielmehr an diesen Kämpfen teil und versuchen, unsere Auffassungen in diese Kämpfe hineinzutragen, zu erklären, wie wir dies alles einschätzen und beurteilen, welche Ziele gesteckt werden müssen und wie diese Ziele zu erreichen sind.

Wenn Leute wie Strauß angesichts der Auseinandersetzungen um Wackersdorf gegen den "Bürgerkrieg" hetzen, dann sagen wir ohne Zögern:

JA, WIR SIND FÜR DEN BÜRGERKRIEG, DENN DER WEG ZUM KOMMUNISMUS FÜHRT NUR ÜBER DIE GEWALTSAME REVOLUTION!

Ein zentraler Punkt kann gerade am Beispiel von Wackersdorf gut verdeutlicht werden:

Anbiederei und Taktiererei, die Hoffnung auf das Parlament, die Justiz, die bürgerlichen Politiker - all dies hilft nichts. Bundeswehr, Polizei und Justiz als Hauptabteilungen dieses Staates stehen vielmehr bereit, jeden Widerstand niederzumachen. Und wer davon träumt, per Stimmzettel ein Aggressions- und Unterdrückungsinstrument wie die Bundeswehr abwählen zu können, für den wird es ein blutiges Erwachen geben. Nein, dieser Staatsapparat kann nicht "abgewählt" werden, er muß (einschließlich seiner Bundeswehr) in der bewaffneten Revolution als Instrument der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus zerstochen werden.



Gasangriff

Foto "Spiegel"

GEGEN DIE STRÖMUNG ANKÄMPFEN!

Wir wissen, daß unsere Positionen in den Reihen der Militanten umstritten sind. Selbst wenn Einigkeit in der Frage der Militanz, in der Frage der Zerschlagung dieses System besteht, so werden vor allen Dingen unsere Positionen zur Notwendigkeit einer kommunistischen Partei und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als unumgänglicher Schritt auf dem Weg zum Kommunismus abgelehnt.

Neben dem militärischen Kampf ist jedoch die Diskussion über solche und andere Fragen unbedingt nötig, um den Kämpfen in Wackersdorf, aber auch anderswo auf lange Sicht ein festes Fundament zu geben. Sind die Auseinandersetzungen in Wackersdorf doch nur ein Mosaiksteinchen auf dem Weg des umfassenden und langandauernden Kampfes gegen die Verbrechen des westdeutschen Imperialismus und seinen Staat.

Wer bereit ist, nicht nur in einzelnen Fragen der Politik des westdeutschen Imperialismus den Krieg zu erklären, sondern diesem imperialistischen System überhaupt den Krieg erklärt, so wie dieses System uns schon lange den Krieg erklärt hat, sobald wir seine Kapitalinteressen angreifen, der kann nicht umhin, auch die Frage nach einer starken, umfassenden Organisation aufzuwerfen, die in der Lage ist, einen solchen Krieg zu leiten. Diese Aufgabe kann nur eine wirklich kommunistische Partei erfüllen, die aufgebaut werden muß. Die Skepsis gegenüber verschiedenen Karikaturen einer kommunistischen Partei, die mittlerweile wieder eingegangen sind, und auch gegenüber einer Partei wie der DKP,

die mit dem Kommunismus so viel gemein hat wie Strauß mit dem Kampf gegen Wackersdorf, macht diese Aufgabe nicht überflüssig, sondern um so dringlicher.

Wer dieses System des Kapitalismus stürzen will, wird auch nicht darum herumkommen, zu erklären, was er mit den alten Ausbeutern machen will. Soll Gestalten wie Flick und

Grüne Linie
Kommunistischen Partei.

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Karl Marx/Friedrich Engels

Abs erlaubt werden, verlorene Pfründe wiederzuerobern? Wir meinen nein! Für uns ist das Mittel hierzu nicht ein volksfeindliches Unterdrückungssystem wie in der heutigen Sowjetunion, Polen, der DDR usw., sondern die Errichtung einer wirklichen

Diktatur des Proletariats, die den werktätigen Massen breiteste Demokratie garantiert, jedoch die Ausbeuter, Kriegsbrandstifter und Faschisten, die alten und neuen Reaktionäre schonungslos unterdrückt.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER KOMMUNISMUS! ■

(Flugblatt Nr.2 von Gegen die Strömung, das am 7. Juni 86 verteilt wurde)



KALTBLÜTIGE ERMORDUNG VON ÜBER 400 KÄMPFERINNEN UND KÄMPFERN, VOR ALLEM
VON DER KP PERUS, UNTER DEM BEIFALL DER "SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE"
IN LIMA

DIE FASCHISTISCHEN TATEN DER SOZIAL- DEMOKRATIE IN PERU

In Peru stöhnen die arbeitenden Volksmassen unter dem Joch der Diktatur der Militärs, einer Diktatur im Interesse der in Peru festgefressenen imperialistischen Großmächte, der davon abhängigen einheimischen Kapitalisten und der Feudalherren !

Die Arbeiter und armen Bauern, der einhundertundeins Versprechungen müde geworden, erheben sich zu Tausenden zum bewaffneten Kampf. In diesem Kampf spielt die Kommunistische Partei Perus heute die führende Rolle, und der ganze Haß und die ganze Hetze der internationalen und peruanischen Medien konzentriert sich auf die KP Perus, die "Sendero Luminoso" bezeichnet wird.

Auch die Gefängnisse sind voll von angeblichen oder wirklichen Anhängern der KP Perus. Der sozialdemokratische Präsident Garcia, ein Faschist von den Fußspitzen bis zu den Haarspitzen, verbreitet die Demagogie vom "eigenen, fortschrittlichen, demokratischen Weg

Perus" und wird u.a. auch vom Revisionisten Fidel Castro unterstützt. In Wirklichkeit aber läßt er im Land die Militärs Massaker an der Bevölkerung und den Guerillas verüben, die er danach "untersuchen" läßt.

Die Gefängnisse sind zum Bersten voll - allein in dem für 2 000 Häftlinge gebauten Gefängnis Lurigancho sitzen nach Angaben der bürgerlichen Medien 6 000 Häftlinge.

Eben diese Medien geben auch an, daß 1 200 Kämpfer der KP Perus verhaftet seien. Als nun angekündigt wurde, daß - nachdem bereits im November 1985 eine Revolte der Häftlinge zusammengeschossen wurde, die unmenschlichen Bedingungen in den Haftanstalten noch wesentlich verschärft und die politischen Gefangenen isoliert werden sollten, kam es zum Aufstand der Gefängnisinsassen in dem Frauengefängnis Santa Barbara, dem Gefängnis Lurigancho und auf der Gefangenensinsel El Fronton.

Gleichzeitig wurde in Lima der Weltkongreß der internationalen Sozialdemokratie eröffnet. Während noch die Trümmer der dem Erdboden gleichgemachten Gefangenensel El Fronton rauchten, die Kanonen der Kriegsschiffe ihr Handwerk vollendet hatten, Gefangene standrechtlich erschossen und über 400 ermordete Kämpferinnen und Kämpfer der KP Perus und andere Gefangene von den Militärs verscharrt wurden, erklärte der Sozialdemokrat Garcia unter dem Beifall der versammelten konterrevolutionären Sozialdemokraten aus aller Welt, daß er den Beschuß des Massakers gefaßt habe um der "Autorität des Staates" willen!

Der alte und wiedergewählte Vorsitzende der "Sozialistischen Internationale" und eingefleischte Interessenvertreter des westdeutschen Imperialismus, Willy Brandt, erklärte: "Wir stehen Ihnen zur Seite..." (FR vom 23.6.86) und klatschte Beifall !

All diese Tatsachen können durch nichts und niemanden aus der Welt geschaffen werden und reihen sich ein in die blutigen Terrorakte der Sozialdemokratie, diesem "STINKENDEN LEICHNAM" ! Die hinterher aufgestellte Forderung nach "Untersuchung" und ähnliches Gestammel sind Vertuschungsversuche angesichts der Entlarvung dieser Tatsachen. All diese Bluttaten werden nicht verhindern können, daß für einen gefallenen Revolutionär und eine gefallene Revolutionärin in Peru zehn neue sich den Reihen des Guerillakampfes anschließen werden !

Wir Marxisten-Leninisten in Westdeutschland erklären angesichts der massiven Beteiligung des westdeutschen Imperialismus an der Ausplünderung der arbeitenden Massen Perus, angesichts der direkten Beteiligung des Vertreters des westdeutschen Imperialismus Willy Brandt an dem Massaker an den Gefangenen der drei Gefängnisse unsere Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen in Peru und ihrem sich seit 6 Jahren ausweitenden Guerillakampf !

Diese Ereignisse werfen ein bezeichnendes Licht auf die faschistischen Taten der Sozialdemokratie, die auch in Deutschland ihre Geschichte hat: Von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, den Mitbegründern der KPD durch die sozialdemokratischen Noske-Truppen, über die vom sozialdemokratischen Polizei-

UNSERE HAUPTKRITIK AN DER KP PERUS

Die KP Perus ist der führende Kopf und die organisierende Kraft des Guerillakampfes in Peru. Unsere solidarische Kritik an dieser sich international in der REVOLUTIONÄREN INTERNATIONALEN BEWEGUNG (RIM) organisierenden Partei, die auch in Gesprächen vortragen wurde, betrifft vor allem folgende Punkte :

- 1) Die KP Perus, die den modernen Revisionismus aller Schattierungen ablehnt, verläßt das Fundament von Marx, Engels, Lenin und Stalin, indem sie "neue Bedingungen" konstruiert, in denen der "Maoismus" der Marxismus unserer Epoche sein soll. Sie beteiligt sich an den völlig falschen, im Grunde revisionistischen Attacken auf Stalin !
- 2) Die KP Perus, die mit der Waffe in der Hand auch den westdeutschen Imperialismus in Peru als Zielscheibe bekämpft, erklärt sich theoretisch einverstanden mit der ganz falschen These von den "beiden Supermächten", eine These, die objektiv andere imperialistische Großmächte wie den westdeutschen Imperialismus verharmlost !
- 3) Die KP Perus lehnt die öffentliche Debatte aller anstehenden Differenzen zwischen den revolutionären Kräften in der Welt bürokratisch ab, versperrt somit auch für sich selbst jeden wirklichen ideologischen Fortschritt und sät in den eigenen Reihen einen bürokratischen Geist !
- 4) Die KP Perus unterschätzt ganz offensichtlich - völlig entgegen der Theorie und Praxis Mao Tse-tungs - die Bedeutung der Rolle der KOMMUNISTISCHEN PARTEI als ideologische und politische Erzieherin der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Rolle eines ZENTRALORGANS für den Aufbau der Partei im bewaffneten Kampf. Somit begibt sie sich in Gefahr, im Klassenkampf auf ideologischem Gebiet gegen die auch ideologisch gut ausgerüsteten Konterrevolutionäre in Peru zu verlieren, womit auch die Errungenschaften auf militärischem Gebiet in Gefahr geraten.

präsident Zörgiebel erschossenen Arbeiter in Berlin 1929, bis hin zu den mörderischen Aktionen des westdeutschen Staates unter sozialdemokratischer Regierung, wie z.B. in Mogadischu 1976 und den "Selbst"-ermordungen in Stammheim. Gerae weil die Sozialdemokratie in Westdeutschland wie in anderen Ländern sich mehr als die offenen Faschisten mit Demagogie und Phrasen als "sozialistisch", "sozial eingesetzt" usw. ausgibt und damit große Teile der Volksmassen betrügt,

müssen ihre FASCHISTISCHEN TATEN
BEIM NAMEN GENANNT WERDEN !

Es lebe der heldenhafte Kampf der
bewaffneten Volksmassen in Peru !

Tod dem westdeutschen Imperialismus,
einer der blutsaugenden imperiali-

stischen Mächte, die Peru ausbeuten !

Entlarven wir die konterrevolutionären
Taten der internationalen Sozialdemokratie !

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONA
LISMUS ! ■

(Flugblatt von Gegen die Strömung, 25.6. 86)



FLUGBLATT des WESTBERLINER KOMMUNIST

Unter dem Schutz der 'Sozialistischen Internationale':
**AUFSTAND GEFANGENER REVOLUTIONÄRE
IN PERU BLUTIG NIEDERGESCHLAGEN !**

In drei Gefängnissen der peruanischen Hauptstadt Lima, dem Inselgefängnis EL FRONTO, dem Gefängnis LURICANCHO und dem Frauengefängnis SANTA BARBARA, begann am 18. Juni ein lang vorbereiteter Aufstand der gefangenen Revolutionäre.

Die Gefangenen setzten sich mit Gewehren, Sprengkörpern und selbstgemachten Bogen und Pfeilen gegen die Wachmannschaften zur Wehr, und erlangten die Kontrolle über die drei Gefängnisse.

Am 19. Juni begannen Armee und Polizeieinheiten mit dem Sturm auf diese drei Gefängnisse, der über 24 Stunden dauerte. Das Gefängnis El Fronton wurde von Kriegsschiffen beschossen, gestürmt, und anschließend dem Erdboden gleichgemacht. Ein Offizier erklärte, das Gefängnis würde gestürmt um dort "jeden zu töten" (Tagespiegel, 21.6.86). Dieses 'Versprechen' machte die Soldateska dann auch wahr: An die 400 Tote ließ sie in den drei Gefängnissen zurück. Angaben über die Zahl der Verletzten gibt es nicht. In El Fronton sollen nur 30 Gefangene überlebt haben.

Zur gleichen Zeit, am 20. Juni, eröffnete der ehemalige westdeutsche "Friedens"-Kanzler BRANDT als Vorsitzender der konterrevolutionären "Sozialistischen Internationale" eine Tagung dieser Organisation in Lima.

Unter dem Motto "Friede und wirtschaftli-

che Solidarität" versammelte die "Sozialistische Internationale" ihre Deligierten im Schutz von 20 000 Polizisten und Soldaten, um damit auch dem peruanischen Präsidenten Alan Garcia und seiner sozialdemokratischen Politik ihre Unterstützung zu versichern. Das Massaker unter den gefangenen Revolutionären widerlegte mit einem Schlag diese Friedensheuchelei.

Garcia war 1985 angetreten als 'Kämpfer gegen Hunger und Arbeitslosigkeit', als 'Schützer der Armen'. Er gewann die Präsidentschaftswahlen, weil er eine gegen die offenen Faschisten gerichtete Stimmung und Bewegung unter den Arbeitern und Bauern ausnutzen konnte. Eine Mehrheit vertraute leider den sozialdemokratischen Versprechungen und mußte dafür bitter bezahlen.

Als Präsident verfügte Garcia die Fortsetzung des Militärregimes in 18 der 24 Provinzen Perus. Er verhängte den Ausnahmezustand über die Hauptstadt Lima, der im Juni um weitere 60 Tage verlängert wurde. Arbeitslosigkeit, Geldentwertung, Lohnkürzung, Hunger, all diese Geißeln der Herrschaft von Großgrundbesitzern und Kompradoren existieren weiter und verschlimmern sich immer mehr. Auch die Abhängigkeit vom US-amerikanischen, hauptsächlich vom US-amerikanischen, die Garcia vorgab "einzuschränken", wurde von ihm nach der Wahl ausdrücklich bestätigt.

Westdeutsche Waffen und westdeutsches Geld morden auch in Peru

Der westdeutsche Imperialismus, dem Peru allein schon sechs Millionen DM an Zinsen und Tilgung für 'Entwicklungshilfe'-Kredite schuldet (TAZ, 30.5.85), lieferte zwischen 1979 und 1985 Rüstungsgüter für 240 Millionen DM und rüstet die Armee mit G 3 - Gewehren von Heckler&Koch, mit ausfuhr genehmigungspflichtigen Unimogs in Militärausführung und Radpanzern vom Typ UR - 416 (Gemeinschaftsproduktion von Daimler Benz, Thyssen und Krauss-Maffai) aus (TAZ, 21.6.86).

Mit westdeutschen Waffen und westdeutschem Geld errichtete die Reaktion in Peru ein Regime des Terrors über die Arbeiter und Bauern. Mehr als 7 000 Menschen fielen diesem Terror allein nach offiziellen Angaben seit 1980 zum Opfer. Folterungen, willkürliche Verhaftungen, Hinrichtungen, Massengräber mit ermordeten Gefangenen bis hin zu dem von Brandt und der "Sozialistischen Internationale" faktisch gebilligten Massaker an den gefangenenen Revolutionären am 19. und 20. Juni 1986, sind an der Tagesordnung.



Peruanische Armeeinheit, ausgerüstet mit dem berühmt-berüchtigten G 3



Der Radpanzer UR-416 aus westdeutscher Kriegsproduktion im Einsatz

Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Peru !

Gegen dieses faschistische und vom Imperialismus abhängige Regime entwickelt sich seit Jahren ein bewaffneter Befreiungskampf, dessen führende Kraft die Kommunistische Partei Perus (Sendero Luminoso - Leuchtender Pfad) ist. Die Zentren des bewaffneten Widerstandes liegen in den ländlichen Andenprovinzen, und die Befreiungs Kräfte rekrutieren sich in der Mehrzahl aus armen Bauern der Indio-Bevölkerung.

Die Kommunistische Partei Perus (Sendero Luminoso) hat den Sturz des faschistischen Staates durch den bewaffneten Kampf und die Errichtung einer "neudemokratischen Republik des Volkes" (KP Peru, ZK, Mai 84) zu ihrem Ziel gemacht. Die KP Perus hat dem Regime bereits schwere Schläge versetzt und damit den Haß der Reaktion auf sich gezogen. Dieser Haß fand seinen Ausdruck in dem Massaker vom 19./20. Juni,

in der Vernichtung der gefangenen Revolutionäre, die zumeist Angehörige des "Sendero Luminoso" waren.

Wir halten die Auseinandersetzung mit der KP Peru und ihrer Linie für sehr wichtig, was leider dadurch sehr erschwert wird, daß uns nur wenige Dokumente zur Verfügung stehen, und bisher eine wirkliche Debatte nicht möglich war.

Die KP Perus versteht sich selbst als Teil einer "Revolutionär-internationalistischen Bewegung". Zu dieser Strömung verschiedener Organisationen unter der Führung der Revolutionär Kommunistischen Partei der USA haben wir prinzipielle Widersprüche.

So ersetzt diese Strömung - mehr oder weniger ausgeprägt - den Leninismus als Marxismus der Epoche des Imperialismus

und der proletarischen Revolution durch die "Mao Tsetung - Ideen"; sie verleumdet Stalin als eine der Ursachen des revisionistischen Verrats in der Sowjetunion; sie setzt der Theorie des Leninismus von dem System imperialistischer Großmächte die Kategorie der Existenz zweier "Supermächte" entgegen, die zur alleinigen Quelle eines neuen Weltkrieges erklärt werden. Damit wird die selbstständige Rolle und Rivalität der westdeutschen Imperialisten und anderer imperialistischer Großmächte mit dem US- und dem russischen Sozialimperialismus geleugnet. Mit dieser Strömung haben wir uns bereits in einer gemeinsamen Erklärung mit GEGEN DIE STRÖMUNG, Westdeutschland und MARXISTISCH LENINISTISCHE PARTEI ÖSTERREICH intensiver auseinandersetzt (siehe WBK Nr.21).

Trotz dieser prinzipiellen Differenzen stellen wir ausdrücklich fest:

Der bewaffnete Kampf zum Sturz des reaktionären Staates in Peru und für die Errichtung einer neudemokratischen Ordnung, der Diktatur der Arbeiter und Bauern, ist gerecht und ihm gehört unsere volle und aufrichtige Solidarität.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !
SOLIDARITÄT MIT DEM BEWAFFNETEN BEFREIUNGSKAMPF IN PERU !
ES LEBE DIE VOLKSDEMOKRATISCHE REVOLUTION !

23. Juni 1986



Perus Präsident GARCIA vor der SI (Brandt zollt Beifall): Er habe den Einsatz des Militärs angeordnet, um die "Demokratie Perus" zu "verteidigen". (FR, 23.6.86) WILLI BRANDT antwortet: "Wir stehen Ihnen zur Seite im Kampf gegen Gewalt und Not, im Kampf um sozialen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung." (FR, 23.6.86)

Der Dank für die Unterstützung beim Massenmord: BRANDT erhielt den peruanischen "ORDEN DEN SOL".



Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs, Teil II

ZU DEN AUSGEWÄHLTEN WERKEN MAO TSE-TUNGS.
++ BÄNDE II, III UND IV 1937 - 1949 ++

Gemeinsame Stellungnahme
der Redaktionen von
ROTE FAHNE (Kommunisten der Massen) /
Lennéstrasse (Partei Oberschlesien)
WESTBERLINER KOMMUNIST (Organ für den
Kampf der sozialistischen Partei Westberlin) /
Lennéstrasse (Partei Westberlin)
GEGEN DIE STRÖMUNG (Organ für den
Aufbau der Marxistisch-Leninistischen
Front / Westdeutschland) /

I
Mao Tse-tungs grund-
legende Positionen zu
Fragen der proletarischen
Weltrevolution und der
internationalen Lage

II
Prinzipielle und konkrete
Fragen der Taktik der
chinesischen Revolution

III
Zu Mao Tse-tungs Linie
des bewaffneten Kampfes
und des revolutionären
Kriegs in China

IV
Über einige Positionen
Mao Tse-tungs zum
innerparteilichen Kampf

V
Über einige Fehler und
Mängel Mao Tse-tungs
in den Ausgewählten
Werken I - IV

FREIHEIT UND LEBEN VERLEBEN SEIN!
FREIHEIT UND LEBEN IN FREIHEIT UND LEBEN FESTHALTEN!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für das Auftreten der revolutionär-syndikalistischen Partei Freiheit und Leben

März 1986

Zum 5. Mai: Die Ausbeuter ziehen die Ketten unger.
Kämpfen wir dagegen!

Die Arbeiterklasse hat nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Die Angst der DGB-Fürsten vor den eigenen Mitgliedern und der anwachsenden Arbeitersbewegung

SOLIDARITÄT



Flugblatt - März 1986 - A3 - 4 Seiten

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4 (Gallus), FRANKFURT

ÖFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag, 15.30-18.30 Uhr
Dienstag geschlossen, Samstag 9-14 Uhr

Antifaschistische, antiimperialistische Literatur, Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin - auch in vielen anderen Sprachen erhältlich

INHALT:

Ob Ausländerfeindlichkeit oder Judenhetze - deutscher Chauvinismus und Rassismus leben ungebrochen: DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BE-KÄMPFEN.....	2
<u>I. Antisemitismus dient dem westdeutschen Imperialismus</u>	2
Seit BITBURG wurde den Juden unverhüllt gedroht: "Hört endlich auf, uns ständig an die Verbrechen des Hitlerfaschismus zu erinnern!".....	5
<u>II. Zentrale Varianten des Antisemitismus in Westdeutschland heute</u>	11
1.Demagogie: "DIE JUDEN MACHEN DIE DEUTSCHEN SCHLECHT - DAMIT MUSS ENDLICH SCHLUSS SEIN!".....	11
2.Demagogie: "DIE JUDEN SIND AM ANTISEMITISMUS SELBST SCHULD".....	15
3.Demagogie: "DIE JÜDEN, DIE AUSCHWITZ ÜBERLEBT HABEN, SIND (NOCH) BÖSARTIGER UND GEFÄHRLICHER GEWORDEN"	16
4.Demagogie: "DIE JUDEN SIND REAKTIONÄR, IHR PROTEST IST REAKTIONÄR"	24
a) War der Protest gegen das Fassbinder-Stück ein "kapitalistischer, ein reaktionärer Protest", da sich Figuren wie Wallmann und Bubis daran beteiligten?.....	25
- Warum Kommunisten sich angesichts antisemitischer Aktionen sogar manchmal schützend vor jüdische Kapitalisten stellen müssen o d e r keinerlei Zugeständnis an den Antisemitismus im Interesse der Erziehung der Arbeiterklasse -	28
b) Die Verhinderung der Premiere des Fassbinder-Stücks - ein "Akt der Bücherverbrennung"? Freiheit für jedermann?.....	29
c) War der Protest der jüdischen Demonstranten "Heuchelei", da sie angeblich gegen sonstige Erscheinungen des Neofaschismus und Rassismus "nicht protestieren"?.....	31
d) Sollen die Juden "lieber gegen Israel demonstrieren"?	31
<u>III. Kämpfen wir gegen jede Form des Rassismus und Chauvinismus</u>	32
Im Rahmen des Artikels werden zusätzlich behandelt:	
* Alltägliche Judenhetze seit Bitburg 1985.....	3
* Der Antisemitismus in Deutschland hat eine lange Tradition- einige Beispiele.....	6
* Wesentliche Merkmale, warum Fassbinders Stück "Der Müll, die Stadt und der Tod" antisemitisch ist.....	12
* Zum "Häuserkampf" im Frankfurter Westend Anfang der 70er Jahre o d e r Warum Reformismus so leicht zu Antisemitismus führen kann.....	17
* Die Schande der DKP: Verbreitung von Antisemitismus.....	26
* Erklärung des ZK der KPD vom November 1938: "Gegen die Schmach der Judenpogrome" ..	36

DER PROZESS GEGEN DIE MÖRDER RAMAZAN AVCIS: ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEM STAATSAPPARAT DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND DEN FASCHISTISCHEN BANDEN.....	40
--	----

ZUM PROZESS GEGEN DEN MÖRDER ERNST THÄLMANNS.....	43
---	----

DER KAMPF GEGEN DIE WIEDERAUFBEREITUNGSAKLAGE IN WACKERSDORF.....	46
---	----

DIE FASCHISTISCHEN TATEN DER SOZIALEMOKRATIE IN PERU: ÜBER 400 REVOLUTIONÄRE KÄMPFERINNEN UND KÄMPFER BRUTAL IN GEFÄNGNISSEN NIEDERGEMETZELT.	54
- Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG.....	54
- Flugblatt des WESTBERLINER KOMMUNIST.....	56